

## Teil II

### Blutspuren des 20. Juli 1944

### Die Ermordung Ernst Thälmanns und ihre Hintergründe

#### **Eine Bombe wird in der „Wolfsschanze“ gezündet**

Der 20. Juli 1944 war ein heißer Sommertag. Der zweite Weltkrieg tobte bereits seit fünf Jahren. An diesem Donnerstag stieg das Thermometer in der Umgebung von Rastenburg in Ostpreußen auf 30 Grad an. Acht Kilometer östlich von dieser Enklave erstreckte sich in einer Wald- und Sumpflandschaft ein hermetisch abriegelter Komplex von 250 Hektar, gesichert durch Minengürtel, Stacheldraht, drei Sperrkreise und anderes mehr. Was verbarg sich dahinter? Seit November 1940 wurde dort eine geheime Kommandozentrale für Adolf Hitler, den Führer und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, nebst Wehrmachtsführungsstab und technischen Einrichtungen errichtet. Den Kern der sogenannten „Wolfsschanze“ bildeten Baracken und schwere Betonbunker, die flachen Dächer der Klötze mit Grasnarben und Bäumen getarnt. Es handelte sich um eines von fast einem Dutzend offizieller wie geheimer „Führerhauptquartiere“ in Deutschland und den besetzten Gebieten. Das Oberkommando des Heeres „Mauerwald“ befand sich 18 Kilometer entfernt in Reichweite.

Wie so oft war die Luft auch am 20. Juli 1944 im „Führerhauptquartier“ dumpf-feucht. Aus moorigen Wiesen schwärmten Scharen von Mücken und Schnaken aus. Die Posten trugen zeitweilig Moskitonetze gegen diese Plage. Obwohl der oberste Benutzer der Anlage den logistisch günstigen Standort mit Flugplatz beim Gut „Wilhelmsdorf“, Bahnanschluß und Zufahrtsstraßen selber bestimmt hatte, nörgelte er herum, daß man das „billigste, sumpfigste, mückenreichste und klimatisch ungünstigste Gebiet für ihn ausgesucht“ habe.<sup>1</sup> Hitler war am 14. Juli 1944 mit seinem Troß vom Berghof auf dem Obersalzberg in Bayern nach Ostpreußen zurückgekehrt und damit mehr in die Nähe der Ostfront. Dort stieß die Rote Armee von Durchbruch zu Durchbruch vor. Sie erreichte bereits bei Warschau die Weichsel, war an zwei Stellen in die ostpreußische Grenze eingebrochen. Daß sie jedoch noch weiter oder letztlich bis nach Berlin vorrücken könnte, sollte unbedingt verhindert werden. Hitler wollte ein moralisches Zeichen setzen. Er bezog Quartier im besonders luftschutzgesicherten Gästebunker. Aber fast keiner aus seiner unmittelbaren Umgebung rechnete

---

1 Vgl. Traudl Junge: Bis zur letzten Stunde. Hitlers Sekretärin erzählt ihr Leben, München 2003, S. 47. Einige Angaben über die Örtlichkeiten des „Führerhauptquartiers“ wurden zudem entnommen aus Will Berthold: Die 42 Attentate auf Adolf Hitler, Wien 1997, S. 220ff.

mit einem längeren Aufenthalt dort. Jemand befürchtete sogar, daß der „Russe“ nicht länger als 14 Tage braucht, „um Ostpreußen zu überrennen“.<sup>2</sup>

Wie jedoch in Hitlers Hauptquartier und in der Reichshauptstadt etwas Sensationelles passieren würde, damit hatte wohl kaum jemand in der Welt gerechnet, erst recht nicht die Naziclique. Tatsächlich geriet als erstes zunächst die „Wolfsschanze“ zum Schauplatz eines außergewöhnlichen Ereignisses. Der 20. Juli 1944 wurde zu einem neuralgischen Schicksalstag in der Endphase des zweiten Weltkrieges. Denn um 12:42 Uhr zerriß plötzlich ein gewaltiger Knall die brütende Mittagsstille. Er kam aus der Lagebaracke in der Nähe des Führerbunkers.

Unter den zahlreichen Veröffentlichungen hierüber hat sich erst jüngst eine weitere Zeitzeugin mit einem Erinnerungsbuch zu Wort gemeldet. Es handelt sich um Traudl Junge, ab Ende 1942 bis zuletzt eine der vier persönlichen Sekretärinnen Hitlers, die jüngste. Sie beschreibt, was sie im Gelände mitbekam, in der „drückenden Schwüle dieses Tages, die die Luft leise erzittern machte“. Hitler hätte dieses Wetter gehaßt. „Er war schlechter Laune und klagte über Schlaflosigkeit und Kopfschmerzen.“<sup>3</sup> Dazu seien noch die Nachrichten von den Fronten „nicht erfreulich“ gewesen. Zunächst waren die Außenstehenden zwar über die Detonation erschrocken, aber nicht beunruhigt. Es hatte oft in der Nähe geknallt, „Rehe liefen über Tellerminen oder irgendeine Waffe wurde ausprobiert“.<sup>4</sup> Erst als Verletzte herumirrten und Ordonnanzoffiziere die Nachricht verbreiteten, daß eine Bombe explodiert sei, nahmen Verwirrung und Schrecken zu, ob dem Führer etwas passiert sei. Eigentlich, so schwirrte es im Kopf der Sekretärin herum, würden Göring, Himmler oder Goebbels keinen geeigneten Nachfolger abgeben. „Oder war in Deutschland“, so fragte sie sich ahnungsvoll, „noch irgendjemand anderer, ein Gegner Hitlers, der die Macht an sich reißen konnte?“<sup>5</sup> Erst die Nachricht, daß Hitler lebe und man ihn sehen könne, sorgte für Entspannung und bei Traudl Junge sogar für etwas skurrile Heiterkeit. „Beinahe hätte ich gelacht, als ich Hitler sah“, schreibt sie. „Er stand in dem kleinen Vorraum, umgeben von einigen seiner Adjutanten und Diener. Sein Haar war nie besonders gut frisiert gewesen, aber jetzt sah er aus wie ein Igel, so standen ihm die Haare zu Berge. Die schwarze Hose hing in schmalen Streifen vom Gürtel, fast wie ein Baströckchen. Die Hand hatte er zwischen die Knöpfe seines

---

2 Marianne Feuersenger: *Im Vorzimmer der Macht, Aufzeichnungen aus dem Wehrmachtsführungsstab und Führerhauptquartier 1940–1945*, München 1999, S. 229.

3 Traudl Junge: *Bis zur letzten Stunde*, S. 141.

4 Ebenda, S. 144.

5 Ebenda, S. 145.

Uniformrockes<sup>6</sup> geschoben, der Arm war geprellt. Lächelnd begrüßte er uns mit der linken: „Na meine Damen, das ist noch mal gut gegangen. Wieder ein Beispiel, daß das Schicksal mich für meine Mission ausersehen hat, sonst wäre ich jetzt nicht mehr am Leben.“<sup>7</sup>

Hitler vermutete zunächst, es sei die Tat eines Feiglings gewesen, wahrscheinlich eines Handwerkers der Bauorganisation Todt, der einen Sprengstoff eingebaut hätte. Dies war insofern nicht ganz abwegig, da die „Wolfsschanze“ fast einer ständigen Großbaustelle glich. Im Juni 1944 waren immerhin 28 000 Arbeitskräfte, darunter auch ausländische Zwangsarbeiter, zum weiteren Ausbau für die Rückkehr Hitlers eingesetzt, einige hundert von ihnen sogar im Sperrkreis I, wo sich der Führerbunker befand. Manch anderen waren allerdings zuvor eintreffende komische Losungsworte aufgefallen. Auch in Unterhaltungen zwischen hohen Offizieren war von einem schwerkranken Patienten die Rede, der die nächsten Tage wohl kaum überleben würde. Seine Nachfolge dürfe vielleicht einige Probleme aufwerfen, für die aber vorsorgliche Maßnahmen getroffen wären. Aber abgehörte Gespräche hätten nicht auf einen kommenden Anschlag hingedeutet.<sup>8</sup> Ganz sicher fühlte sich Hitler in der „Wolfsschanze“ nie, aber mehr aus Furcht vor feindlichen Luftangriffen. Deshalb war im Herbst 1943 mit dem Bau eines Ausweichobjekts, des neuen, streng geheimen Hauptquartiers „Riese“ im niederschlesischen Eulengebirge begonnen worden. Wie jetzt bekannt geworden ist, hätte die Möglichkeit westallierter Fliegerbombardements insofern bestanden, da der amerikanische Geheimdienst genaue Kenntnis über die Lage des „Führerhauptquartiers“ erhalten hatte. Auch diese Information war durch den deutschen Diplomaten Fritz Kolbe vom Auswärtigen Amt am 19. August und im September 1943 in Bern an Allen Welsh Dulles übermittelt worden, geheimer Resident des Office of Strategic Services (OSS) in der Schweiz. In eine Rastenburger Landkarte hatte der deutsche Hitlergegner sogar die Standorte der Sonderzüge für Reichsaußenminister von Ribbentrop, Reichsmarschall Göring und Reichsführer SS Himmler eingezeichnet.<sup>9</sup>

---

6 Insbesondere seit Kriegsbeginn gab sich Hitler betont soldatisch mit seiner besonderen Phantasieuniform aus schwarzer Hose, feldgrauer doppelseitiger Jacke, weißem Hemd mit schwarzer Krawatte. Nur auf der linken Brustseite des schmucklosen Rockes prangten das goldene Parteiabzeichen für verdiente dienstalte „Kämpfer“, das Eiserne Kreuz und das schwarze Verwundetenabzeichen als Auszeichnungen für den Gefreiten aus dem ersten Weltkrieg. Lauthals wollte er die Uniform erst wieder nach dem Siege ausziehen. Die zerfetzte Hose machte er zu einer Art Reliquie und gedachte sie seiner Geliebten Eva Braun zu schicken.

7 Zit. nach Traudl Junge: Bis zur letzten Stunde, S. 146.

8 Vgl. Alfons Schulz: Drei Jahre in der Nachrichtenzentrale des Führerhauptquartiers, 2. erweiterte Auflage, Stein am Rhein/Schweiz 1997, S. 187.

9 Vgl. Lucas Delattre: Fritz Kolbe. Der wichtigste Spion des Zweiten Weltkrieges, München 2004, S. 130, S. 153.

Was war am 20. Juli 1944 in Wirklichkeit geschehen, worum ging es? Hauptakteur war, wie man nach einiger Zeit der Verwirrung herausfand, jener „einäugige“ Oberst i. G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Wie ordnet sich seine Rolle in einen größeren geschichtlichen Gesamtrahmen ein? In manchen Kreisen des NS-Regimes griff die Erkenntnis um sich, daß der Krieg militärisch nicht mehr zu gewinnen und seit 1944 endgültig verloren war. Das warf die Frage auf, wie es weitergehen sollte, auf welche Weise notfalls ein Übergang zum Frieden erfolgen könnte. Ein kompliziertes, vielschichtiges Räderwerk kam auf Touren. Im Sommer 1944 standen sich innerhalb des NS-Gefüges, kurz ausgeführt, im wesentlichen drei Richtungen als scheinbarer Krisenausweg gegenüber. Die dominierende Hauptrichtung wurde geprägt durch die noch vorherrschende Clique um Hitler unter Einbeziehung insbesondere der Rüstungsindustrie. Der oberste Diktator räumte selber ein, daß während des Krieges und erst recht nach einer Niederlage niemand mit ihm verhandeln würde. Fanatisch waren er und seine Vasallen entschlossen, niemals aufzugeben, sondern den verschärften Kurs des totalen Krieges solange es ging und um jeden Preis fortzusetzen. Eine solche abenteuerliche Katastrophenpolitik opferte das ganze deutsche Volk. Eine große Schar von Helfern und Mitläufern folgte gehorsam bis zum Ende.

Aber nicht alle Paladine und Verstrickte waren gewillt, ihre Existenz und Zukunft aufs Spiel zu setzen. Hinter dem Rücken Hitlers streckten einige ihre Fühler zu westlichen Instanzen aus, um das NS-Regime vielleicht doch noch retten zu können. Doch eine zweite Richtung setzte mehr auf eine andere Karte der Vorsorge für eine Zeit nach dem Kriege. Ein gewisser Differenzierungsprozeß war die Folge, der zu einer intensiven Nachkriegsplanung ab 1944 führte.<sup>10</sup> Diese ruhte auf zwei grundlegenden Eckpfeilern, welche ihrerseits auf den Erfahrungen der militärischen Niederlage im ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution fußten. Pate stand die Furcht vor einem zweiten 1918, beispielsweise vor den sozialen Folgen einer Demobilisierung und vor der Gefahr einer revolutionären Umwälzung insgesamt. Als ein Gegengewicht schlugen die NS-Instanzen einen doppelgleisigen Kurs ein: Einerseits wurden unter Regie des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion alle Anstrengungen unternommen, um die Kampfkraft der deutschen Wehrmacht zu steigern. Andererseits übernahm das Reichswirtschaftsministerium in Zusammenarbeit mit Reichsbank, Reichsfinanzministerium und anderen industriellen Körperschaften die koordinierende Rolle eines staatlichen Führungszentrums für die Nachkriegsplanung. Bezeichnend für eine Verzahnung mit höchsten faschistischen Stellen ist, daß neben anderen beispielsweise SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf, zugleich Leiter der Arbeitsgruppe III im Reichssicherheitshauptamt, in das Reichswirtschaftsministerium überwechselte, was ohne Absprache auf höchster

---

10 Vgl. Olaf Groehler: 1944: Die Krise des deutschen Faschismus. Faschistische Agonie und Nachkriegsplanung. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 7/1984, S. 586ff.

Ebene der NS-Hierarchie nicht möglich gewesen wäre. So standen die Nachkriegsüberlegungen faktisch sogar unter dem Schutz eines bestimmten Teils des SS-Apparates.

Im Mittelpunkt einer Art „Überlebensstrategie“ und der Anpassungskonzepte stand die Frage, wie neben der Rettung der ökonomischen Potenzen über den Krieg hinweg auch eine intakte politische und wirtschaftliche Grundstruktur insgesamt auf der Basis der bestehenden Eigentumsverhältnisse erhalten werden kann. Flexibel sollte die deutsche Wirtschaftspolitik nach Beendigung der Kampfhandlungen auf die politischen Bedingungen eingestellt werden. Auch wenn dann Teile des Bank- und Industriekapitals auf eine vorsichtige Distanz zum Staat gingen, um für die unumgängliche Überwindung des diskreditierten Nazisystems vorzusorgen, blieb es dabei, daß die Vorkehrungen für die Nachkriegsgestaltung von maßgeblichen großindustriellen Kräften wie von Vertretern von NS-Führungskreisen initiiert und getragen wurden. Ein Attentat auf Hitler hielt man für zwiespältig und zu riskant, einen evolutionären Übergang vom Krieg zum Frieden als geeigneter.<sup>11</sup>

Eine zweite Dominante der Vorbeugung gegen Wiederholungseventualitäten von 1918/19 resultierte aus dem gemeinsamen Interesse mit der NS-Führung und ihren Büttel, alle aktiven wie passiven oppositionellen Kräfte zu eliminieren. Lästige Führungskräfte sollten bereits vor Kriegsende beseitigt werden, um für die Zeit nach dem Kriege Gegenspieler im künftigen Deutschland „kopflös“ zu machen. Unverhohlen brachte dies Gestapo-Chef Heinrich Müller auf den Punkt: Es sollten nicht die gleichen Fehler wie 1918 gemacht werden, die „innerdeutschen Feinde“ dürften nicht am Leben bleiben.<sup>12</sup> Insofern waren unmittelbare „Vergeltungs- und Abschreckungsstrategie“ im Gefolge des 20. Juli 1944 und weiterreichende „Überlebensstrategie“ Bestandteil des Räderwerkes einer eskalierenden allumfassenden NS-Terrormaschine, worauf in einem anderen Abschnitt noch ausführlicher eingegangen wird.

Schließlich hatte sich drittens eine militärisch-zivile Antihitleropposition herausgebildet, deren Anfänge bis Mitte der dreißiger Jahre zurückreichen. Auf ihre Entwicklung und Problematik kann nicht im Einzelnen eingegangen werden. Festgehalten sei, daß sie kein homogenes Gebilde darstellte, sondern sich zusammensetzte aus Kerngruppierungen um Leitpersonen und losen Kreisen mit mehr oder weniger festen Kontakten zueinander. Bei Einigen hatte bereits der Unmut Hitlers zur Entlassung geführt. Nicht wenige dienten ihm noch immer, sogar in militärischen und diplomatischen Schaltstellen. Es gab den dominierenden Flügel um den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Dr. Carl Friedrich

---

11 Ebenda, S. 590.

12 Ebenda, S. 591.

Goerdeler und den pensionierten Generalstabchef des Heeres Generaloberst Ludwig Beck.<sup>13</sup>

Einen weiteren Zusammenschluß in Diskussionsrunden stellte der „Kreisauer Kreis“ um Helmuth James Graf von Moltke dar. Der erstmalig so vom Reichssicherheitshauptamt registrierte Begriff nimmt Bezug auf den Treffpunkt der Gruppe auf Moltkes Gut Kreisau im niederschlesischen Kreis Schweidnitz. Von hunderten Zusammenkünften zu zweit oder dritt soll die Mehrzahl in Berlin und einige in München stattgefunden haben.<sup>14</sup> Der innere Zirkel bestand aus 20 aktiven Mitstreitern und doppelt so vielen Sympathisanten.

Insgesamt umfaßte diese Oppositionsbewegung sowohl innerhalb der NS-Herrschaftsstruktur als auch erst recht im Gesamtgefüge des deutschen antifaschistischen Widerstandes einen geringen Teil von Eliten.<sup>15</sup> Ihr gemeinsames Band bildete das Ziel einer Beseitigung Hitlers, schließlich zuletzt durch ein Attentat. Denn es wurde befürchtet, daß der Katastrophenkurs der NS-Führung ganz Deutschland in den Untergang stürzte und die eigenen Macht- und Eigentumsverhältnisse ähnlich wie am Ende des ersten Weltkrieges gefährden könnte.

Dagegen gab es in einigen Grundfragen unterschiedliche Auffassungen bis hin zu zugespitzten Kontroversen, vor allem über die künftige Gestaltung Deutschlands. Sie reichten, was nicht im Einzelnen dargelegt werden kann, von erzkonservativen Vorstellungen über ethisch-christliche Ideale bis zu sozialistisch-sozialdemokratischen Einflüssen insbesondere ab Frühjahr 1944. Es gab viel Widersprüchliches. Einerseits wurde von Goerdeler und seinem engsten Anhang eine starke, autoritäre Zentralgewalt angestrebt, möglicherweise mit monarchistischer Staatsspitze und stark eingeschränktem Parlament. Ursprünglich sollte das designierte Staatsoberhaupt Beck als eine Art Generalstatthalter oder Reichsverweser fungieren. Andererseits war im regionalen Bereich an eine ausgedehnte Selbstverwaltung gedacht. Ein stark christlich geprägtes Staats- und

---

13 Die politische Heimat des eigentlichen Monarchisten Goerdeler war die Deutschnationale Volkspartei gewesen, die in Hitlers anfänglicher Koalitionsregierung der „nationalen Konzentration“ zunächst Minister gestellt hatte. Beck war im August 1938 wegen des riskanten kriegstreiberischen Kurses der Hitlerregierung zurückgetreten.

14 Diese Differenzierung vgl. Guido Knopp: Sie wollten Hitler töten, München 2004, S. 187 (Begleitbuch zur vierteiligen ZDF-Serie im März 2004.) In drei größeren Diskussionsrunden in Kreisau 1942/43 wurden sogar systematisch bestimmte Themenkomplexe abgearbeitet.

15 Nach Untersuchungen des Historikers Jürgen Zarusky vom Münchner Institut für Zeitgeschichte beteiligten sich die christlich-bürgerlichen Kräfte mit drei Prozent und die Sozialdemokraten mit zehn Prozent am Widerstand. Der höchste Anteil wird mit 75 Prozent den deutschen Kommunisten zugerechnet. Fast deckungsgleich sind ebenfalls regionalgeschichtliche Analysen wie für die Provinz Brandenburg. Vgl. Werner Bethge (Hrsg.): „Entfaltung jeder Form des Massenwiderstandes“. Die Bedeutung der illegalen Funktönerstagung der Kommunistischen Partei Deutschlands am 7. Februar 1933 in Ziegenhals im Widerstreit der Meinungen, Schkeuditz 2001, S. 8. Der Gesamtanteil am antifaschistischen Widerstand soll nach Schätzung nicht mehr als ein bis drei Prozent betragen haben.

Gemeinwesen schwebte den Kreisauer Köpfen vor. Staat und Wirtschaft sollten von unten nach oben organisiert und über Selbstverwaltungsorgane geführt werden. Durch entsprechende Erziehung und Bildung wurde ein mündiger Bürger als Voraussetzung für die Mitarbeit des Volkes am politischen Leben angestrebt. Hauptanliegen der Kreisauer „Grundsätze für die Neuordnung“ war die Wiederherstellung des „zertretenen Rechts“ und der Freiheit der Persönlichkeit. Letzteres war der gemeinsame Leitfaden aller Verschwörerkreise.<sup>16</sup> Am weitesten ging die Konzeption der sozialdemokratischen Exponenten. So plädierte der Journalist und Reichstagsabgeordnete Dr. Julius Leber für die Sozialisierung der Grund- und Schlüsselindustrien. Er verlangte Toleranz in Klassen-, Glaubens- und Rassenfragen, wollte die Einheit der Arbeiterbewegung. Stauffenberg schwebte volksverbunden wie elitär „eine neue Ordnung vor, die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt, [wir] verachten aber die Gleichheitslüge und beugen uns vor den naturgegebenen Rängen“.<sup>17</sup>

Ein Streitpunkt blieb die Ablehnung beziehungsweise Akzeptanz einer Einheitsgewerkschaft. Auch hinsichtlich der Gestaltung Europas mit einem Zusammenschluß der Völker bis zum Aufbau eines europäischen Bundesstaates unter Einbindung Deutschlands gab es unterschiedliche Nuancierungen. Übrigens sollte die Sowjetunion ausgegliedert bleiben.<sup>18</sup> So dauerten insgesamt die Querelen untereinander an. Moltke und sein Mitstreiter Dr. Peter Graf Yorck von Wartenburg lehnten die Goerdeler-Gruppe als „Kreis von Reaktionären“ ab. Stauffenberg und die Sozialdemokraten Julius Leber und Wilhelm Leuschner stimmten überein, daß eine Regierung unter Goerdeler lediglich eine Übergangslösung sein könne. Dann kämen nach Lesart der letzteren die linken Kräfte, die Arbeiterparteien und Gewerkschaften an die Macht. Der Generalstäbler favorisierte Leber als Kanzler, nachdem Leuschner abgelehnt hatte. Goerdeler wiederum ereiferte sich über das angebliche „Gespenst des Sozialismus“. Auch bergwöhnte er Stauffenbergs Übereinstimmungen mit den Sozialdemokraten, befürchtete er doch eine Schwächung seiner Führungsrolle und eine Stärkung des linken Flügels der Antihitleropposition. Militärs waren ihm sowieso suspekt,

---

16 Vgl. Gerd Ueberschär: Stauffenberg. Der 20. Juli 1944, Frankfurt a. M., S. 116. (Begleitbuch zum ARD-Film vom 25.02.2004).

17 Zit. nach Hans Bentzien: Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Der Täter und seine Zeit, Hannover 1997, S. 278, S. 293. Eine unveränderte Nachauflage erfolgte im Jahre 2004 im Verlag Das Neue Berlin.

18 Vgl. den komprimiertesten Überblick zu den dargelegten Zusammenhängen in: Lexikon des deutschen Widerstandes. Herausgegeben von Wolfgang Benz und Walter H. Pehle, Frankfurt a. M. 1994, S. 251; Hans Mommsen: Die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas aus der Sicht des Kreisauer Kreises. In: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 323, Bonn 1994, S. 246ff.

und Stauffenberg sei ein „Querkopf, der Politik machen wolle“.<sup>19</sup> Erschwerend war ferner das belastende Problem der Gratwanderung zwischen NS-Verstrickung und langwieriger Abwendung von den Verirrungen traditionsreicher Familiengeschlechter. Nach neuesten Forschungen sollen 41 Schulenburgs, 30 Tresckows, 27 Hardenbergs und 52 Schwerins der NSDAP angehört haben. Die Gesinnung vieler sei sogar von einem rabiaten Antisemitismus bestimmt gewesen.<sup>20</sup>

Auf einen Nenner gebracht: Es sollte immerhin einen Neuanfang geben, etwas grundsätzlich Besseres als NS-Regime und Kommunismus. Eine Rückkehr zur Weimarer Republik wurde hinsichtlich bestimmter geschichtlicher Erfahrungen ebenfalls ausgeschlossen. Nach den in Deutschland gescheiterten und diskreditierten Systemen schwebte manchen Verschwörern möglicherweise eine Art dritter deutscher Weg zwischen Ost und West vor.<sup>21</sup> Es stellt sich jedoch die Frage, ob das Konglomerat schwer verständlicher, noch ungeklärter und unterschiedlicher Zukunftsvorstellungen für die Masse der Bevölkerung überhaupt begreiflich war und als Alternative akzeptiert worden wäre. Wie hätte manches Konträre und Utopische praktiziert werden können, und hätte es dann funktioniert? Hinzu kommt das Wunschdenken zur Beendigung des Krieges als der entscheidenden Voraussetzung für Umsturz und Umgestaltung, worauf im Folgenden noch näher eingegangen wird.

### **„Es wird Zeit, daß ich das Deutsche Reich rette!“**

Als Stauffenberg diesen Entschluß zu seiner Maxime machte, bedeutete dies den Kulminationspunkt, gewissermaßen den berühmten Gordischen Knoten, in einem langwierigen, widerspruchsvollen Erkenntnis- und Reifeprozess mit Ecken und Kanten, Tiefen und Höhen. Es ist der schwere Weg eines ins Hitlerregime Verstrickten zur konspirativen Integrations- und Symbolfigur des 20. Juli 1944, auf der die allerletzten Hoffnungen der Verschwörer ruhten. Zweifelsohne hätte es ohne die Tat Stauffenbergs keinen letzten Bombenanschlag gegeben. Aber auch er hatte das Odium der meisten Mitstreiter an sich: Sie hatten dem Diktator und verbrecherischen NS-System einst ergeben gedient und sich dann erst abgewandt – die einen früher, die anderen später. Daraus ergeben sich Verstrickung, Schuld und die Sühne des Ausweges bis zur Selbstaufopferung. Dabei geht es nicht um Aufrechnung, sondern um die Umstände des Zeitkolorits. Erst daraus erklärt sich dann, was zu einer geschichtlichen Leistung und persönlichen Hochachtung wird. Das schillernde Bild Stauffenbergs wird dadurch abgerundet,

---

19 Vgl. Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg, S. 116ff.; Hans Bentzien: Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 268, S. 277ff.

20 Vgl. Klaus Harpprecht: Harald Poelchau. Ein Leben im Widerstand, Reinbek 2004, S. 156.

21 So Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg, S. 122.

daß sich die Persönlichkeit des jungen Offiziers vom Jahrgang 1907 durch Charisma und außergewöhnliche Begabungen abhob, was in der Literatur anerkannt wird.

Drei Grundzüge prägten sein etwas mythisch verbrämtes Weltbild vom „heiligen Deutschland“ bis zuletzt: von Anfang an zunächst eine Art Jüngerschaft unter dem Dichter Stefan George. Es entwickelte sich jenes elitäre aristokratisch-hierarchisch verfestigte Sendungsbewußtsein, das letztlich im 20. Juli 1944 gipfelte. Stauffenbergs Denken und Handeln sei durch folgenden Kreislauf bestimmt worden: „Der Auserwählte trägt Verantwortung vor dem Volk, steht in der Pflicht zur Tat bereitzustehen, auch wenn sie nur durch Opfer oder Selbstopfer erfolgen kann. Pflichtverantwortung – Tat – Opfer, das ist der Kreislauf seiner Ethik“.<sup>22</sup> Die aristokratische Herkunft und die Familientradition des dritten Sprosses einer schwäbischen Adelsfamilie waren und blieben für Stauffenbergs Pflichtauffassung wie Standesgrenzen signifikant. Dennoch zeichneten ihn auf dem Höhepunkt der Verschwörung auch eine geistig-politische Aufgeschlossenheit und Liberalität aus bis zum genannten Interesse für sozialistisch-sozialdemokratisches Gedankengut, für soziale Probleme und die Sicht auf die Arbeiterbewegung.

Ein zweiter prägender Grundzug wurde seit seinem Eintritt als Fahnenjunker in das Bamberger Reiterregiment 17 im Jahre 1926 durch Militärberuf und Karriereaufstieg bestimmt. Jedoch rangen in seiner Brust die sprichwörtlichen zwei Seelen zunehmend miteinander. Der aufkommende Wille zu Widerstand und Neubeginn stieß in der Endkonsequenz jeweils auf die eingefleischten Standesgrenzen von Herkunft und Militärkaste, was den Rahmen der angestrebten gesellschaftlichen und individuellen Veränderungen beschränkte.

Will man die wichtigsten Einschnitte und den Wendepunkt skizzieren, so ist festzuhalten:

Ursprünglich war der junge Stauffenberg, wie erwähnt, deutsch-national eingestellt, mit romantisch-idealistischen Verklärungen. Der Weimarer Republik stand er mehr oder weniger reserviert gegenüber. Die parlamentarische Demokratie betrachtete er skeptisch bis ablehnend. Seine Einstellung zu Hitlers Machtübernahme wird zwar in die Literatur unterschiedlich dargestellt, doch ist es offensichtlich, daß manche Parolen bei Stauffenberg, wie bei vielen jüngeren Offizieren, verfangen: Auch er wollte ein Wiedererstarken Deutschlands und die Befreiung von Fesseln des Versailler Vertrages, erhoffte sich eigene Aufstiegschancen. Bereits am 1. Mai 1933 erfolgte seine Beförderung zum Oberleutnant. Es begann eine Bilderbuchkarriere. Dabei war nicht nur eine gewisse Blauäugigkeit unverkennbar, sondern durchaus ebenfalls mancher kritische Blick von Anbeginn, was von Widersprüchlichkeit und ersten Gewissenskonflikten zeugt.

---

22 Zit. nach Hans Bentzien: Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 37. Zu Stauffenbergs Vorstellungen über ein anderes Deutschland vgl. S. 242ff.

Kennzeichnend für eine erste größere Entwicklungsphase von 1933 bis 1941 war, daß der zum Generalstabsdienst qualifizierte militärische Nachwuchskader dem Hitlerregime aktiv und teilweise euphorisch diente. Seine Rolle ließe sich zunächst als die eines pflichtbewußten Mitläufers und strebsamen Nutznießers kennzeichnen. Er ging den verhängnisvollen Weg in den Krieg mit, im Unterschied zu seinem Generalstabschef Beck, mit dem er sich später zum Sturz Hitlers wieder zusammenfand. Die Entfesselung des Krieges hielt er für bedenklich. Doch im Banne des beruflichen Erfolgserlebnisses als Militär verfiel er dann wie die Masse der Bevölkerung auch in den Jubelrausch der „Blitzsieg“ über Polen und Frankreich. Als Versorgungsoffizier der 1. Leichten Division und der 6. Panzerdivision belobigt, wurde der Hauptmann faktisch zum Aggressor und Okkupanten, ließ er sich sogar zu antipolnischen Ressentiments hinreißen. Als Stauffenberg Ende Mai 1940 vom Frontoffizier in die Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres berufen wurde, rückte er immer näher und höher an Hitlers Seite in dessen zentraler Militärmaschinerie. Trotz Drängens lehnte er seine Beteiligung an der Antihitleropposition noch ab und zeigte sich von den Hitler zugeschriebenen militärischen Erfolgen beeindruckt. „Hitler habe ein Gespür für das Militärische“, so anerkannte er, „sehe alles in großen Zusammenhängen und ringe um Deutschlands Zukunft. Die Nähe zu ihm rege zu schöpferischem Denken an, man müsse ihm zum Siege verhelfen.“<sup>23</sup>

Der am 1. Januar 1941 zum Major beförderte Stauffenberg genoß sehr bald im Oberkommando des Heeres eine solche Vertrauensstellung und derartigen Einfluß wie kaum ein anderer junger Offizier. Seit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 zeichnete sich mehr und mehr die einschneidende zweite Hauptphase des Reifeprozesses Stauffenbergs ab. Er ließ sich von den Anfangserfolgen der Wehrmacht nicht blenden. Auf Grund seiner Kenntnisse dienstlicher Interna wußte er zu genau über die ungeheuren und vor allem unersetzbaren Verluste Bescheid, mit denen die „Pyrrhus-Siege“ errungen worden waren. Auch erfüllten ihn die zahlreich verübten Verbrechen mit Abscheu. Ein völliges Umdenken bewirkte dies alles jedoch vorerst noch nicht. Er schwang sich sogar zum „Sieg heil“- und Durchhaltebefürworter auf. „Zuerst müssen wir den Krieg gewinnen“, so beschwor er. „Während des Krieges dürfe man nichts gegen Hitler unternehmen, vor allem nicht während eines Krieges gegen den Bolschewismus. Aber dann, wenn wir nach Hause kommen, werden wir mit der braunen Pest aufräumen.“<sup>24</sup> Länger sogar als andere glaubte er, der Krieg gegen die Sowjetunion könne noch gewonnen werden.

Erst die Erkenntnis über das ganze Ausmaß der Winterkatastrophe 1941/42 leitete ab Frühjahr 1942 die unmittelbare Einbeziehung Stauffenbergs in den Widerstand gegen Hitler ein. Die Vision vom „heiligen Deutschland“ hatte schweren Schaden genommen. Es folgte ein dritter Grundzug zur Rettung und

---

23 Zit. nach Guido Knopp: Sie wollten Hitler töten, S. 165.

24 Zit. nach ebenda, S. 167.

Erneuerung Deutschlands. Stauffenberg war sich nunmehr bewußt, daß ein Sieg wohl nicht mehr möglich sei, ohne den Kampf schon ganz als verloren zu geben. Aber um Hitler Einhalt zu gebieten, gäbe es nur noch eine einzige Lösung – ihn zu töten. Ihm war auch noch klar geworden, daß es ebenfalls keinen Sinn mehr mache, Hitler Wahrheiten zu sagen, die er sowieso nicht hören wollte. Zunächst jedoch sollten einige in die Verschwörung involvierte Feldmarschälle zur Tat gegen Hitler schreiten.

Am 3. Februar 1943 wurde Stauffenberg mitgeteilt, daß er als Erster Generalstabsoffizier der 10. Panzerdivision nach Tunesien versetzt worden sei, wo die Rommelschen „Wüstenfüchse“ in die Umklammerung der Briten und Amerikaner geraten waren. Im Stauffenberg-Film der ARD von Jo Baier wird verbreitet, Stauffenberg habe sich angesichts der Katastrophe des „Rußlandfeldzuges“ selber zum Einsatz in Afrika versetzen lassen. In Wirklichkeit handelte es sich um eine Intrige, einen unbequemen Mahner und Drängler loszuwerden, ihn im wahrsten Sinne des Wortes in die Wüste zu schicken. Das Ränkespiel ging von dem Scheinidol Generalfeldmarschall Erich von Manstein aus, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Don. Als Stauffenberg diesen auf Grund seines legendären Rufes zur Übernahme des militärischen Oberbefehls oder sogar der Führung der Opposition zu gewinnen suchte, drohte Manstein mit Verhaftung. Er drängte Generalstabchef Kurt Zeitzler, eine zeitweilige Frontbewährung Stauffenbergs zu veranlassen. Dieser sei schon viel zu lange im Oberkommando des Heeres gewesen und neige dazu, sich um Dinge zu kümmern, die ihn nichts angingen. Auch im Heerespersonalamt gab es Vorbehalte, daß Stauffenberg im „nationalsozialistischen Sinne unzuverlässig sei.“<sup>25</sup>

Zweierlei Auswirkungen hatte das Zwischenspiel des Afrika-Einsatzes. Die schlimme Folge seiner Abschiebung bestand darin, daß Stauffenberg am 7. April 1943 im deckungslosen Wüstengelände in einen der gefürchteten britischen Tieffliegerangriffe geriet und faktisch zum Krüppel geschossen wurde. Er verlor das linke Auge, die rechte Hand und zwei Finger der linken. Wenigstens konnte er noch in der zweiten Aprilhälfte in ein Münchener Lazarett evakuiert werden. Als seine Frau Nina Gräfin Schenk von Stauffenberg das Energiebündel besuchte – die Wiederherstellung seiner Einsatzfähigkeit war Stauffenbergs nächstes Anliegen – war die grundlegende Entscheidung der Selbstbestimmung gefallen. Sie lautete: „Es wird Zeit, daß ich das Deutsche Reich rette!“<sup>26</sup> Es begann die letzte und wohl dramatischste Phase eines langwierigen, kantigen Reifeprozesses vom Wegbegleiter Hitlers in den Krieg zum beabsichtigten Retter Deutschlands durch den Sturz Hitlers und zur Beendigung des Krieges, in der das markante Sendungsbewußtsein in einer Art Messias-Rolle gipfelte.

25 Vgl. Hans Bentzien: Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 222, S. 228. Dagegen habe sich Stauffenberg auch nach Guido Knopp selber um Frontversetzung bemüht, da ihm der Boden im Oberkommando des Heeres zu heiß geworden sei. (S. 172).

26 Vgl. Guido Knopp: Sie wollten Hitler töten, S. 180.

Am 15. September 1943 war der um Rückkehr in den Bendlerblock bemühte Stauffenberg zunächst zum Chef des Stabes des Allgemeinen Heeresamtes und am 1. Juli 1944 sogar zum Chef des Stabes beim Oberbefehlshaber der Heeresrüstung und des Ersatzheeres unter Generaloberst Friedrich Fromm ernannt worden. Dazu wurde er zum Oberst befördert.<sup>27</sup> Dadurch ergab sich die Chance zeitweiliger direkter Zutritte zu Hitler bei bestimmten Lagevorträgen im „Führerhauptquartier“. Doch am 6., 11. und 15. Juli 1944 ließ Stauffenberg die Gelegenheit zum Attentat ungenutzt verstreichen, weil der Reichsführer SS Heinrich Himmler und Reichsmarschall Hermann Göring nicht anwesend waren.<sup>28</sup> Woraus erklärt sich die Eile, mit der er dann doch am 20. Juli selbst zur Tat schritt, obwohl die übrigen Nazigrößen wiederum fehlten?

Sicherlich spielte die zunehmende Gefahr einer Entdeckung eine gewisse Rolle. So war ein vereinbartes zweites Sondierungsgespräch zwischen Julius Leber und dem sozialdemokratischen Reformpädagogen Prof. Dr. Adolf Reichwein mit der illegalen Berliner Landesleitung der KPD unter Anton Saefkow und Franz Jacob am 4. Juli 1944 durch Gestapozugriff geplatzt. Dazu hatte der Verrat des Spitzels Rambow aus dem eigenen Umfeld Saefkows beigetragen. Man war erstmalig am 22. Juni 1944 in der Köpenickerstraße in einer Arztwohnung zusammengekommen. Im Unterschied zu Goerdeler lehnte Stauffenberg einen Kontakt zu Kommunisten nicht generell ab. Ihm und den mitverschworenen Sozialdemokraten ging es offensichtlich darum, herauszufinden, wie diese zu einem Umsturz standen und welche Vorstellungen sie über ein neues Deutschland hatten. An eine antifaschistische Einheits- und Volksfront nach der Linie der KPD war wohl auf keinen Fall gedacht. Selbst eine Befreiung Deutschlands durch die Rote Armee war für Stauffenberg ein rotes Tuch. Leuschner und andere zivile Hitlergegner setzten nicht auf die noch verbliebende Arbeiterbewegung, sondern einzig und allein auf die Militäropposition. Attentat und Umbruch seien deren Aufgaben. Am aufgeschlossensten gegenüber den Kommunisten war offensichtlich Leber. Hatte er doch mit Franz Jacob, einem ihrer Berliner Funktionäre, während der gemeinsamen KZ-Zeit unmittelbar zusammengelegen und ihn schätzen gelernt. Ihm war bewußt, daß man die Kommunisten in den Widerstand einbeziehen mußte und auch von einer Nachkriegsentwicklung nicht ganz ausschließen konnte.<sup>29</sup>

---

27 Das genannte Allgemeine Heeresamt und die Dienststelle Fromms mit ihren zahlreichen Ämtern und Abteilungen befanden sich ab 1939 im Ostteil des nach seinem Erbauer benannten Bendlerblockes in der Nähe von Landwehrkanal und Tirpitzufer. In den Räumen des zweiten Stockes spielten sich die Umsturzbestrebungen am 20. Juli ab.

28 Vgl. Hans Bentzien: Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 268f.

29 Vgl. Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg, S. 124f. Ferner Hans Bentzien: Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 293ff. Daß Stauffenberg die Kommunisten in die bürgerlich-sozialdemokratische Allianz einbinden wollte, wie Guido Knopp (S. 193) meint, erscheint nach den dargelegten Positionen fraglich.

Eine weitere Einbuße resultierte daraus, daß nach der Verhaftung Moltkes im Januar 1944 der Kreisauer Kreis zerfiel. Vor allem stellte Goerdeler infolge seiner konspirativen Unvorsichtigkeiten ein Sicherheitsrisiko dar. Die Gestapo hatte bereits Haftbefehl erlassen, wovon Stauffenberg in letzter Minute Kenntnis erhielt. Er drängte den Gesuchten, am 19. Juli Berlin zu verlassen und unterzutauchen. Durch Indiskretion seines eigenen Adjutanten Werner von Haeften machte in der Reichshauptstadt das Gerücht die Runde, das „Führerhauptquartier“ würde in der nächsten Zeit in die Luft gesprengt. Die englische Nachrichtenagentur Reuter griff die Flüsterpropaganda auf und vermeldete, es sei dazu bereits ein entsprechender Generalstabsoffizier vorgesehen. Hitler kommentierte, er wisse seit langem, daß im Generalstab gegen ihn etwas vorbereitet würde.<sup>30</sup> Doch die Hauptgründe zur Auslösung des Attentats waren das nicht.

## Zwischen Realitäten und Illusionen

Es tickte noch eine Bombe anderer Art, die Zeitzünderbombe der militärischen Katastrophe. Die drastische Verschlechterung der militärischen Lage engte den Handlungsspielraum der Verschwörer immer mehr ein. Die Zeit lief ihnen davon. Stagnationserscheinungen taten ihr übriges. Es tauchte sogar die Frage auf, ob ein Attentat überhaupt noch einen Sinn mache. Aber symptomatisch blieb, daß man in den Kreisen der Antihitleropposition zwischen der Einsicht in Realitäten und der Flucht in illusionäres Wunschdenken ständig hin- und herschwankte. Zu den ersten, die nicht länger ausschlossen, daß es auch bei einem Regierungswechsel zu einer totalen Besetzung Deutschlands durch die Alliierten kommen würde, gehörten im Mai 1944 Leber und Leuschner. Die bevorstehende Invasion in Frankreich würde ein Attentat überflüssig machen. Wenn es doch dazu kommen würde, dann sollte nach dem Sturz Hitlers eine Regierung aus Antifaschisten gebildet werden, die ein Waffenstillstandsangebot ohne Bedingungen unterbreiten müßte. Leber lehnte es ab, auf eine Spaltung der Alliierten zu setzen. Er nahm im Unterschied vor zu allem Goerdeler die nach Auslands Sondierungen vorliegenden Informationen ernst, wonach die Alliierten offensichtlich auch nicht zur Anerkennung einer eventuellen neuen Regierung bereit waren. Doch mit all dem stand er bis zuletzt allein da. Der Groll der zivilen Hitlergegner Leber und Leuschner über die vielen ergebnislos verstrichenen Attentatstermine hatte zu einer Vertrauenskrise gegenüber den Militärs geführt, wobei die Kontakte dennoch letztlich fortgeführt werden sollten.<sup>31</sup>

Zu den wenigen, die selbst nach erfolgtem Umsturz eine bedingungslose Kapitulation und die Besetzung Deutschlands für unvermeidbar hielten, zählte auch Yorck. Weitere Sondierungsversuche über einen Separatfrieden eventuell auch mit der Sowjetunion, die vor allem durch den „Kreisauer“ Legationsrat Adam

30 Vgl. Hans Bentzien: Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 275, S. 284, S. 290, S. 302f.

31 Ebenda, S. 287, S. 295.

von Trott zu Solz aus der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes unternommen wurden, verliefen ebenfalls ergebnislos. Dieser hatte sogar beim ranghohen Diplomaten Semjonow in der Vertretung der UdSSR in Stockholm vorgeführt.<sup>32</sup> Trott zu Solz soll sich bei der Gesandtin Aleksandra Kollontaj um eine Verbindung zum im Juli 1943 bei Moskau gegründeten Nationalkomitee „Freies Deutschland“ bemüht haben, ebenso General Fritz Lindemann mit Hilfe Berliner und Dresdner Anhänger des NKFD.<sup>33</sup> Weitere Informationen aus Madrid besagten abermals, daß es ohne die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches keine Beendigung des Krieges geben würde und jegliche Hoffnungen auf eine andere Lösung sinnlos seien.<sup>34</sup>

Stieß dies bei Stauffenberg auf Verständnis? Zu welchen Erkenntnissen war der Hauptakteur gelangt? Guido Knopp räumt dieser Frage reichlich Platz ein. Bereits Ende Dezember 1943 habe Stauffenberg geäußert, daß der Krieg verloren sei. Selbst die neuentwickelten „Vergeltungs“-Fernraketen V1 und V2 könnten das Blatt nicht mehr wenden. Ein Separatfrieden mit den Westmächten sei nicht in Aussicht, denn die Alliierten hätten sich auf ihr Ziel der bedingungslosen Kapitulation versteift und „seien auch mittels diplomatischer Manöver nicht mehr auseinander zu dividieren“. Der einzige Hoffnungsschimmer bestehe darin, daß Briten und Amerikaner bald in Frankreich landen und verhindern würden, „daß die Sowjetunion zu weit nach Mitteleuropa vordringe“.<sup>35</sup>

Im Frühjahr 1944 gestand Stauffenberg ferner ein, daß das Reich keinen außenpolitischen und erst recht keinen militärischen Handlungsspielraum mehr besaß. Die Kapitulation und die Besetzung des Reiches wären nicht mehr aufzuhalten. Doch Stauffenberg wollte „niemals das Land der Sowjetunion ausliefern. Wenn man schon die Fahnen streichen müßte, dann sollten die Westalliierten Deutschland besetzen, um so es von der Rache der Roten Armee bewahren.“ Er soll an dieser unrealistischen Hoffnung auf Zusammenarbeit mit den Westalliierten, insbesondere den Briten, bis zum Sommer 1944 festgehalten haben. Auch Trott hätte es zunächst nicht vermocht, ihn davon abzubringen. Denn weder Washington noch London seien bereit, mit den Deutschen gemeinsame Sachen

---

32 Ebenda, S. 281.

33 Vgl. Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg, S. 127. Man kann davon ausgehen, daß es im Prinzip manche Grundübereinstimmungen zwischen den führenden Militärs der Verschwörung und den Zielen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ beziehungsweise des Bundes deutscher Offiziere gab und man sich auch aus gemeinsamer Dienstzeit kannte. Doch es überwogen die Aversionen. Das zeigte sich auch bei Stauffenberg, dessen Haltung dazu in der Literatur umstritten ist. Er soll, wie ebenfalls Beck, von „Proklamationen hinter Stacheldraht“ nichts gehalten haben, wie es bei Hans Bentzien (S. 295) heißt. Auch anderweitig wird argumentiert, daß er die Parole des NKFD zum geschlossenen Überlaufen an der Front für den falschen Weg gehalten habe. Denn er wollte sich gerade auf das Heer als intakten Machtfaktor nach dem Umsturz stützen.

34 Vgl. Hans Bentzien: Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 281, S. 295.

35 Guido Knopp: Sie wollten Hitler töten, S. 185f.

gegen Moskau zu machen. „Erst nach der geglückten Landung der Alliierten in der Normandie erkannte Stauffenberg, daß an der bedingungslosen Kapitulation kein Weg mehr vorbeiführen werde“.<sup>36</sup> Wie noch dargelegt wird, trifft dies nicht so vereinfacht und endgültig zu, und der Argumentation des Fernsehhistorikers Knopp kann nicht in allem gefolgt werden.

Unter welchem militärischen Blickwinkel ging Stauffenberg das Attentat am 20. Juli 1944 an? Inwiefern erklärte sich seine Eile tatsächlich aus der Kriegslage? Diese explodierte Schlag auf Schlag. Seit der überraschenden Invasion der Westalliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 preßte eine unerbittliche Zange nunmehr von West bis Ost Hitlerdeutschland immer enger zusammen. Zwei Tage zuvor war Rom vom Gegner besetzt worden. Vom Schock zeugt, daß Stauffenbergs Vertrauensmann in Frankreich, sein Vetter Cäsar von Hofacker, einen Zusammenbruch der Westfront in zwei Wochen befürchtete und Stauffenberg selbst nicht ausschloß, daß die Rote Armee auch bald die Oder erreichen und Berlin angreifen würde. Seit Anfang Juli hatte er Zweifel, ob ein Umsturz noch sinnvoll, da die vollständige Besetzung Deutschland nur eine Frage der Zeit sei, und man nach der Beseitigung Hitlers von außen besser mit „ungebrochenen Kräften“ zur Stelle wäre.<sup>37</sup> Insbesondere Goerdeler setzte auf seine Lieblingsidee einer „Westlösung“, eines Waffenstillstandes an der Westfront mit den in Frankreich gelandeten amerikanischen und britischen Truppen. Die gesamte Wehrmacht sollte gegen die Rote Armee im Osten geworfen werden.<sup>38</sup> Bereits einen Tag nach seinem letzten Aufenthalt im „Führerhauptquartier“ traf sich Stauffenberg am 16. Juli mit Kreisauern und anderen zu einer Auswertung im engsten Freundeskreis. Es sei festgestellt, daß auch er Verhandlungen mit den Westalliierten für möglich hielt.

Yorck trat zugleich für Gespräche mit der Sowjetunion ein. Kurz zuvor hatte sich Stauffenberg noch daran geklammert, daß infolge des Vorrückens der sowjetischen Armeen Leute wie der flexible britische Premier Winston Churchill doch noch umschwenken und verhandlungsbereit sein würde.<sup>39</sup> Die generelle Verallgemeinerung Gerd R. Ueberschärs, Historiker und Archivar beim Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg i. Br., wonach sich bei Stauffenberg, Trott, Leber und Reichwein durchgängig die Auffassung durchgesetzt hätte, nach einem gelungenen Staatsstreich sowohl mit den Westmächten als auch mit der UdSSR gleichermaßen Friedensverhandlungen ohne politische Vorbehalte aufzunehmen, ist demnach nicht ganz überzeugend. Ueberschär zufolge hätten auch Kontakteleute mit Moskau bereitgestanden, beispielsweise der frühere deutsche Bot-

---

36 Zit. nach ebenda, S. 194.

37 Vgl. Hans Bentzien: Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 298ff.

38 Ebenda, S. 300.

39 Ebenda, S. 295, S. 302.

schafter bis 1941 in Moskau, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, der über die Frontlinie durchgeschleust werden sollte.<sup>40</sup>

War dies bei dem einen oder anderen vermutlich eine feste Konstante, so lief doch – dies sei durchaus mit Respekt gesagt – den Umständen geschuldet nicht alles ohne Konflikte und Widersprüche ab. Gerade im Falle Stauffenberg ergibt sich aus dem Dargelegten zweierlei: Aufgrund der militärisch aussichtslosen Lage stellte er den eigentlichen Sinn eines Attentates in Frage und entwarf die Variante, daß man sich in ein besetztes Nachkriegsdeutschland mit „ungebrochenen Kräften“ einbringen könnte. Gerade dies befürchteten die Nazicliquen und wollten mit ihren Vernichtungsfeldzug im Inneren oppositionelle Kräfte „kopflös“ machen. Zum anderen hielt er bis zuletzt einen Verständigungsfrieden mit den Westmächten für wünschenswert und möglich. Antisowjetische Hintergründe sind unverkennbar. Gemütsverfassung und Motive des Hauptverantwortlichen für den 20. Juli 1944 lassen sich nicht in eine Schablone pressen. Hier geht es um ein hochachtungsvolles und differenziertes Bild eines charakterfesten, sehr mutigen Menschen und verantwortungsbewußten Militäranalytikers, der hin- und hergerissen ist zwischen Realismus, Aktionismus und Wunschdenken und der Irrtümern unterliegt. Daß er sich in der Friedensfrage in Spekulationen ergeht, zeugt vom Dilemma, in dem er sich befand, und von den eigenen politischen Grenzen.

Kostbare Zeit war verlorengegangen durch endlose Diskussionen und Zögerlichkeiten, auch auf Grund von Gewissenskonflikten. Der Entschluß zum „Tyrannenmord“ war den meisten nicht leichtgefallen. Die Militärs fühlten sich durch den neuen Fahneneid nach dem Tode des letzten Reichspräsidenten Paul von Hindenburg im Jahre 1934 besonders unter Druck gesetzt und an Hitler persönlich gebunden. Stand beim alten Eid die Treue zur Reichsverfassung im Vordergrund, so wurde nunmehr der Schwur zum unbedingten Gehorsam auf die Person Hitlers als Führer des Deutschen Reiches und Volkes und zugleich als Oberbefehlshaber der Wehrmacht zugeschnitten. Letzteres war ein völlig neues und sehr entscheidendes Unterstellungsverhältnis.<sup>41</sup> Erinnerung sei in diesem Zusammenhang auch an den Präzedenzfall der Verheizung einer ganzen Armee in Stalingrad als Inkarnation blinder eidlicher „Pflichterfüllung“. Nur der geringste Teil kriegsgefangener deutscher Offiziere fand den Weg zum Nationalkomitee „Freies Deutschland“.

Moltke und andere hatten ethisch-moralische Bedenken zu überwinden, bevor sie eine Tötung Hitlers als letztes Mittel unter den gegebenen Umständen für gerechtfertigt hielten.

---

40 Vgl. Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg, S. 128.

41 Vgl. Texte bei Hans Bentzien: Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 69. Stauffenbergs Position dazu bestand darin, daß der Eid grundsätzlich heilig ist, in dieser Notlage jedoch nicht mehr gültig sein könne. Vgl. Guido Knopp: Sie wollten Hitler töten, S. 185.

Zeitverlust entstand auch, weil es einigen Offizieren, die gleichfalls Zugang zum „Führerhauptquartier“ hatten, an eigener Courage zum Zünden der Bombe mangelte. Sie drängten Stauffenberg damit in die fatale Doppelfunktion des Attentäters in der „Wolfsschanze“ und des Umsturz-Lenkens vom Berliner Bendlerblock aus (bei Flugzeit und Autofahrt von fast fünf Stunden).

Enttäuschend wirkte, daß alle bisherigen Attentatsversuche durch Zufälle mißglückt waren. Der letzte war am 11. März geplant gewesen. Rittmeister Eberhard von Breitenbuch, Ordonnanzoffizier von Generalfeldmarschall Ernst Busch, wollte während dessen Lagevortrag auf dem Berghof Hitler durch einen Pistolenanschlag beseitigen. Zu Beginn der Besprechung wurde ihm jedoch plötzlich der Zutritt zum Konferenzraum mit der Begründung verwehrt, daß diesmal keine Ordonnanzoffiziere zugelassen würden. Auch die britische „Special Operation Executive (SOE)“, die bereits am 27. Mai 1942 in Prag das erfolgreiche Attentat auf Reinhard Heydrich, de facto Reichsprotector Böhmen und Mähren und Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, organisiert hatte, plante immer wieder abenteuerlichste Anschläge auf Hitler („Operation Foxley“). Jedoch explodierte in Polen statt Hitlers Zug ein Soldatentransport, was 400 Opfer kostete. Erst im März 1945 wurden diese Versuche eingestellt.<sup>42</sup> Auch das Problem des Versagens des komplizierten Zeitzündmechanismus im Sprengsatz und die Schwierigkeiten mit seiner Entschärfung verunsicherten. Nach Henry Picker, der zeitweilig Hitlers Tischgespräche aufgezeichnet hatte, wäre es leichter möglich gewesen, Hitlers Magentropfen zu präparieren und ihn damit zu vergiften.<sup>43</sup>

## Sinnvoll oder nicht? Entscheidung des Gewissens

Worum ging es, als Stauffenberg, Stabschef des Ersatzheeres, für den 20. Juli 1944 erneut zum Lagevortrag über das drastische Reserveproblem und die Aufstellung von 15 „Sperrdivisionen“ in das „Führerhauptquartier“ bestellt wurde? Als die Kuriermaschine gegen acht Uhr morgens mit Verspätung von Rangsdorf zum 600-Kilometer-Flug nach Osten startete, hatte sich in Stauffenbergs Kopf offensichtlich das Grundanliegen verdichtet: Gleich, wie die Sache ausging – es sollte vor dem deutschen Volk und der ganzen Welt ein deutliches Signal, ein persönliches Zeichen gesetzt, eine symbolische Aktion demonstriert werden. Es kam nicht mehr so sehr auf einen praktischen Nutzen an – man wollte zeigen, es gewagt zu haben.<sup>44</sup> In diesem Credo war Stauffenberg von dem zu Rat gezogenen Generalmajor Henning von Tresckow, zuvor in Berlin einer der engsten

42 Vgl. Will Berthold: Die 42 Attentate auf Adolf Hitler, S. 212ff.; Guido Knopp: Sie wollten Hitler töten, S. 115, S. 137ff.

43 Vgl. Will Berthold: Die 42 Attentate auf Adolf Hitler, S. 222.

44 So auch der Regisseur des ARD-Stauffenberg-Films Jo Baier im Focus-Interview vom 21.2.2004, S. 168.

Vertrauten Stauffenbergs und nunmehr Chef des Generalstabes der 2. Armee an der Ostfront, bestärkt worden. „Das Attentat muß erfolgen“, so lautete die Finalbotschaft, „koste es, was es wolle. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.“<sup>45</sup> Stauffenberg wollte lieber das Stigma eines „Landesverrätters“ als das eines Verräters des eigenen Gewissen auf sich nehmen. Der einzige Sinn sei es gewesen, Menschen zu retten, da der Krieg verloren war.<sup>46</sup> Auch Generaloberst Ludwig Beck war zu der Schlußfolgerung gelangt, daß der Staatsstreichversuch nicht aus militärisch-politischen, sondern aus ethisch-moralischen Gründen erfolgen müsse, nämlich um den Fortgang der NS-Verbrecheraktionen zu stoppen. Nach seiner Ansicht sowie auch der Stauffenbergs und Tresckows sollte der Umsturzversuch selbst dann erfolgen, wenn die Alliierten an ihrer Forderung nach bedingungslosen Kapitulation festhielten.<sup>47</sup> Insofern schlußfolgert Guido Knopp, daß gehandelt werden sollte, koste es, was es wolle. Es sei nun nicht mehr darum gegangen, das Reich zu retten, wie es Stauffenberg lange vorgeschwebt habe, „sondern nur noch darum, weiteren Schaden vom Volk abzuwenden und die eigene Ehre zu bewahren.“<sup>48</sup>

Hervorzuheben ist, daß sich Stauffenberg zu diesem Zeitpunkt als einziger in einem fast fanatischen Sendungsbewußtsein durch beeindruckenden Mut und eine Kaltblütigkeit ohne Gleichen auszeichnete und höchstes Risiko wie höchsten Preis nicht scheute. Handelte es also um ein „Himmelfahrtskommando“? Kaum einer der maßgeblichen Umstürzler soll der Aktion große Chancen eingeräumt haben. Bruder Berthold Graf von Stauffenberg und Henning von Tresckow bezweifelten das Gelingen. Der Attentäter selbst hatte laut Knopp nicht damit gerechnet, den 20. Juli zu überleben.<sup>49</sup> Es sei allerdings darauf verwiesen, daß er vorangegangene Auftritte im „Führerhauptquartier“ dazu nutzte, alles genau in Augenschein zu nehmen, und überrascht war, wie man ohne Probleme ganz nahe an Hitler herankommen konnte.

Ganz gleich, welche Absicht letztlich verfolgt und was dabei erreicht beziehungsweise nicht erreicht wurde: Zur bitteren Bilanz einer differenzierten Gesamteinschätzung zählt, in welcher Verhältnismäßigkeit Tat und neue Opfer stehen. War man doch angetreten, weitere Kriegsverluste zu vermeiden.

Der Ablauf des 20. Juli ist selbst bei dieser oder jener Abweichung im Detail aus den zahlreichen Darstellungen dokumentiert und muß hier nicht nachvollzogen werden. Doch immer wieder beschäftigt das Problem die Gemüter, wie ein

---

45 Zit. nach Hans Bentzien: Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 291.

46 Vgl. Guido Knopp: Sie wollten Hitler töten, S. 206.

47 Vgl. Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg, S. 144.

48 Guido Knopp: Sie wollten Hitler töten, S. 197f.

49 Ebenda, S. 206.

Staatsstreich sich so rasch festfahren konnte, der „von hochbefähigten Generalstäblern geplant war.“<sup>50</sup> Nach Gerd R. Ueberschär war der Operationsplan der Verschwörer „zweifellos genial“.<sup>51</sup> Aber für das Scheitern sind eine Reihe von Versäumnissen, eklatanten Fehlern, Irrtümern verantwortlich. Die Überforderung eines Schwerstbehinderten spielte zweifellos eine Rolle. Letztlich sorgte der Zufall dafür, daß Hitler überlebte. Stauffenberg beließ, aus welchen Gründen auch immer, den zweiten mitgenommenen Sprengsatz nicht in seiner Aktentasche. Deren Platzierung war nicht nahe genug, um mit halbiertes Explosionskraft von noch einem Kilo Sprengstoff den Diktator zu töten. Bei allem Wenn und Aber: Der Erfolg war tatsächlich ungewiß.

Die Vorentscheidung war bereits gefallen, als Stauffenberg und Haeften viel zu spät – gegen 17 Uhr – in der Bendlerstraße eintrafen. Fromm war durch Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel aus der „Wolfsschanze“ schon vom Überleben Hitlers unterrichtet worden. Ab 16 Uhr wurden von dort aus auch die Kreiscommandos telefonisch oder über Funk vom Scheitern des Attentats unterrichtet und erste Gegenbefehle zur Rücknahme des „Walküre“-Alarms erlassen. Dieser war eigentlich zur Unterdrückung befürchteter Unruhen der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen gedacht und diente den Verschwörern als Vorwand für ihr Vorgehen.<sup>52</sup> Nach 14 Uhr erließ Himmler den Befehl, Stauffenberg auf dem Flugplatz in Rangsdorf sofort zu verhaften beziehungsweise in der Bendlerstraße unauffällig festnehmen zu lassen. Der Reichsführer SS wurde zum neuen Oberbefehlshaber des Ersatzheeres ernannt. Es setzte ein beiderseitiges Verwirrspiel ein, das trotz des übermenschlichen Einsatzes Stauffenbergs und solcher Getreuer wie General Friedrich Olbricht, Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim, Oberleutnant Werner von Haeften bis hin zu Generalfeldmarschall Ludwig Beck und anderer verloren ging, nicht zuletzt auch auf Grund von Pannen. Bereits 20:15 Uhr verließ der als künftiger militärische Oberbefehlshaber vorgesehene Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben räsonierend den Bendlerblock, da er den Umsturzversuch für gescheitert hielt. Stauffenberg gelangte nach 22 Uhr zur gleichen Erkenntnis. Das Spiel war endgültig aus, als es kurz darauf zur bewaffneten Gegenaktion hitlertreuer Offiziere kam. Bei den Schießereien wurde Stauffenberg verwundet. Der zwielichtige, wieder befreite Generaloberst Friedrich Fromm ließ nach 23 Uhr Verhaftungen vornehmen und ver-

---

50 Berliner Zeitung vom 25.2.2004, S. 38.

51 Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg, S. 49.

52 Deren Gesamtzahl betrug über sieben Millionen. Da auch noch mögliche alliierte Luftlandeunternehmen in Betracht gezogen wurden, rechnete man mit einem beträchtlichen Gefahrenpotential. Bereits 1977 erschien im DDR-Verlag Neues Leben die populär gehaltene Darstellung von Ernst Ludwig Bock: Walküre lächelt nicht, Berlin 1977.

kündete auf eigene Faust Standgerichtsverurteilungen.<sup>53</sup> Das Scheitern des Umsturzversuches in der Reichshauptstadt führte auch zum Umschwung in den Wehrkreisen Wien, Prag und Paris. Dort war es zunächst gelungen, die örtlichen NS-Instanzen widerstandslos außer Gefecht zu setzen. Insbesondere in der französischen Hauptstadt, die eine Schlüsselrolle in den Plänen der Verschwörer für eine Westöffnung einnahm, waren mit einem Schlag die führenden Köpfe und über 1 000 Chargen von SS, SD und Gestapo verhaftet worden.

Hätte ein gelungener Umsturz alles in einem anderen Licht erscheinen lassen? Zumeist wird in den Betrachtungen die Tötung beziehungsweise das Überleben Hitlers zum Dreh- und Angelpunkt gemacht. Hätte sich tatsächlich eine Regierung Beck–Goerdeler im ganzen Reich durchsetzen können? Immerhin verfügte Himmler über ein SS-Potenzial, das im Inneren nicht der Befehlsgewalt des Militärs unterstand. Auch in den Händen von Göring konzentrierte sich eine beträchtliche Hausmacht. Die agile Rolle von Propagandaminister Joseph Goebbels, der das Steuer in Berlin noch herumreißen konnte, ist erwiesen. Ob also deren Ausschaltung nach Wegfall des obersten Diktators gelungen wäre, bleibt offen. Bei Ueberschär wird reflektiert, daß möglicherweise die deutsche Macht- und Herrschaftsstruktur in einander befehrende Teilgebiete zerfallen wäre. Drohte sogar die Gefahr eines Bürgerkrieges? Es spräche vieles dafür, daß eine neue Umsturzregierung vielen Anfeindungen und Durchsetzungsschwierigkeiten ausgesetzt gewesen wäre, da nicht nur die große Mehrheit der jüngeren Generation fest auf den NS-Geist eingeschworen war.

Wie aus damaligen Stimmungsberichten und dem sichtbaren Zustand hervorgeht, hatte die Anti-Hitler-Aktion beinahe das Gegenteil bewirkt. Hitler wurde noch mehr zum Idol stilisiert, und dies nicht nur von der faschistischen Propaganda, sondern auch im „Wunderglauben“ zahlreicher Volksschichten. Als „von der Vorsehung“ berufen galt er nunmehr als noch unverwundbarer. Treue und Verehrung seien noch mehr gestiegen und die Verbundenheit zwischen Volk und Führung noch fester geworden, um sich mit allen Kräften entschlossen für die Fortsetzung des Krieges bis zum Siege einzusetzen. So wurde die grundsätzliche Haltung im Sommer und Herbst 1944 durch den Willen bestimmt, unter allen Umständen im gemeinsamen Abwehrkampf gegen das feindliche „Böse“ zusammenzustehen. Auch wenn es Zustimmung zum Attentat gab – in der Mehrheit der Bevölkerung wurde eine neue Solidarität sichtbar: Die Hitlerlegende war stärker als die Abneigung gegenüber dem NS-Staat und zur Widerstandsbereitschaft.<sup>54</sup> Guido Knopp räumt zwar ein, daß solche Säulen des NS-Systems wie Partei, SA und SS ohne weiteres wohl kaum von der Macht gelas-

---

53 Vgl. die chronologischen Überblicke bei Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg, S. 14ff.; Heinrich Walle: Der 20. Juli 1944. Eine Chronik der Ereignisse vom Attentat und Umsturzversuch. In: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 367ff.

54 Vgl. Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg, S. 173, S. 181.

sen hätten. Aber der Tod Hitlers hätte schwankende Feldmarschälle wie Kluge und Manstein und manche andere aus der Reserve gelockt. Mit ihnen und Rommel an der Spitze wäre das militärische Kräfteverhältnis mit 10:1 für die Wehrmacht ausgefallen. Knopp muß jedoch zugestehen, daß die Frontoffiziere zunächst die Tötung Hitlers als Mord an ihrem Oberbefehlshaber und damit als „Dolchstoß“ empfunden hätten. In Berlin fühlten sich unsichere Offiziere mehr denn je an ihren Eid gebunden.<sup>55</sup> Unter den veränderten Umständen nach dem 20. Juli kam es in der Tat zu keiner unmittelbaren Belebung des antifaschistischen Kampfes. Vielmehr zerschlug die Gestapo die Leitungen der KPD in Berlin, Sachsen (Leipzig), Magdeburg-Anhalt und Thüringen. Es erfolgte eine Konsolidierung des NS-Regimes. Dieser vielfache Umschwung war gravierend für die innere Stimmungs- und Verhaltenslage in Hitlerdeutschland. Hätten die Verschwörer rechtzeitig die zuvor angewachsenen antifaschistischen Potenzen genutzt und versucht, eine Massenbasis zu initiieren, dann wäre die kleine Umsturzelite nicht von vornherein selbstisoliert und leicht zerschlagbar geblieben. Fraglich ist – wie bereits erwähnt – ob dies Anklang gefunden und einen Erfolg gewährleistet hätte. Doch Stauffenberg wollte von vornherein keinen Volksaufstand, weil dieser in Anarchie ausufern könnte.<sup>56</sup>

Die Frage, ob das Attentat einen Sinn machte, steht vor allem im Zusammenhang mit der Friedensfiktion. Immer wieder wird als entscheidender Gesichtspunkt des 20. Juli 1944 herausgestellt, daß es durch den Tod Hitlers und die Machtübernahme der Verschwörer zum Frieden gekommen wäre und das sinnlose Morden in Europa aufgehört hätte. „Hunderttausenden wäre der Tod in den KZ, auf den Schlachtfeldern und den zerstörten Städten wahrscheinlich erspart geblieben.“<sup>57</sup> Gerd R. Ueberschär zählt 20 deutsche Städte auf – darunter Dresden –, die von Herbst 1944 bis Anfang 1945 von der Zerstörung verschont geblieben wären.<sup>58</sup> Bereits in der DDR-Geschichtsschreibung wurde aufgerechnet, daß von Mitte 1944 bis zum 8. Mai 1945 zweieinhalb Millionen Deutsche sinnlos sterben mußten – jeden Tag 8 650 und jede Stunde 360 Menschen. Mehr als 60 Prozent aller Kriegszerstörungen in Deutschland seien erst nach dem 20. Juli 1944 entstanden. Den faschistischen Gewalttaten wäre schon fast ein Jahr früher ein Ende gesetzt worden. Aber auch Hunderttausende sowjetischer Soldaten und Angehöriger anderer Armeen der Antihitlerkoalition, Partisanen und Widerstandskämpfer hätten zur Niederringung des Faschismus noch ihr Leben geben müssen.<sup>59</sup>

---

55 Vgl. Guido Knopp: Sie wollten Hitler töten, S. 11, S. 237.

56 Vgl. Hans Bentzien: Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 101.

57 So Nikolaus von Festenberg in: Der Spiegel vom 21.2.2004, S. 176.

58 Vgl. Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg, S. 141f.

59 Diese Berechnungen wurden sogar übernommen in den Bd. 2 der Geschichte der SED. Siehe S. 1273 des Besprechungsexemplares des Dietz-Verlages vom August 1989, das nicht mehr zur Veröffentlichung kam.

Hätte ein Gelingen des Staatsstreiches mit der Übernahme der Regierungsbefugnisse durch die Verschwörer tatsächlich zu einem Friedensschluß, gar zu einer sofortigen Einstellung der Kampfhandlungen durch Waffenstillstand geführt? Diese verbreitete Sicht ist irrig. Zwar schlossen einige maßgebliche Köpfe aus den Reihen der militärisch-zivilen Antihitleropposition, wie angedeutet, eine Kapitulation und Besetzung Deutschlands nicht mehr gänzlich aus. Denn tatsächlich war ihnen bedeutet worden, daß die vor allem angesprochenen westlichen Alliierten ohne Ausnahme an ihrer Casablanca-Linie der „unconditional surrender“ von Januar 1943 festhielten und letztlich die Verschwörer nicht akzeptierten. Dies war durch die vier Großmächte der Antihitlerkoalition, also erstmals auch unter Einschluß der Sowjetunion, auf der Yalta-Konferenz Ende November/Anfang Dezember 1943 endgültig festgeschrieben worden. Die Konturen der Nachkriegsordnung wurden bereits abgesteckt. Eine Spaltung der Alliierten durch NS-Kreise oder durch Antihitler-Verschwörer mittels irgendwelcher Separatabkommen hatte keinerlei Aussicht auf Erfolg.

Das Kernproblem, die Achillesferse der Umsturzopposition liegt also letztlich in der Illusion von einem Verständigungsfrieden. Da man nicht eindeutig die sofortige bedingungslose Kapitulation auf die eigene Fahne geschrieben hatte, war der unter den gegebenen Bedingungen einzig mögliche Weg zum Frieden versperrt. Die Protagonisten der Verschwörung wollten sich nicht total unterwerfen, da sie eigene Standesinteressen zu behaupten hatten. Doch im Sommer und Herbst 1944 deutete sich bereits prinzipiell ein „Potsdamer Weg“ innerhalb der Großmächte der Antihitlerkoalition an. Dagegen sollte ein Staatsstreich dem Historiker Kurt Finker (Potsdam) zufolge „die totale Niederlage abwenden und auch ein konservatives Deutschland ohne Hitler und Himmler noch militärisch stark und verhandlungsfähig erhalten. Diese Einstellung beeinträchtigte wesentlich den Kampf für die Schwächung der terroristischen faschistischen Kriegsmaschinerie“.<sup>60</sup> Ob einer Goerdeler-Beck-Regierung angesichts des sich abzeichnenden Zusammenbruchs der Fronten dann doch nichts anderes übriggeblieben wäre als die bedingungslose Kapitulation, und ob die Alliierten von der Besetzung Deutschlands Abstand genommen hätten, läßt sich nicht beantworten. Insofern fußte das Attentat auf einer unrealistischen, ja falschen Prämisse. Es war sinn- und chancenlos hinsichtlich eines illusionären Friedensschlusses. Aber immerhin galt dies als ein Hauptanliegen.

Es sei darauf verwiesen, daß sich das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ dagegen den Realitäten anpaßte und doch noch eine Kehrtwende vollzog. Ursprünglich sollte entsprechend der taktischen Hauptlosung die Armee gegen Hitler unter verantwortungsbewußten Truppenführern geordnet an die Reichsgrenze zurückgeführt und der Schritt zum Frieden auf diese Weise vollzogen werden. Seit Januar 1944 wurde dann auf Einstellung der Kampfhandlungen und Über-

---

60 Vgl. Kurt Finker: Die Verschwörer und die Tugenden. In: Neues Deutschland vom 20.7.2001, S. 15.

tritt auf die Seite des NKFD orientiert, was dem Grundprinzip nach Kapitulation entsprach.<sup>61</sup> Die patriotische Pflicht gebot es, möglichst schnell zur militärischen Niederlage Hitlerdeutschlands beizutragen.

Insgesamt wäre es allerdings nicht gerechtfertigt, jede Aktion des antifaschistischen Widerstandes, all die mannigfaltigen Mittel und Methoden – von der Zettel- und Flugblattpropaganda, der RüstungsSabotage, der Kundschaftertätigkeit bis hin zum Attentat des 20. Juli 1944 – mit der Elle des Erfolges beziehungsweise Mißerfolges zu messen. Das Attentat hatte auch einen symbolischen Zweck, sollten wachrütteln, ein Bekenntnis ablegen, darauf aufmerksam machen, daß es bis in höchste Kreise des NS-Regimes einen Gegenpol gab, der ebenfalls ein anderes Deutschland verkörperte. Freiheitlich-rechtsstaatliche Gesinnung, eine wahrhafte Offiziersehre, die national und ethisch-moralische Verantwortung des Gewissens und lautere Charakterstärke – die nicht zum „Hamletcharakter“ abgestempelt werden sollte<sup>62</sup> – hoben nicht wenige Männer des 20. Juli ab von den faschistischen Kriegsverbrechern, den auszeichnungsgierigen Durchhaltestrategen jeglicher Art und den vielen Helfern der faschistischen Führung. Man sagte sich unter Einsatz des Lebens von dieser und der verruchten NS-Diktatur endgültig los, wurde nicht länger mitschuldig. So mußten die Einpeitscher des „totalen Krieges“ personelle Ausfälle an Abtrünnigen hinnehmen. Wie zeitgenössische Analysen und Forschungseinschätzungen belegen, stellte die NS-Führung zwar aus propagandistischen Gründen die Ereignisse des 20. Juli als letztlich ungefährlich dar, nahm diese in Wirklichkeit aber ernst und reagierte mit einer Vielzahl von Maßnahmen zur Stärkung ihrer Herrschaft.<sup>63</sup>

Unter Berücksichtigung dieser Seite des Umsturzversuches erscheint die Behauptung einer „geradezu vernichtenden Sinnlosigkeit“ völlig überzogen. Die „heroische Größe“ des Widerstandes vom 20. Juli „als moralische Behauptung noch in der Aussichtslosigkeit“<sup>64</sup> zu sehen, dürfte ein schwer verständliches Gleichnis ohne Stichhaltigkeit sein.

Der 20. Juli 1944 ist insbesondere bei Jahrestagen vielbeachteter Gegenstand einer kaum noch zu überblickenden Literatur, des Interesses in Medien und einer politischen Öffentlichkeit. Die Deutung seines Charakters und Scheiterns ist vielschichtig, kontrovers und legendenhaft. Das Bild unterlag seit Jahrzehnten in Ost und West einer Wandlung, die bis in die Gegenwart reicht. Im Einzelnen kann darauf nicht eingegangen und muß auf entsprechende historiographische

---

61 Vgl. Lexikon des deutschen Widerstandes, S. 260 ff.

62 So Stephan Speicher in der bereits erwähnten Berliner Zeitung vom 25.2.2004, S. 38.

63 Vgl. Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg, S. 175ff.

64 Berliner Zeitung vom 25.2.2004, S. 38.

Untersuchungen verwiesen werden.<sup>65</sup> Wenigstens sei die Bandbreite angedeutet. Sie reicht von damaliger und heutiger neonazistischer Verteufelung als „Landesverrat“ – eine Dolchstoßlegende des zweiten Weltkrieges – über die Lesart als Aufstand eines „wahren Preußentums“ bis zur Vereinnahmung als alleiniges Symbol des deutschen Widerstandes durch Kreise in der Bundesrepublik. Die Instrumentalisierung durch beide deutsche Staaten in der Vergangenheit war und ist ebenso unangebracht. Da angesichts einseitiger Glorifizierung eine kritische Sicht aus jüngster Zeit zu bekräftigen ist, so erscheint allerdings die Betrachtung bei Guido Knopp als mißverständlich. Er macht die „Planung des Tyrannenmordes“ an Hitler zu einem „tragischen Patchwork“ aus Mut, Verzweiflung, Angst und Todesverachtung.<sup>66</sup> Wenngleich einige dieser Befindlichkeiten verständlich sind, so wird ohne den Bezug auf eine gerechte historische Gesamtbewertung zwangsläufig ein schiefes Bild projiziert.

1996 behauptete der Soziologe und Berufsausbilder Dietrich Schmidt-Hackenberg, Stauffenberg habe Hitler gar nicht töten wollen. Der Fehlschlag sei gewollt gewesen, um einen toten Hitler nicht zum Märtyrer zu machen.<sup>67</sup> Diese auf einer konstruierten „Indizienkette“ beruhende weitere Legendenbildung wird in der seriösen Forschung als Spekulation gewertet.<sup>68</sup>

Unter den vermeintlich 42 Attentaten auf Hitler handelt es sich beim 20. Juli 1944 um die relativ größte öffentliche Aktion im Rahmen des antifaschistischen Widerstandes, die erste, die mit militärischen Mitteln den Sturz Hitlers und ein anderes Deutschland plante. Ihr Verdienst lag – bei aller Problematik – in der Zusammenführung bürgerlicher Hitler- und Kriegsgegner aus dem faschistischen Herrschaftsapparat selbst mit Ausgegrenzten. Standesgrenzen engten jedoch insgesamt, wie bereits betont, eine notwendige breitere deutsche Antihitlerkoalition verschiedener politischer und sozialer Richtungen ein.

Auch die KPD hatte neben den anderen Formen ihres antifaschistischen Kampfes als militärpolitische Doktrin den bewaffneten Aufstand im Auge. Das Zentralkomitee der KPD und auch das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ reagierten sofort auf die Nachricht vom Attentat. Noch am 21. Juli erklärte Anton Ackermann über den Sender „Freies Deutschland“, daß jedem, der gegen

---

65 Ein breites Spektrum von Autoren und Themen findet sich bei Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): *Der 20. Juli. Das andere Deutschland in der Vergangenheitspolitik nach 1945*, Berlin 1998. So widmet sich beispielsweise Kurt Finker der Aufarbeitung der Stellung der Sowjetunion und der sowjetischen Geschichtsschreibung zum 20. Juli 1944 und zusammen mit Ines Reich der Genesis der Historiographie und Widerstandsforschung in der DDR bis 1990. Ueberschär schließt sein genanntes Begleitbuch zum Stauffenberg-Film von Jo Baier ebenfalls mit einer Rezeption des 20. Juli 1944 und der Militäropposition gegen Hitler nach dem Kriege.

66 Vgl. Guido Knopp: *Sie wollten Hitler töten*, S. 8.

67 Vgl. Dietrich Schmidt-Hackenberg: *20. Juli 1944 – Das „gescheiterte“ Attentat. Untersuchung eines geplanten Fehlschlags*, Berlin 1996.

68 Auch durch Gerd R. Ueberschär: *Stauffenberg*, S. 206.

Hitler kämpfe, die aktive Unterstützung aller ehrlichen Deutschen gehöre. Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ veröffentlichte am 23. Juli 1944 einen Aufruf, in dem es hieß: „Das Volk darf die nicht allein lassen, die zum Kampf gegen Hitler angetreten sind. Jeder Schlag gegen das Hitlersystem, wer ihn auch führen möge, ist ein Schlag gegen den Todfeind unserer Nation. Jede Tat gegen Hitler und seine Helfer ist eine wahrhaft vaterländische Tat.“<sup>69</sup> Die deutschen Kommunisten sympathisierten mit der Verschwörung und wollten diese in einen Massenkampf gegen die faschistische Diktatur hinüberleiten. Walter Ulbricht erläuterte, weshalb Antifaschisten aus Mißtrauen gegen Generäle nicht passiv bleiben dürften. Die Menschen sollten nach ihren heutigen Taten gegen Hitler beurteilt werden, die Solidarität aller Hitlergegner sei das oberste Gebot des Handelns. Doch bei der späteren Instruierung zur Ausarbeitung der achtbändigen Parteigeschichte in der ersten Hälfte der sechziger Jahre diskreditierte er die Männer des 20. Juli wegen ungenügender Konspiration, fehlender politischer Konzeption und als „organisatorische Stümper“. So könne man keinen Kampf, sondern „höchstens eine schlechte Parade in Berlin“ vorbereiten. Der 20. Juli sei dilettantisch organisiert worden. „Wenn jemand von der KPD dabei gewesen wäre, der hätte das nicht so gemacht.“<sup>70</sup> Weitaus sachlicher würdigten die Autoren des genannten Entwurfes des 2. Bandes der Geschichte der SED den Versuch, Hitler zu stürzen und das Attentat vom 20. Juli 1944 als „patriotische Taten“, die den „Lebensinteressen des deutschen Volkes“ dienen.

Ungeachtet der NS-Verstrickungen, politischer Begrenztheit, Irrtümern, fehlender Massenbasis und der zusätzlichen Blutopfer verdienen der „Aufstand des Gewissens“, das nationale Verantwortungsbewußtsein und der persönliche Opfermut der meisten Beteiligten großen Respekt und angemessene Würdigung. Vor allem bedeutete diese Richtung einer militärisch-zivilen Antihitleropposition eine Alternative zu den genannten zwei anderen faschistischen Hauptrichtungen. Oder handelt es sich um einen Aufstand des „schlechten Gewissens“, wie eine vereinzelte Auffassung lautet?<sup>71</sup> Nicht von ungefähr ist der Name des Oberst i. G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Gedächtnis der Generationen geblieben. Bei aller Problematik von Befragungen nach den „größten Deutschen“: Stauffenberg rangiert in der „Stern“-Umfrage von 2003 auf Platz 23 (18,8 Prozent) zusammen mit Konrad Adenauer, bei der ZDF-Abstimmung auf Position 49 unter den Top-Einhundert.<sup>72</sup> Die von Peter Graf Yorck von Warten-

---

69 Die Wiedergabe des Zitats mit Bezug auf das unveröffentlichte Manuskript des 2. Bandes der Geschichte der SED (S. 1273) erfolgte, um damit den letzten Erkenntnisstand in der parteioffiziellen Geschichtsschreibung der DDR zu reflektieren.

70 Siegfried Lokatis: Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht, Köln 2003, S. 287.

71 Enthalten in der Rezeption des 20. Juli 1944 bei Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg, S. 213.

72 Vgl. Stern vom 23.10.2003, S. 27; Berliner Morgenpost vom 30.11.2003, S. 11.

burg in seinem Abschiedsbrief ausgesprochene Hoffnung auf eine Zeit, „wo man nicht als Lump, sondern als Mahnender und Patriot gewertet wird“<sup>73</sup>, ist inzwischen Wirklichkeit geworden.

Doch der 20. Juli 1944 hat auch eine tragische Seite. Neue Blutspuren, Lasten, Repressalien folgten ihm. Hitler und die meisten seiner Helfer waren dagegen mehr oder weniger mit dem Schrecken davon gekommen.

## **Naziführung überlebte, erste Hauptverschwörer nicht**

Als Stauffenberg am 20. Juli 1944 um 12:37 Uhr Hitler kurz vorgestellt wurde und die Tasche mit dem einen Sprengsatz in dessen Nähe abstellte, befanden sich noch 24 vorwiegend engste militärische Kommandoträger und Verbindungsleute im lediglich 60 m<sup>2</sup> großen Beratungsraum am Ende der Lagebaracke.<sup>74</sup> Der sechs Meter lange und eineinhalb Meter breite Kartentisch mit einem stabilen Sockel aus Eichenholz stand in der Mitte. Er wurde durch das Tageslicht von mehreren Fenstern erhellt. Unter Zeitdruck und im Gedränge war es gar nicht so leicht für den Attentäter, selbst noch herauszukommen und nicht Opfer seiner eigenen Bombe zu werden.

Gemessen an der Verwüstung des Konferenzraumes gab es mit vier Toten vergleichsweise wenig Opfer. Der Stenograph Dr. Heinrich Berger war auf der Stelle tot. Ihren schwersten Verletzungen erlagen später Oberst i. G. Heinz Brandt (Gehilfe des berichtenden Chefs der Operationsabteilung des OKH Generalleutnant Adolf Heusinger), General der Flieger Günther Korten (Generalstabchef der Luftwaffe) und Generalleutnant Rudolf Schmudt (Chef der Wehrmachtsadjutantur). General Karl-Heinrich Bodenschatz (Verbindungsoffizier zur Luftwaffe) und Oberst Martin Borgmann (Adjutant Hitlers) überlebten ihre schweren Verwundungen. Alle Opfer standen rechts vom Sockel des Tisches, an dem die Sprengstoffaktentasche untergestellt worden war. Andere erlitten mehr oder weniger leichtere Beschädigungen oder blieben ganz verschont. Hitler kam mit leichten Blessuren davon: Brandwunden am rechten Bein, versengtes Haar, Gehörschäden durch geplatztes Trommelfell, teilweise Lähmung des rechten Armes. Bereits gegen 16 Uhr empfing er seinen italienischen Achsenpartner, den Duce Benito Mussolini. Hitler nutzte die Besichtigung des Trümmerfeldes der Lagebaracke, um die „Vorsehung“ für seine wundersame Rettung zu preisen. Nach zwei Stunden reiste der Gast wieder ab.

Auch die höchsten Militärs im „Führerhauptquartier“, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht) und Generaloberst Alfred Jodl (Chef des Wehrmachtsführungsstabes im OKW) kamen mit leichten

---

73 Guido Knopp: Sie wollten Hitler töten, S. 292.

74 Ihre Namen und Funktionen sind am prägnantesten in einer der frühen sowjetischen Arbeiten angegeben bei Daniil Melnikow: 20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit, 2. überarbeitete Auflage, Berlin 1966, S. 105.

Verletzungen des Kopfes bzw. der Hände davon. (Beide werden durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt und am 16. Oktober 1946 nachts hingerichtet.) Himmler, Göring, Goebbels und die „graue Eminenz“ Martin Bormann, Leiter der NSDAP-Reichskanzlei, waren gar nicht anwesend. (Göring entging dem Strang durch Selbstmord in der Zelle einen Tag vor den Exekutionen. Himmler versuchte zunächst verkleidet unterzutauchen, wurde jedoch am 23. Mai festgenommen und landete in einem Vernehmungslager der britischen Militärpolizei bei Lüneburg. Nach der Enttarnung zerbiß er seine Giftampulle. In der von der Roten Armee eingeschlossenen Reichskanzlei in Berlin setzte Hitler über neun Monate nach dem 20. Juli 1944 am 30. April 1945 seinem Leben ein Ende, ebenso danach Goebbels. Das Schicksal Bormanns ist umstritten. Wahrscheinlich ist er bei einem letzten Ausbruchversuch in Berlins Mitte umgekommen.)

Bis Kriegsende jedenfalls blieb die Naziführung intakt und übte vielfältige blutige Rache.

Verständlicherweise erhebt sich bei der Betrachtung des 20. Juli 1944 die zentrale Frage, warum Hitler überleben konnte. In der Forschung gibt es Übereinstimmung darüber, daß Placierung und Inhalt der Aktentasche Stauffenbergs die entscheidende Rolle gespielt hätten. Stauffenberg habe seine braune Tasche nur zwei Meter entfernt von Hitler innen an den massiven Tischsockel gelehnt. Da sie dort störte, sei sie dann etwas weiter weg auf die andere Seite des Sockels gestellt worden. Dort verursachte die Explosion einen Krater von einem halben Meter Durchmesser. An dieser Stelle standen die genannten Opfer, aber nicht der Diktator. Platte und Sockel des Kartentisches retteten ihm das Leben.

Doch am verhängnisvollsten war, daß auf die zweite Sprengladung verzichtet wurde, die in der Aktentasche von Adjutant Haeften verblieb. Sie hätte jedoch gar nicht selber aktiviert werden müssen, denn sie wäre sowieso in einer gemeinsamen Tasche mit dem explodierenden ersten Sprengsatz ebenfalls hochgegangen. Beide Ladungen hätten ausgereicht, um alle Anwesenden zu töten. Ausschlaggebend für die Nichtzündung der zweiten Bombe sei der enorme Zeitdruck gewesen, denn bekanntlich wurde Stauffenberg noch während seines verdeckten Hantierens mit den Plastiksprengpaketen zu eiliger Rückkehr in den Vortragsraum gemahnt. Nicht außer acht lassen darf man, daß Stauffenberg lediglich über drei Finger verfügte, mit denen er die Zange zur Einstellung komplizierter Zünder handhaben mußte. Nicht der Mythos der „Vorsehung“ bewahrte Hitler wieder einmal vor dem Tod, sondern es waren besondere Umstände und das hohe Risiko, daß der Attentäter einging. Hätte er dieses nicht besser bedenken müssen? Doch zu diesem Zeitpunkt ging es bereits um alles oder nichts!

Zu den ersten Opfern auf der Gegenseite des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 zählen die vorantreibenden Kräfte in der „Wolfsschanze“ und im Bendlerblock. Da Fromm seinen eigenen Kopf retten wollte, beeilte er sich mit der Vollstreckung seiner Standgerichts-Urteile gegen die Hauptakteure. Indem er sich an die Spitze der ersten Liquidierungen stellte, wollte er Führertreue und

Härte demonstrieren, zugleich maßgebliche Kronzeugen seiner wankelmütigen Rolle im Verlaufe des 20. Juli aus dem Wege räumen. Im Scheinwerferlicht von Militärfahrzeugen mußten um Mitternacht von Donnerstag zu Freitag seine ehemaligen engsten Untergebenen im Hofe des Bendlerblocks an einer Wand mit aufgeschüttetem Sand Aufstellung nehmen. Zuvor war Generaloberst Ludwig Beck der Gnadenschuß mit eigener Pistole eingeräumt worden. Die Selbsttötung mißglückte jedoch, worauf ein Feldwebel die Vollstreckung übernahm. Ein Sonderkommando von zehn Unteroffizieren unter Führung von Leutnant Werner Schady führte dann die Erschießung der anderen vier Verurteilten aus. Als erster fiel General Friedrich Olbricht, dann Oberst i. G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Oberleutnant Werner von Haefen, der sich noch schützend vor diesen warf. Als letzter folgte Oberst i. G. Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim. Stauffenberg starb mit dem Ruf „Es lebe das heilige Deutschland“ – in diesem Vermächtnis widerspiegelte sich noch einmal sein Welt- und Vaterlandsbild besonderer Art. Die Nazimachthaber betrieben sogar noch Leichenschändung: Auf Befehl Himmlers wurden die zunächst auf dem Friedhof der Matthäi-Kirche in Schöneberg verscharrten Leichname exhumiert, verbrannt und die Asche über anonyme Felder verstreut. Nach Görings Vorschlag sollten es Kiesfelder sein, da Äcker dafür zu „anständig“ wären.<sup>75</sup> Noch am 21. Juli sprengte sich Generalmajor Henning von Tresckow in seinem Armeebereich an der Ostfront in die Luft. Auch er war einst nicht umhingegeben, Partisanen erschießen zu lassen. Generaloberst Friedrich Fromm half alles nichts. Noch im März 1945 wurde auch er zum Tode verurteilt wegen „Feigheit“.

Die Blutspur um die Mitternacht des 20./21. Juli 1944 war erst ein Vorspiel.

## **Eskalation einer allumfassenden Terrorschinerie**

Hitlers erste Bestürzung darüber, daß Stauffenberg, ein Offizier aus den eigenen Reihen, der Attentäter war, schlug um in Wut und Racheankündigung.

Zwischen 17 und 22 Uhr brachte der Rundfunk in regelmäßigen Abständen achtmal Meldungen über das Attentat. Hitler lebe, sei nur leicht verletzt und übe seine Funktionen wieder voll aus. Nach 21 Uhr erfolgte die Ansage, daß der Führer bald zum deutschen Volk sprechen werde.<sup>76</sup> Aus Königsberg wurde extra ein Funkwagen herbeigeschafft. Kurz nach Mitternacht hielt der Triumphator Hitler eine kurze Rede. Er stellte sich als Begnadeter der „Vorsehung“ hin, die ein großes Unglück vom deutschen Volk abgewendet habe. Er entrüstete sich über eine „ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer, dummer Offiziere“. Aber er würde „ein Exempel statuieren, daß je-

---

75 Vgl. Will Berthold: Die 42 Attentate auf Adolf Hitler, S. 236f.

76 Vgl. Heinrich Walle: Der 20. Juli 1944. Eine Chronik der Ereignisse vom Attentat und Umsturzversuch. In: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 370, S. 374.

dem die Lust vergeht, ähnlichen Verrat am deutschen Volk zu begehen“. Nunmehr werde so abgerechnet, „wie wir das als Nationalsozialisten gewohnt sind“. Diesmal werde kurzer Prozeß gemacht. „Die müssen sofort hängen, ohne jedes Erbarmen“, forderte der rachsüchtige Massenschlächter exemplarisch. Er beschwor, dieser Krieg müsse unbedingt gewonnen werden, sonst sei Europa an den „Bolschewismus“ verloren. Er werde dafür sorgen, daß niemand ihn mehr von seiner Mission abhalten oder beseitigen könne, denn er sei der Einzige, der die Gefahr kennt und sie aufhalten kann.<sup>77</sup> Auch Göring und Großadmiral Dönitz, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, gaben Erklärungen der Entrüstung und Treueschwüre ab. Die Weichen waren gestellt. Nach der politisch-psychologischen Einstimmung schlug die Gewalt zu.

Welches waren die Kennzeichen der Eskalation der faschistischen Terrorwelle nach dem 20. Juli 1944? Es erfolgte ein Doppelschlag. Einmal eine scharfe Verfolgung und Abstrafung der direkten oder unmittelbaren Verschwörer. Dies lag vorwiegend in der Hand der neugebildeten „Sonderkommission 20. Juli“ im Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes unter Leitung von SS-Gruppenführer Heinrich Müller. Sie verfügte über elf Sachgebietsgruppen mit bis zu 400 Mitarbeitern.<sup>78</sup> Zugleich wurde der Umsturzversuch zum Vorwand genommen, um auch gegen völlig Unbeteiligte vorzugehen. In einem Zuge sollten sowohl alle derzeit Mißliebigen als auch mögliche künftige Widersacher im Nachkriegsdeutschland ausgeschaltet werden. In diese Richtung löste das Reichssicherheitshauptamt mit der Aktion „Gewitter“ eine weitere personenübergreifende Verhaftungswelle aus, die zu einer der größten nach Errichtung der NS-Diktatur zählt. In der DDR-Geschichtsschreibung wurde für die Aktion zeitweilig der Begriff „Gitter“ verwendet, weil dieser faßlicher sei. Er hält sich vereinzelt noch bis in die jüngste Zeit.<sup>79</sup>

Am 14. August 1944 waren Hitler und Himmler, der mit einem Handzettel von Problemfällen in der „Wolfsschanze“ erschienen war, unter Punkt 4 übereingekommen, die „Verhaftung S.P.D und K.P.D Bonzen“ vorzunehmen. Vier Tage später wurden die Gestapoleitstellen angewiesen, „alle führenden Reichs-, Landtags- und Stadtverordneten der KPD und SPD“ und „alle ehemaligen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der SPD zu erfassen“. Am Morgen des 23. August folgte ein weiterer Befehl, auch die Reichtags- und Landtagsabgeordne-

---

77 Vgl. wesentliche Passagen dieser zeitgenössischen Reflektion bei Traudl Junge: Bis zur letzten Stunde, S. 149.

78 Vgl. Ulrike Hett/Johannes Tuchel: Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944. In: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 377ff.

79 So bei Peter Przybylski: Täter neben Hitler, Wiesbaden 1990, S. 112.

ten des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei nach der A-Kartei festzunehmen.<sup>80</sup>

Man stützte sich also auf Unterlagen einer Gestapokartei, die seit 1935 zusammengetragen wurde. Sie erfaßte Personen, die im Fall außerordentlicher Ereignisse wie eines Krieges sofort verhaftet werden sollten. Weiterhin hatte die Gestapo im Juni 1939 eine Erfassung „führender Männer der Systemzeit“ vorgenommen, die 553 aktive Personen aus dem politischen Leben der Weimarer Republik enthielt. Die Gestapokartei A war in einzelne Personengruppen unterteilt. Die Kategorie A1 umfaßte als gefährlich anzusehende „Staatsfeinde“, insbesondere Kommunisten, Gruppe A2 weitere politische Gegner, Gruppe A3 diejenigen, die bei innenpolitischen Spannungen oder schweren politischen Belastungen zu beobachten oder zu arretieren sind. Bis zu 5 000 Verhaftungen soll es gegeben haben.

Die „Gewitter“-Aktion erwies sich jedoch offensichtlich als Bumerang, denn die Aktion löste in der Bevölkerung mehr Unruhe als Zustimmung aus. Eine Vielzahl von Entlassungen war die Folge, mit Ausnahme von Reichtags- und Landtagsabgeordneten, von denen viele nicht überlebten. Konrad Adenauer kam wieder frei.<sup>81</sup> Dessen ungeachtet waren „Sonderkommission 20. Juli“ und Aktion „Gewitter“ die Hauptinstrumente der Nazicliquen für eine gleichzeitige Generalabrechnung.

Insgesamt reichte das Arsenal der faschistisch Terrormaschinerie von der „Sonderkommission 20. Juli“, der Aktion „Gewitter“ über das Wüten des sogenannten „Volksgerichtshofes“ mit seinen satanischen Schauprozessen bis zur „Sippenhaft“ gegen die Familienangehörigen der Verschwörer und erstmalig auch gegen andere politische Gegner, vor allem gegen Mitglieder des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Ferner gehörte dazu die Bildung eines Militär-„Ehrenhofes“ zum Ausschluß aus der Wehrmacht. Allein von Anfang August bis Mitte September 1944 wurden 55 Heeresoffiziere ausgestoßen und weitere 29 entlassen. Erwähnt seien u.a. auch die barbarischen Foltermethoden und die gefilmten Strangulierungen an Fleischerhaken im Zuchthaus Plötzensee. Über die Anzahl der Opfer gibt es in der Literatur sehr unterschiedliche Angaben. Die Rede ist von bis zu 7 000 Verhafteten und mehr als 700 Ermordeten, andere Quellen gehen von einer geringeren Größenordnung von etwa 600 bis 700 Verhafteten<sup>82</sup> und 200 Ermordeten aus. Glücklicherweise blieben sogar einige gescheiterte Attentäter verschont, so Hauptmann Freiherr Axel von dem Bussche,

---

80 Vgl. Kurt Bachmann: Mordbefehle aus der Wolfsschanze. In: Tatort Buchenwald. Ernst Thälmann. Ein Prozeßbericht, Neuss 1987, S. 130ff.

81 Ebenda, S. 131; Ulrike Hett/Johannes Tuchel: Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, S. 382f.

82 Vgl. Ulrike Hett/Johannes Tuchel: Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, S. 378.

Rittmeister Eberhard von Breitenbuch, Generalmajor Freiherr Rudolph Christoph von Gersdorff.

Der erste von insgesamt drei Prozessen fand am 7./8. August statt. Die Todesurteile u.a. gegen Feldmarschall Erwin von Witzleben und Oberleutnant Peter Graf Yorck von Wartenburg wurden sofort vollstreckt. Unmißverständlich hatte Hitler die Vorgabe erteilt: „Ich will, daß sie gehenkt werden, aufgehängt wie Schlachtvieh.“ Er kündigte an, er werde die vor Jahren versäumte Säuberung des Offizierscorps, „wie sie Stalin einst vor dem Kriege vollzogen habe, nunmehr entschieden nachholen“.<sup>83</sup> Anfang September wurde über die zivilen Köpfe der Antihitleropposition gerichtet. Gegen die erwähnten Sozialdemokraten Julius Leber und Adolf Reichwein wurde die Todesstrafe am 20. Oktober verhängt, gegen Wilhelm Leuschner bereits einen Monat zuvor. Erst in der ersten Januarhälfte 1945 fand der Prozeß gegen die Angehörigen des „Kreisauer Kreises“ statt, der mit Todesurteilen gegen dessen Oberhaupt Helmuth James Graf von Moltke und andere endete. Insgesamt kam es zu einer Serie von 50 Prozessen mit über 110 Todesurteilen.<sup>84</sup> Auch gegen solidarische Helfer von Flüchtlingen ging man schonungslos vor. Als General Fritz Lindemann in seiner Dresdener Zuflucht aufgespürt wurde, gab es Ende November 1944 fünf Todesurteile und weitere Zuchthaus- und Freiheitsstrafen.<sup>85</sup>

Nicht wenige Angeklagte bewahrten angesichts der öffentlichen Gerichtsfarce ihre Würde und hatten sogar den Mut, den wutschäumenden Präsidenten Freisler in die Schranken zu weisen. Selbst Goebbels, Kaltenbrunner und Justizminister Otto Georg Thierack befürchteten, daß Freislers Exzesse „revolutionäre Nichtskönner und erfolglose Attentäter“ lediglich noch zu Märtyrern machen würden. Sie beschwerten sich bei Reichsleiter Bormann, weil dies der eigenen Sache schaden könnte.<sup>86</sup>

Was die „Sippenhaft“ betrifft, so wurden von den über 180 Betroffenen allein im Juli und August mehr als 140 verhaftet. In einer Durchhalterede vor den Nazigauleitern am 3. August 1944 geiferte Himmler, daß das „Verräterblut“ bis „zum letzten Glied in der ganzen Sippe“ ausgerottet werden müsse. Damit hatte er insbesondere die „Familie Graf Stauffenberg“ im Auge.<sup>87</sup> Nina Gräfin Schenk von Stauffenberg kam zusammen mit ihrer Schwiegermutter zunächst in das KZ Ravensbrück, die vier Kinder wurden verschleppt. Allein 46 Kinder aus 19 „Verräterfamilien“ waren in einem Heim der NS-Volkswohlfahrt in Bad Sachsa

---

83 Guido Knopp: Sie wollten Hitler töten, S. 279; Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg, S. 161.

84 Vgl. Ulrike Hett/Johannes Tuchel: Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, S. 380.

85 Vgl. Sie gaben ihr Leben. Unbekannte Opfer des 20. Juli 1944. General Fritz Lindemann und seine Fluchthelfer. Hrsg. von Bengt von zur Mühlen unter Mitarbeit von Frank Bauer, Berlin-Kleinmachnow 1995.

86 Vgl. Guido Knopp: Sie wollten Hitler töten, S. 285, S. 294f., S. 301.

87 Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg, S. 160.

(Südharz) kaserniert. Eile und Intensität zeugen davon, daß vor allem die Hauptverschwörer im doppelten Sinne bestraft wurden. Selbst gegen Unbeteiligte wurde schonungslos vorgegangen. Die entbehrungsreiche Odyssee der „Sippenhäftlinge“ reicht über die erwähnte Heimisolierung von Kindern bis zur Inhaftierung in Gefängnissen und solchen berüchtigten Konzentrationslagern wie Buchenwald, Dachau, Ravensbrück, Stutthof und anderen. In der Bundesrepublik erhielten die überlebenden Frauen allerdings keine Witwenrente und waren mit ihren Kindern in der ersten Zeit manchen Anfeindungen ausgesetzt. Eine Opferrente gab es nicht, die Freisler-Witwe dagegen erhielt zunächst zusätzlich zu einer Rente Schadensausgleich von monatlich 400 DM.

Es ist nicht möglich, alle Namen der Opfer des 20. Juli 1944 in dieser Darstellung zu nennen. Dazu gibt es in der Literatur einige Angaben. Auf den allerdings oft ausgeklammerten nicht geringen kommunistischen Blutzoll<sup>88</sup> soll an anderer noch Stelle eingegangen werden.

### **Thälmann geriet bereits 1933 in Hitlers Fänge**

Nicht nach allen Gegnern und Verdächtigen mußten die faschistischen Repressivorgane seit dem 20. Juli 1944 fahnden oder diese nach den A-Karteien inhaftieren. Nach über 11 Jahren NS-Diktatur befand sich bereits reichlich mehr als eine Million in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Darunter kein Geringerer als der ehemalige Vorsitzende der KPD. Ernst Thälmann und Adolf Hitler waren langjährige erbitterte politische Gegner. Bei den Reichspräsidentenwahlen am 13. März und 10. April 1932 hatten sie sich sogar direkt als Kandidaten gegenübergestellt. Wiedergewählt wurde damals der greise Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, der dann zum Wegbereiter des ihm suspekten „böhmischen Gefreiten“ aus dem ersten Weltkrieg werden sollte. Übrigens hatte Helmuth James Graf von Moltke dem Kommunistenführer seine Stimme gegeben, gewissermaßen als Protestwähler gegen Hitler.

Bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 hatte die Hitler-Partei erstmalig erhebliche Stimmenverluste hinnehmen müssen, doch mit 196 Abgeordneten (33,1 Prozent der Wählerstimmen) blieb die Fraktion der NSDAP noch die weitaus stärkste. Die Thälmann-Partei hatte in den drei Monaten nach den Juliwahlen ihre Mandate dagegen von 89 auf 100 (16,9 Prozent) erhöhen können. Sie baute ihre Position als drittstärkste parlamentarische Kraft hinter der SPD weiter aus, die ebenfalls Einbußen hinnehmen mußte. Jeder sechste Wahl-

---

88 Auch in dem fundierten Aufsatz von Ulrike Hett und Johannes Tuchel werden lediglich der Beschluß zur Ermordung Ernst Thälmanns und seine Erschießung im KZ Buchenwald kurz erwähnt. (S. 382). Selbst in der neuesten Thälmann-Kurzbiographie von Weber/Herbst werden die Hintergründe seiner Liquidierung übergangen. Vgl. Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 785.

berechtigte hatte die KPD gewählt, fast 6 Millionen insgesamt. In Berlin war sie sogar die wählerstärkste Partei geworden. Kein Wunder, daß das auch angesichts der eigenen zwei Millionen Stimmenverluste auf 11,7 Millionen dem braunen „Trommler der Nation“ Adolf Hitler und seinen Drahtziehern äußerst mißfiel. Es war ihrer Meinung nach höchste Zeit, an die Macht zu kommen.

Am 30. Januar 1933 war es dann soweit. Reichspräsident Paul von Hindenburg ernannte gegen Mittag den Führer der NSDAP Adolf Hitler zum neuen Reichskanzler, der eiligst ein „Kabinett der nationalen Konzentration“ zusammentrommelte, noch mit einem NS-Minderheitsflügel. Hitler war der 13. Reichskanzler der zwar noch existierenden, allerdings schon geschlagenen Weimarer Republik. Er wollte und sollte der letzte in Deutschland sein. Bereits 20 Kabinette und 12 Kanzler waren seit Ausrufung der bürgerlich-parlamentarischen Republik im Februar 1919 verschlissen worden. Doch nunmehr sollten erst einmal Wahlen den Aufstieg auch auf parlamentarischem Wege ausbauen. Auf Antrag der Hitler-Regierung löste Hindenburg den Reichstag auf und setzte Neuwahlen für den 5. März 1933 fest. Sie wurden zu den einschneidendsten und ungewöhnlichsten.<sup>89</sup>

Für Adolf Hitler ging es darum, die durch führende Kreise des Industrie- und Bankkapitals, der Großagrarien, der Reichswehr und der konservativen Ministerialbürokratie erfolgte „Machtübertragung“ akklamatorisch legitimieren zu lassen und die „Machtergreifung“ zu vollziehen. Über eine Zweidrittelmehrheit und mittels eines „Ermächtigungsgesetzes“ wollte er uneingeschränkt schalten und walten, um das verhaßte parlamentarische System der Weimarer Republik zu liquidieren und schrittweise eine NS-Diktatur zu errichten. Den Marxismus würde man endlich mit „Stumpf und Stiel“ ausrotten. Dazu wurde eine äußerst raffinierte, elastische Strategie und Taktik entwickelt, ein Konglomerat von Täuschung, ersten Zwangsmaßnahmen, Gewalt und der Massensuggestion einer „nationalen Revolution“. So sollte zunächst auch kein sofortiges formelles Verbot der KPD und anderer antifaschistischer Organisationen erfolgen, um etwaige Konflikte zu vermeiden, solange man noch Zeit brauchte, um ganz fest im Sattel zu sitzen. „Es sei schlechterdings unmöglich, die sechs Millionen Menschen zu verbieten, die hinter der KPD ständen“,<sup>90</sup> so argumentierte der neue Reichskanzler gleich auf der ersten Nachmittagssitzung des Kabinetts nach seiner Berufung. Um den Durchbruch bei den Wahlen zu gewährleisten, sagte ein ausgewählter Kreis von Bankiers und Industriellen auf einer Zusammenkunft mit Hitler und Hermann Göring, Minister ohne Geschäftsbereich und wichtiger Innenminister

---

89 Für die bisherigen und folgenden Darlegungen soll im Prinzip auf gesonderte Belege verzichtet und auf eine erste Vorarbeit des Autors mit Quellen verwiesen werden. Vgl. Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der „Fall Kattner“. Hintergründe, Verlauf, Folgen. Pankower Vorträge der „Hellen Panke“, H. 11/1, Berlin 1998, S. 5ff.

90 Ulrike Hörster-Philipps: Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918–1945. Dokumente, Köln 1978, S. 172f.

in Preußen, am 20. Februar 1933 die entsprechende Wahlhilfe zu. Es sollten noch einmal drei Millionen RM als Finanzspritze der „Wirtschaft“ in die leeren Kassen der Naziführer fließen, die ganz einfach Pleite waren. Dafür wurde zugesichert, „daß die Wahl am 5. März die letzte sicherlich innerhalb von 10 Jahren, voraussichtlich aber in 100 Jahren sei“,<sup>91</sup> womit beiden Seiten gedient war. Noch einmal konnte Hitler einen gigantischen Wahlkampf aufziehen. Rundfunk und Presse standen voll zur Verfügung. Was damals eine Sensation war: Mit dem Flugzeug als dem schnellsten Verkehrsmittel, eilte er von Stadt zu Stadt – 50 Orte in 16 Tagen, oft drei bis vier Kundgebungen zwischen Mittag und Abend.<sup>92</sup>

Und dann wurde zum entscheidenden Überraschungsschlag ausgeholt. Als am 27. Februar 1933 gegen 21 Uhr der Deutsche Reichstag in Flammen aufging, verkündete der unmittelbar am Tatort erscheinende Hitler marschschreierisch, dies sei das Werk der Kommunisten. Am 28. Februar erging die sogenannte Notverordnung Hindenburgs „Zum Schutze von Volk und Staat“, zur „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“. Es wurden eine Reihe von Artikeln der Verfassung außer Kraft gesetzt und damit Beschränkungen der persönlichen Freiheit und anderer Rechte gestattet sowie die Todesstrafe für jede antifaschistische Betätigung angedroht. Nach den bisher bereits über 460 Sondergesetzen und Verordnungen war dies die einschneidendste diktatorische Maßnahme. Die Aufhebung aller wichtigen Grundrechte bedeutete faktisch einen weitgehenden Ausnahmezustand. Ein Verbot der KPD wurde allerdings erneut nicht ausgesprochen. Ein gewisses Rudiment von Legalität sollte aufrechterhalten werde, um die Wahlen in vollem Umfange stattfinden zu lassen. Ohne Beteiligung der KPD, so befürchtete man, würde die SPD davon profitieren. Allerdings sollten die Kommunisten auf andere Weise weitgehend geschwächt werden. Noch in der Nacht nach dem Reichstagsbrand waren allein in Berlin über 1500 Personen nach lange vorbereiteten Listen verhaftet worden, darunter eine Reihe von KPD-Funktionären, die leichtsinnigerweise in ihre alten Wohnungen zurückgekehrt waren. Der KPD-Führer selbst stand an erster Stelle auf einer Fahndungsliste mit insgesamt 24 führenden Persönlichkeiten der KPD. Der Polizeifunkdienst „an alle“ wies im Laufe des 28. Februar an, „nachstehende Mitglieder des zentralkomitees der kommunistischen partei deutschlands sind festzunehmen: 1) parteivorsitzender transportarbeiter ernst thaelmann, 16.4.86 hamburg geb. berlin-charlottenburg, bismarckstraße 24 b. kowalski polizeilich gemeldet...“<sup>93</sup>

Sechs Tage vor dem 5. März 1933 war die heiße Wahlphase mit dem Übergang zum ungehemmten Terror eingeleitet worden. Den krönenden Abschluß

---

91 Ebenda, S. 162.

92 Vgl. Will Berthold: Die 42 Attentate auf Adolf Hitler, S. 16.

93 SAPMO-BArch, 4003/35; ebenfalls Ernst Thälmann. Bilder, Dokumente, Texte, Berlin 1986, S. 326.

der NS-Wahlschlachten bildete am Wahlsonntag der frenetische Einzug Hitlers in die altehrwürdige ostpreußische Hauptstadt Königsberg mit den Sprechchören „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ und dem Choral „Nun danket alle Gott“ am Schluß. Eine kleine Gruppe von Königsberger Kommunisten soll geplant haben, Hitler in die Luft zu sprengen, was jedoch noch am 4. März aufflog.<sup>94</sup> Der Sender Königsberg sollte Hitler ein gutes Jahrzehnt nach dem Frühjahr 1933, in einer total gewendeten Lage, noch einmal behilflich sein, als er in mitternächtlicher Ansprache aller Welt verkündete, daß er das Attentat vom 20. Juli 1944 überlebt hatte und gewillt war, an den Verschwörern blutige Rache zu üben.

Wie war es Ernst Thälmann ergangen? Nachdem der KPD-Vorsitzende vom Zeitpunkt der Kanzlerschaft Hitlers in seinem geliebten Hamburg überrascht worden war, kehrte er am 1. Februar in die Reichshauptstadt zurück. Noch am Abend fand eine Sekretariatssitzung statt, um Aufrufe zu beschließen. Aber sehr bald mußte man im Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz der Parteiführung am Bülow-Platz, ernüchert feststellen, daß trotz aller Appelle „die Mehrheit der Arbeiterorganisationen, die Mehrheit der Arbeiter nicht streiken wollen“.<sup>95</sup> Einen wichtigen Beschluß faßte das Polbüro der KPD am 3. Februar 1933 zur Durchführung einer „Konferenz der Polsekretäre, ZK-Instrukteure und Abteilungsleiter“, also der Führungskader des Parteiapparates bis hin zu Zeitungsredakteuren. Diese illegale Reichsfunktionärskonferenz der KPD fand dann am 7. Februar 1933 – es könnte auch der 10. Februar gewesen sein – im „Sporthaus Ziegenhals“ (Niederlehme bei Berlin) beziehungsweise Gasthof Mörschel statt. Nach bisherigen Ermittlungen durch den Berliner Regionalforscher Fred Bruder nahmen daran mindestens 43 KPD-Aktivisten teil.<sup>96</sup>

Im Mittelpunkt der etwa dreistündigen, abgebrochenen Zusammenkunft standen das Referat Ernst Thälmanns zur Lage und die Aufstellung und Bestätigung der Kandidatenliste für den Reichstag und den Preußischen Landtag. Als Spitzenkandidat für den Deutschen Reichstag war der KPD-Führer höchstpersönlich vorgesehen. Insofern diente die letzte größere Kaderkonferenz der KPD der Orientierung und Mobilisierung der Partei für die Märzahlen und der Festlegung der langfristigen Generallinie zum „revolutionären“ Sturz der Hitler-Regierung. Ernst Thälmann entwickelte also eine Doppelstrategie von Nah- und Fernziel, was bislang in der Forschung zu wenig beachtet wird. Er maß der Ziegenhalser Funktionärsanleiung das Gewicht einer „speziellen Wahltagung“ bei und setzte sich kritisch auseinander mit „solchen Genossen, die jetzt denken, die

---

94 Vgl. Will Berthold: Die 42 Attentate auf Adolf Hitler, S. 18.

95 Erich Selbmann: Der große Coup. Einhundertzwanzig Tage Dreiunddreißig, Berlin 1998, S. 40.

96 Vgl. Werner Bethge (Hrsg.): „Entfaltung jeder Form des Massenwiderstandes“. Die Bedeutung der illegalen Funktionärstagung der Kommunistischen Partei Deutschlands am 7. Februar 1933 in Ziegenhals in Widerstreit der Meinungen, S. 142.

Partei wird vielleicht verboten, also braucht man keinen Wahlkampf mehr zu führen. Aber man müsse im Gegenteil die allerstärkste Aktivität entfalten“.<sup>97</sup>

Thälmanns Konzeption bestand darin, die noch verbliebene Wahlmöglichkeit bestmöglich zu nutzen, um einem möglichen Verbot der KPD entgegenzuwirken. Deshalb war die Partei, wie er selber formulierte, mit aller Kraft „eingestellt und mobilisiert auf diese Massenarbeit, auf den unmittelbaren Wahlkampf, um zu erreichen, daß trotz der Verfolgungen durch die Partei ein möglichst günstiges Resultat erreicht würde“. Je größer der Wahlerfolg sei, „umso besser wären die Aussichten für die Partei, nicht so schnell verboten zu werden. Es wurde deshalb auch großer Wert darauf gelegt, einen möglichst reibungslosen Wahlkampf zu führen“.<sup>98</sup>

Darüber hinaus strebte die von Thälmann entwickelte Offensivlinie zum „revolutionären“ Sturz der Hitler-Regierung an, die angebliche Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche auszunutzen, über Teilaktionen eine antifaschistische Massenbewegung bis hin zum bewaffneten Kampf zu entfalten, um die Diktatur des Proletariats oder eine andere mögliche Übergangsform zu errichten. Man gab sich lange Zeit der Illusion hin, daß auch die Hitler-Regierung lediglich eine zeitweilige Übergangsform sei, die wie ein Katalysator die angebliche Verschärfung der allgemeinen Krise des bürgerlichen Systems in eine „revolutionäre Krise“ in Deutschland überleiten würde, der Wunschtraum vom „deutschen Oktober“ sich endlich erfüllen könnte. In der NS-Haft erläuterte Hermann Dünow, der im Herbst 1933 zum amtierenden Leiter des KPD-Nachrichtendienstes aufgestiegen war, gewissermaßen diese Parteidialektik von der Machtübernahme dahingehend, daß die KPD sich an die Seite der Bevölkerung gestellt hätte, wenn die übergroße Mehrheit für die Machtergreifung des Kommunismus eingetreten wäre und die Regierung mit Bürgerkrieg reagiert hätte. Unter diesen Umständen habe sich die KPD an einem gewaltsamen Umsturz beteiligen wollen, um dann nach dem „Sieg der Bevölkerung“ das neue Organisationszentrum zu bilden und „die Führung des Staates zu übernehmen“.<sup>99</sup> Obwohl diese gewissen Verkläuserungen Dünows dazu dienten, den NS-Vorwurf des Putschismus zu entkräften, was die KPD zu diesem Zeitpunkt tatsächlich nicht vorhatte, so reflektieren seine Aussagen im Prinzip das typische Revolutionsschema von Komintern und KPD, mit dem Kerndogma der Thälmannschen Militärpolitik vom bewaffneten Aufstand.

---

97 Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin, Berlin 1981, S. 35.

98 Anklageabdruck Nr. 17 in der Strafsache gegen Ernst Thälmann 14a/8 J 151/28, in: SAPMO-BArch, NY 4003/42; Ernst Thälmann. Brief an den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts vom 6. Mai 1934, in: Ernst Thälmann: Zur Machtfrage. Reden, Artikel und Briefe 1920–1935, Berlin 1982, S. 444f. sowie Brief Ernst Thälmann aus dem Gefängnis an die Parteiführung von Ende 1934. (Kopie im Besitz des Autors).

99 BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 191.

Noch bis in die erste Jahreshälfte 1934 hinein hielt die Komintern in Moskau an der Orientierung auf die revolutionäre Krise und die Möglichkeit der proletarischen Revolution fest. Im engsten Gremium der KPD-Führung befaßte man sich mit der theoretischen und praktischen Vorbereitung des „proletarischen Aufstandes“, wies der Nachrichtendienst die illegalen Basiszellen der Partei bis in die Betriebe an, dies in den Vordergrund zu rücken. Dieser sollte auch die Zersetzungsarbeit unter den militanten Organen des NS-Regimes verstärken und die Lage in den paramilitärischen Kräften erkunden. Das erstrebte Sowjetdeutschland sollte durch einen „bewaffneten Aufstand erkämpft werden“.<sup>100</sup> Dies alles zeugt davon, daß die katastrophale Niederlage des 30. Januar 1933 nicht zur Kenntnis genommen und, nicht zum ersten Mal, das tatsächliche Kräfteverhältnis völlig verkannt wurde. Die Thälmannsche Generallinie war unreal, ihre militärpolitische Komponente abenteuerlich. Bereits jeder militante Ansatz hätte zu einem verheerenden Blutbad und zu totaler Vernichtung geführt.<sup>101</sup> Die Offensivkonzeption führte zur Vernachlässigung der notwendigen Defensivlinie, der Schutzfunktion des schnellsten Überganges der KPD in die totale Illegalität. Dieser erfolgte schleppend und unter Verletzungen der Konspiration. Aber hätte aus dem tiefsten Untergrund überhaupt ein intensiver Wahlkampf geführt werden können, mußte man nicht den schmalen Grat der Halblegalität noch nutzen?

Die KPD versuchte es. In Wahlkampfaufrufen, so in der letzten legalen Nummer der „Roten Fahne“ vom 26./27. Februar 1933, führten die deutschen Kommunisten vor Augen, daß um „geschichtliche Entscheidungen“ in Deutschland gerungen wird. Unter der Losung „Es lebe der Kommunismus“ gab sich die Thälmann-Partei unbeugsam und hoffnungsvoll: „Die Partei der Zukunft, des sozialistischen Deutschlands, ist auch mit Blut und Eisen nicht auszurotten!“ In Deutschland wird nicht „die Kreuzung von Potsdam, Hakenkreuz und Industrie siegen, in Deutschland wird die Arbeiterschaft, wird der Kommunismus triumphieren“. Alle, die zur antifaschistischen Einheitsfront streben, die Kommunisten, Antifaschisten, Männer, Frauen und Jugendliche des werktätigen Volkes, sollten sich um die KPD zusammenschließen. „Die Sache der Freiheit und des

---

100 Lediglich Herbert Wehner will dies alles abgelehnt haben. Vgl. Hartmut Soell: Der junge Wehner. Zwischen revolutionärem Mythos und praktischer Vernunft, Stuttgart 1991, S. 320; Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937. Autorenkollektiv unter Leitung von Bernd Kaufmann, Berlin 1993, S. 308, S. 312f. Weitere Einzelheiten in Auswertung der einschlägigen Literatur siehe Ronald Sassning: Geschichte im Visier des MfS der DDR. Wie SED-Führung, Staatssicherheit und Historiker mit den Schicksalen von Thälmann, Kattner und Wehner umgingen, hefte zur ddr-geschichte der „Hellen Panke“, H. 65, Berlin 2000, S. 54.

101 Dazu hat der Autor einige Zahlen zum Kräfteverhältnis zusammengestellt, vgl. ebenda, S. 55.

Sozialismus ist in eure starken Hände gegeben“, hieß es aufrüttelnd und mündete in den Aufruf: „Wählt die KPD Liste 3“.<sup>102</sup>

Das nachfolgende offizielle Wahlmanifest forderte: „Stürzt die Papen–Hitler–Diktatur!“ Die ungeheuren Untaten und weiteren versklavenden Absichten des Naziregimes anprangernd und sich mit dem „niederträchtigen Verrat der Sozialdemokratie“ auseinandersetzend, hieß es: „Wir schlagen Alarm im Land!“ Durch ein Verbot der KPD und die Ausschaltung von über 100 Reichstagsabgeordneten der KPD wolle sich die Hitler-Papen-Regierung eine „parlamentarische Mehrheit verschaffen, um so besser die Niedertrampeln der Massen vollziehen zu können“. An breiteste werktätige Schichten gewandt – bis zu Angestellten und Studenten sowie im „brüderlichen Appell“ an die SPD-ADGB-Reichsbanner-Arbeiter, die christlichen und parteilosen Arbeiter und sogar an werktätige Nazianhänger – wurde die antifaschistische Einheit gefordert. Ein anschließender konkreter Maßnahmenkatalog zeigte auf, was die „Arbeiter- und Bauernrepublik unter dem Zeichen von Hammer und Sichel“ dem deutschen Volk bringen würde: „Die soziale und nationale Freiheit, den Sozialismus!“. Dagegen sei jede Stimme für die Hitlerpartei ein „Sargnagel für die Freiheit des werktätigen Volkes“, für den „faschistischen Terror und für den Arbeitermord“.<sup>103</sup> Dieser abschließende Wahlaufruf der KPD wurde in 12 Millionen Exemplaren verbreitet, wovon die Polizei lediglich eine halbe Million beschlagnahmen konnte.

In der Folgezeit wurden in Form von Tarnschriften sogenannte „Arbeiter- und Bauernlisten“ zu den Reichstags- und Kommunalwahlen verfaßt und verbreitet, einschließlich der Namen von Personen aus anderen potentiellen antifaschistischen Richtungen. Trotz Terror und anderer Behinderungen führten die Kommunisten zur Wahl Blitzversammlungen auf Straßen, Plätzen oder in Betrieben durch. Auch traten sie in Versammlungen anderer Parteien auf. Sie scheuten selbst die Auseinandersetzung mit prominenten Nazirednern nicht, wie beispielsweise mit dem NSDAP-Gauleiter von Berlin Joseph Goebbels. Die Mitglieder des ZK der KPD sollten bis zuletzt alle Möglichkeiten des Ansprechens der Wähler nutzen. Doch es war ein höchst ungleiches Ringen. Höhepunkt war die große Wahlversammlung der KPD mit Wilhelm Pieck am 23. Februar 1933 im überfüllten Berliner Sportpalast. Ernst Thälmann sollte aus Sicherheitsgründen seit dem 10. Februar nicht mehr öffentlich auftreten,<sup>104</sup> zumal das Karl-Liebknecht-Haus erneut besetzt und endgültig geschlossen worden war.

---

102 Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin, S. 13.

103 Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Basel), Nr. 3 vom 1.3.1933, S. 51–54.

104 Vgl. Franz Dahlem: Ernst Thälmann im Gefängnis. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Berlin 1961, S. 406ff.

Doch dann erfolgte der Überraschungscoup des NS-Regimes nach dem Reichtagsbrand, der die KPD bis ins Mark traf wie andere auch. Noch bis zum Abend des 27. Februar hatte der Parteivorsitzende Sitzungen des Sekretariats und des Polbüros in einem Hinterzimmer einer Gastwirtschaft in der Lichtenberger Gudrunstraße geleitet. Man befaßte sich mit dem Stand der Vorbereitungen zu den Wahlen und mit dem anwachsenden Naziterror. Dann begab sich Thälmann in sein Quartier bei der Familie Hans und Martha Kluczynski in einem Mietshaus in der Charlottenburger Lützowerstraße 9. Dort wohnte er mit Unterbrechungen bereits seit dem Jahre 1924, da er infolge einer zunächst noch stärker repräsentativen Funktion an der Parteispitze mehr in Berlin als in Hamburg tätig sein mußte. Inzwischen war die fürsorgliche Martha Gastgeberin und Geliebte zugleich. Als er noch vor Mitternacht von dieser über die Radiosendungen zum Reichtagsbrand informiert wurde, soll sich „Teddy“ lediglich über die vielen Feuerwehren unterwegs gewundert und dann schlafen gelegt haben.<sup>105</sup> Es gab keinen Warn- und Meldedienst des Apparates. Auch kam die geplante Schlüsselübergabe für das eigentlich vorgesehene illegale Quartier in der Großbeerenstraße im Trubel der Ereignisse nicht zustande.

Thälmann igelte sich in der Lützowerstraße ein – der verhängnisvollste konspirative Fehler, den er beging. Vom ersten Stockwerk aus betrieb er eine Art neue Mini-Parteizentrale. Über seinen engsten Stab persönlicher Mitarbeiter – die beiden Politischen Sekretäre Erich Birkenhauer und Werner Hirsch sowie Alfred Kattner, technischer Mitarbeiter und Geheimkurier insbesondere zum Nachrichtendienst – versuchte er noch Fäden zu den wichtigsten Gremien der Partei zu knüpfen. Seine Vertrauten hatte er noch einmal für Freitag, den 3. März, einbestellt. Zwei Tage vor dem Wahlsonntag galt es noch einiges endgültig abzuklären. Vor allem erwartete man ungeduldig eine dringende Botschaft aus Moskau. Thälmann bereitete außerdem offensichtlich seinen Umzug in das Jagdhaus „Horrido“ bei Grunow im märkischen Buckow vor, eines der insgesamt sechs vorbereiteten illegalen Quartiere für den KPD-Führer. Die Koffer waren schließlich gepackt und überflüssiges Material verbrannt, die Zeit verstrich, und wenigstens Werner Hirsch traf am frühen Nachmittag ein.

Gegen 15:30 Uhr brach dann das Verhängnis herein. Als der 16jährige Sohn Günther Kluczynski wegen derben Klopfens die Wohnungstür öffnete, stürmte ein siebenköpfiges Überfallkommando der Schutzpolizei vom Polizeirevier 121 in Charlottenburg herein und durchsuchte die Wohnung. Ernst Thälmann und Werner Hirsch wurden im Schlafzimmer der Eheleute Kluczynski aufgespürt, wo sich beide zu verstecken versucht hatten. Hirsch soll seinen Vorsitzenden vor einem gefährlichen Sprung aus dem Fenster bewahrt haben. Der Truppführer und Fahndungsleiter Hauptmann Heinrich Baumann erkannte den Gesuchten

---

<sup>105</sup> Hierzu und für das Folgende siehe ausführlicher bei Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der „Fall Kattner“. Pankower Vorträge der „Hellen Panke“, H. 11/1, S. 31ff.

sofort an seiner unverkennbaren massigen Gestalt und stellte erleichtert wie erstaunt fest: „Da ist er ja!“ Die Presse hatte Störparolen verbreitet, wonach der Kommunistenführer bereits nach Kopenhagen und ins „Sowjetparadies“ nach Moskau geflohen sei. Dies sollte insbesondere KPD-Wähler verwirren. Thälmann durfte noch einen kleinen Koffer mit etwas Wäsche und anderen Dingen des persönlichen Bedarfs packen. Dann wurden er und Werner Hirsch ungefesselt abtransportiert.

Um das Maß voll zu machen, liefen bis zum Abend auch die nicht gewarnten Erich Birkenhauer und Alfred Kattner den lauenden Polizisten in die Arme. Birkenhauer sollte dem Parteivorsitzenden ein wichtiges Papier überbringen. Kattner hatte 1000 RM Unterstützung für den Exilanten bei sich, denn der KPD-Führer sollte aus Deutschland emigrieren, dazu Dokumente mit nachrichtendienstlichen Erkenntnissen über Maßnahmen der Politischen Polizei und über Vorgänge innerhalb von NS-Organisationen. Zum Glück gerieten Herbert Wehner, technischer Sekretär des Polbüros und zuständig für das Verbindungswesen der KPD, und Sepp Schwab nicht in den Verhaftungsstrudel. Der letztgenannte Emissär aus Moskau, politischer Referent für deutsche Fragen im Mitteleuropäischen Ländersekretariat des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, war am 1. März in Berlin eingetroffen. Er hatte ein Einheitsfrontangebot der Komintern an die Parteien der Sozialistischen Internationale im Gepäck. Beide hatten am Nachmittag in einem Lokal auf dem Wittenbergplatz die Stellungnahme der KPD vorbereitet, die der deutsche Sektionsvorsitzende – die KPD verstand sich als Sektion der Komintern – absegnen sollte. Deshalb hatte sich Erich Birkenhauer, über den die Fäden liefen, in der Lützowerstraße etwas verspätet. Das machte Thälmann ihm später zum Vorwurf, denn sonst sei er längst weg gewesen.<sup>106</sup>

Rund 40 Stunden vor Wahlbeginn und 32 Tage nach Inthronisierung Hitlers war der gesamte Thälmann-Stab einschließlich des Parteivorsitzenden in die Hände des NS-Regimes gefallen – fast eine Enthauptung der KPD. „Das ist eine Katastrophe und Schande vor der ganzen Internationale“, räumte Hans Kippenberger, Leiter des Nachrichtendienstes der KPD, ein.<sup>107</sup> In Teilen des Parteiapparates gab es einen Schock, Irritationen und vor allem Unverständnis darüber, wie dies passieren konnte. Gerüchte, Verratsverdächtigungen und Querelen machten die Runde, trugen zu einer Atmosphäre berechtigten wie ungerechtfertigten Miß-

---

106 Zur Schwab-Mission vgl. ausführlicher ebenda, S. 12ff. Für die Sicht der Kominternpolitik besteht darin die internationale Bedeutung des 3. März 1933. In der DDR-Thälmann-Biographie wird darauf mit keinem Wort eingegangen. Es wird lediglich die Verhaftung Ernst Thälmanns und Werner Hirschs angesprochen. Abgesehen von dem Selbstzeugnis Herbert Wehners und den nicht veröffentlichten Erinnerungen Sepp Schwabs findet sich dazu lediglich ein knapper allgemeiner Hinweis bei Reinhard Müller: Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941, Berlin 1993, S. 61.

107 Erinnerungsbericht von Änne Kerff, Mitarbeiterin von Hans Kippenberger. In: SAPMO-BArch, Sg. Y30/1940.

trauens bei. Der KPD-Führer wurde Opfer der eskalierten Verfolgungswelle nach dem Reichstagsbrand. Dennoch waren die Verhaftungen selbstverschuldet und keineswegs unvermeidlich, wenn auch ungesetzlich: Der Haftbefehl wurde erst nachträglich erlassen, obwohl Ernst Thälmann bereits zum Mitglied des Deutschen Reichstages am 5. März 1933 wiedergewählt worden war. Bei einer ersten kurzen polizeilichen Vernehmung hatte dieser herausgestellt, daß er in Berlin verblieben und noch nicht emigriert war, weil er es nicht für richtig gehalten habe, „seine Partei in dem für sie so kritischen Augenblick zu verlassen“.<sup>108</sup> Sicherlich zeugt dies von ungebrochenem Kampfgeist, Treue und persönlichem Mut, aber zugleich auch von der bekannte „Dickköpfigkeit“ Thälmanns, der das Drängen seines eigenen Nachrichtendienstes nicht befolgte, das höchst unsichere Kluczynski-Quartier rechtzeitig zu verlassen. In seiner bekannten drastischen Art tat er Warnungen aus seiner Umgebung vor den einsetzenden Hausdurchsuchungen als „Scheißhausparolen“ ab. Insofern verhielt sich der KPD-Vorsitzende völlig unkonspirativ und leichtfertig, verstieß gegen die eigenen Verbote und Regeln für die illegale Arbeit. Umso mehr hätte sich vor allem der Nachrichtendienst angesichts seiner eigenen Befürchtungen und gerade wegen der hochbrisanten Mission des Komintern-Emissärs Sepp Schwab für ein ausreichendes Sicherheits- und Warnsystem sorgen müssen. Doch dies war nicht der Fall, so daß man ebenfalls von einem groben Versagen des KPD-Abwehrapparates sprechen muß.<sup>109</sup>

Wie dessen Ermittlungen ergaben, lag wenigstens kein Parteiverrat vor. Eine Denunziantenanzeige hatte einen zunächst zögerlichen, schwerfälligen Polizeiparagrafen in Gang gesetzt. Sie war von dem Kassierer Hermann Hilliges aus der Kleingartenanlage „Havelblick“ in Gatow ausgegangen. Sein Parzellennachbar hieß Hans Kluczynski. Er hatte sich verplappert, daß Ernst Thälmann bei ihm wohne. Doch wäre nichts passiert, wenn dieser sich am Nachmittag des 3. März nicht mehr in der Lützowerstraße aufgehalten hätte. Das Überfallkommando wäre ins Leere gelaufen, so wie beim Polizeieinsatz des 126. Charlottenburger Reviers am späten Nachmittag des 28. Februar in der Bismarckstraße 24, dem offiziell gemeldeten Wohnsitz des KPD-Vorsitzenden. Vermieterin Kowalski hatte erklärt, ihr Untermieter sei verreist. Unverrichteterdinge zog man mit fünf beschlagnahmten Zeitschriften und Broschüren wieder ab, Fehlanzeige und blinder Alarm hieß so etwas in der Polizeisprache. Am 3. März 1933 war das leider nicht so.

Die ersten Triumphmeldungen über die Verhaftung erfolgten noch am Abend in der „Berliner Nachtausgabe“ und am nächsten Tag im NSDAP-Organ „Völki-

---

108 BArch, R 1501, Bd. 67.

109 Die Wurzeln und Ursachen liegen tiefer und sind vom Autor dargelegt worden in den Helle-Panke-Publikationen sowie in Auseinandersetzung mit der Thälmann-Legende, so jüngst in: Schlagwörter und Schlachtrufe, hrsg. von Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, Bd. 2, Leipzig 2002, S. 45ff.

scher Beobachter“. In der ausführlicheren Wochenendausgabe ließ man dann der antikommunistischen Hetze freien Lauf und berichtete unter der Schlagzeile „Der Kommunistenführer Thälmann verhaftet“ detailliert über die Festnahme. „Mit Thälmann ist der größte Hetzer der Kommunisten festgenommen worden, der Hunderte von Volksgenossen auf seinem Blutkonto hat. Die Zeiten Thälmanns sind vorbei und damit auch die Herrlichkeit eines sowjetischen Reitergenerals“.<sup>110</sup>

War dies bereits der Anfang vom Ende? Es verdient Respekt, daß der KPD-Führer und der Kern der Parteimitglieder ihren antifaschistischen Kampf ungebrochen fortsetzen und von Anbeginn an aufopferungsvoll gegen die Installation und Konsolidierung der NS-Diktatur kämpften, bei allen Irrtümern und Versäumnissen. Andere zauderten, tolerierten, liefen über und dienten Hitler ergeben – wie zunächst auch die Mehrzahl der Männer des 20. Juli 1944. Thälmanns Wahlkampfstrategie war nicht ganz wirkungslos geblieben. Die KPD erreichte am 5. März 1933 mit 4,8 Millionen Stimmen (12,3 Prozent) und 81 Abgeordneten immerhin noch einen Achtungserfolg. Damit wäre sie vierstärkste Partei gewesen. Rechtsstaatlichkeit zu erwarten war allerdings illusionär. Hitler ließ am 9. März die kommunistischen Mandate annullieren, denn die NSDAP hatte noch nicht die erstrebte Zweidrittelmehrheit für die Annahme eines Ermächtigungsgesetzes erreicht. In der Reichtagssitzung vom 23. März 1933 konnte dann das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (Ermächtigungsgesetz) mit Hilfe der NSDAP und aller bürgerlichen Parteien durchgepeitscht werden.

Wie ging es mit dem entrechteten KPD-Reichstagsabgeordneten und prominentesten kommunistischen Gefangenen des NS-Regimes weiter? Was hatte Ernst Thälmann unter den total veränderten Umständen vor, und was die NS-Zuchtmeister mit ihm?

## **Widerstand und Zwänge eines prominenten Sonderhäftlings**

Bei seiner Verhaftung wirkte Ernst Thälmann ruhig und gefaßt. Er wurde zunächst auf das zuständige Polizeirevier 121 und dann in das Polizeipräsidium auf dem Berliner Alexanderplatz überführt. Es folgten die üblichen erkennungsdienstlichen Maßnahmen und erste Vernehmungen durch die Politische Polizei. Auch war er in den ersten Tagen damit beschäftigt, das Problem eines Rechtsbeistandes zu klären und die Anfrageformalitäten aus den 14 Wahlkreisen zu beantworten, ob er das Mandat als wiedergewählter Reichstagsabgeordneter annehme. Glück im Unglück war, daß der KPD-Vorsitzende nicht der von Hermann Hilligers eingeschalteten SA-Motorstaffel 1 in die Hände gefallen, sondern der noch gemäßigten polizeilich-justizmäßigen Prozedur ausgesetzt war. In

<sup>110</sup> Völkischer Beobachter. Norddeutsche Ausgabe vom 5./6.3.1933.

einem ersten kurzen Brief an seine Frau Rosa vom 8. März 1933 ließ er sie wissen, daß es ihm gesundheitlich gut gehe und man eben „durchhalten“ müsse. Wie lange es „hier dauert“<sup>111</sup>, wisse er nicht.

Hatte der KPD-Führer überhaupt eine Chance, jemals wieder freizukommen? Mit welchem Strafmaß mußte er rechnen, ging es bereits um Leben und Tod? Heute wissen wir, daß seine NS-Haftzeit insgesamt elfeinhalb Jahre andauerte, vom 3. März 1933 bis offensichtlich 17./18. August 1944. Das waren 4000 Tage und Nächte in fünf bis sechs Haftorten unter jeweils wechselnden Bedingungen. Die Handhabungen des NS-Regimes und die prinzipiellen Positionen ihres großen Gegenspielers Ernst Thälmann können hier nur fragmentarisch in ihren Hauptpunkten skizziert werden.<sup>112</sup>

Thälmann betrachtete – gemäß der Partei-Verhaltensregeln für Kommunisten bereits in der Weimarer Republik – von Anbeginn das Gefängnis als spezifische Bewährungsstätte für den politischen Kampf. Es gab ein hartes, fintenreiches Politduell zwischen dem Angeklagten und seinen Anklägern und Bewachern, wobei sich die maßgeblichen NS-Instanzen auch nicht immer ganz einig waren. Anfangs sollte Thälmann spektakulär öffentlich verurteilt und juristisch bestraft werden. Als dies nicht aufging, sollte der Widerspenstige durch Schikane und Verlockungen psychisch wie physisch so zermürbt werden, daß er schließlich zum Überlaufen und zu öffentlichen Ergebenheitsbekundungen bereit wäre. Obwohl Hitler selbst mehr für eine häftlingsgemäße „Gleichbehandlung“ Thälmanns plädierte, wurden diesem schließlich einige Vergünstigungen eingeräumt, die über das Maß bei anderen „Zuchthäuslern“ – von KZ-Häftlingen ganz zu schweigen – hinausgingen. Er erhielt eine Doppelzelle mit Radio und elektrischem Kocher zum Aufwärmen von Speisen. Gewährt wurden eine umfangreiche Presselektüre und reichhaltigere, spezielle Verpflegungswünsche aus der Kantine und auf Bestellung, dazu Pakete von der Familie und von Freunden. Ob ihm gelegentlich manche „Schnapsulle“ eingeschmuggelt worden ist, sei dahingestellt. Seine geliebte Tabakpfeife brachte ihm Rosa mit.

Andererseits setzte er sich in einem zähen Kleinkrieg gegen Willkür und Schikane zur Wehr, so auch gegen Besuchsbeschränkungen und Briefzensur. Oder er verlangte schlitzohrig im Winter blaue Weintrauben, sehr zum Ärger des Gefängnisbestelldienstes, da bei der „Kanonen-statt-Butter-Politik“ der NS-Machthaber solches in Deutschland gar nicht mehr so leicht zu besorgen war oder zumindest zusätzlichen bürokratischen Aufwand erforderte. Der ansonsten nicht luxuriöse „Teddy“ befolgte nach anfänglicher Bescheidenheitssymbolik den Rat, daß nicht Askese, sondern bestmögliche Erhaltung seiner Gesundheit

---

111 Vgl. Autorenkollektiv unter der Leitung von Günther Hortschansky: Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin 1979, S. 665.

112 Eine erste Überblicksdarstellung des Autors findet sich in der Reihe Pankower Vorträge der „Hellen Panke“: Zur NS-Haftzeit Ernst Thälmanns. Legenden und Wirklichkeit, H. 6, Berlin 1997. Zuvor im Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., Jena 1994.

ein politisches Erfordernis sei. Aber vor allem wollte er durch seine aufrechte Haltung andere Häftlinge oder Besucherdelegationen ermutigen.

Als Hauptanliegen sah er an, mit umfangreichen Analysen und Stellungnahmen zum politischen Geschehen am antifaschistischen Kampf der KPD teilzunehmen und durch das enge Verbindungsnetz über Frau und Tochter sowie den langjährigen Thälmann-Kurier Walter Trautzsch („Edwin“) mit der Moskauer Zentrale im Gedankenaustausch zu bleiben, diese durch Rat zu unterstützen. Nicht unwesentlich ist, daß sich Ernst Thälmann nunmehr endgültig im Räderwerk der Justiz befand, zwar in bester „Obhut“ der Gestapo mit ihrem langen Arm und deren gelegentlichen Eingriffen, aber eben nicht im gänzlich rechtsfreien Raum. Nach seiner ersten Polizei-Untersuchungshaft im Berliner Polizeipräsidium (3. März – 22. Mai 1933) wurde er ins Untersuchungsgefängnis Alt-Moabit überstellt (23. Mai – 12. August 1937), mit vier Jahren der zweitlängste Haftort.

Worin bestand zunächst Ernst Thälmanns Selbstverständnis als KPD-Vorsitzender, welche Hauptaktivitäten entwickelte er unter den erheblich begrenzten Bedingungen? Er wollte unbedingt dem Beispiel des „Helden von Leipzig“, Georg Dimitroff, nacheifern. Der Leiter des Westeuropäischen Büros der Komintern wurde – ebenfalls infolge Leichtsinns – am 9. März 1933 in Berlin verhaftet. Thälmann glaubte, wie der Bulgare im Pilotprozeß in Leipzig ebenfalls zum Naziankläger aufsteigen zu können. Am 1. Dezember 1933 war in der NS-Presse der bevorstehende Prozeß gegen Thälmann bekanntgegeben worden. „Die Welt werde vor Entsetzen über die Verbrechen der Kommunisten den Atem anhalten“, so posaunte man.<sup>113</sup> Insofern sah sich dieser in der einmaligen Mission des öffentlichen Offensivverteidigers der KPD, der Kommunistischen Internationale und nicht zuletzt der Sowjetunion gegen die antikommunistischen „Verschwörungs“-Beschuldigungen der Nazis. Er bereite sich fast penibel vor, sah eine Chance auf Freispruch wie bei Dimitroff, glaubte beim VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau, der auf den Sommer des Jahres 1935 verschoben werden mußte, dabei sein zu können.

Doch die NS-Behörden hielten nach dem Fiasko des Dimitroff-Prozesses einen zweiten Schauprozeß nicht für zweckmäßig. Ab November 1935 wurde Thälmann „Schutzhäftling“ in Gefängnisgewahrsam. Nach den juristischen Erörterungen wäre keine Todesstrafe, sondern vielleicht höchstens bis zu 15 Jahre Zuchthaus herausgekommen.<sup>114</sup> Auch hatte man Thälmann nach zwischenzeitlichen verschärften Gestapovernehmungen in der berüchtigten Zentrale der Prinz-Albrecht-Straße 8, der dritten Haftstation vom 9. bis 23. Januar 1934, nicht weichprügeln können. Daß seine bisherige Konzeption und große Hoffnung zer-

---

<sup>113</sup> Zitiert nach Ernst Thälmann. Eine Biographie, S. 674.

<sup>114</sup> Zur Prozeß-Strategie der KPD und taktischen Meinungsverschiedenheiten vgl. Josef Schwarz: Zu Unrecht vergessen. Felix Halle und die deutsche Justiz, Berlin 1997, S. 205, S. 191ff.

platzt war, bedeutete den ersten gewichtigen Einschnitt im Gefängniskampf. Dies hat ihn sehr getroffen – wie sollte es nunmehr weitergehen? Auch Hitler und Stalin hatten das Problem, wie man nun weiter mit Thälmann verfahren sollte. Überhaupt sollte sich das Jahr 1935 insgesamt als bislang verhängnisvollster Kulminationspunkt erweisen, denn im März 1935 mußte nach umfassender Vorbereitung durch den KPD-Nachrichtendienst nach einem schroffen Befehl aus Moskau unter fadenscheinigem Vorwand die vorbereitete Flucht aus Moabit abrupt abgebrochen werden.<sup>115</sup> In der Folgezeit setzte Ernst Thälmann nicht so sehr auf einen Ausbruch, sondern auf einen Gefangenen austausch über J. W. Stalin. Eine erste Bitte im Jahre 1936 wurde jedoch verworfen.<sup>116</sup>

Dennoch gab der Enttäuschte nicht auf, ließ sich vor allem gegenüber seinen Überwachern äußerlich nichts anmerken. Er war von einem gewissen Sendungsbewußtsein erfüllt, was sich aus seinem Kindheitsmuster ergibt, das bislang in der Forschung zu wenig beachtet worden ist<sup>117</sup> und sein Charisma mitprägte. In dem Maße, wie seine Bedeutung als KPD-Vorsitzender abnahm, wuchs sein Wille, auch hinter Gefängnismauern als übergreifender Funktionär der Kommunistischen Internationale zu wirken. Auf diese Weise wollte er indirekt in Moskau präsent sein, auch um nicht vergessen zu werden. Insgesamt sind nicht nur 34 Notizhefte überliefert und zahlreiche Kassiber, die von seiner intensiven geistig-politischen Gedankenwelt zeugen. Allein bis zum Jahr 1936 hatte er 12 der umfangreichen Gefängnishefte verfaßt. Seine Beurteilung des Münchner Abkommens von 1938 ist sehr zutreffend. Auch zeichnete sich für ihn die Niederlage im national-revolutionären Befreiungskampf der Volksfront 1938/1939 in Spanien frühzeitig ab.

Nach Berlin schloß sich die längste sechsjährige Haftperiode im Gerichtsgefängnis Hannover, Leonhardstraße 1, nahe dem Bahnhof, an. Inzwischen war Thälmann auf der Brüsseler Konferenz der KPD im Oktober 1935 zum Ehrenvorsitzenden der Partei gewählt worden. Nach der Prozeßvorbereitungsphase gestaltete sich der Zeitraum vom Frühjahr 1939 bis Mitte April 1941 zu einem zweiten Höhepunkt seines politischen Engagements. Doch dies war gar nicht mehr so zwangsläufig: Nach vier beziehungsweise sechs Jahren Haftzermürbung und Enttäuschungen war es seit 1937/1938 mit Haftpsychose, Depressionen und Erkrankungen zu einer tiefen mental-physischen Krise in der Befindlichkeit des Häftlings gekommen. Der Leidgeprüfte litt an einer Darmfistel und konnte demzufolge zeitweilig nicht mehr richtig gehen. Große Probleme gab es mit seinen eiternden Restzähnen und auch mit der Gewichtszunahme auf 210 Pfund. Er brauchte einen neuen Anzug und neue orthopädische Schuhe für seine Senkfüße.

---

115 Vgl. Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, S. 327ff.

116 Ebenda, S. 331.

117 Vgl. Regina Scheer: „Ich bin kein weltflüchtiger Zigeuner“. Legende und Wirklichkeit einer Jugend – über die frühen Prägungen Ernst Thälmanns. In: Ernst Thälmann. Mensch und Mythos, hrsg. von Peter Monteath, Amsterdam und Atlanta 2000, S. 41–50.

Seine Frau Rosa kümmerte sich fürsorglich darum. Schwer zu schaffen machte ihm die Trennung von der Familie, deren finanzielle Bedürftigkeit und die Behütung der Tochter. Es war zu einer gewissen Entfremdung zum Vater gekommen. Zudem waren beide Frauen schwanger geworden. Irma meinte auch, daß der Vater zu lange schon von zu Hause fort sei und nicht mehr alles richtig begreife, wie beispielsweise ihre Verlobung.

Bei allen eigenen gesundheitlichen Problemen war Rosa Thälmann gewissenhaft bestrebt, nicht nur ihre anstrengende politische Verbindungsmission zu erfüllen, sondern monatlich 50 RM für das Gefängniskonto ihres Mannes aufzubringen. Die Gestapo hätte am liebsten dessen angeschlagenen Zustand ausgenutzt, um den Widersacher in einer psychiatrischen Anstalt verschwinden zu lassen. Mit Rücksicht auf eine wachsame internationale Öffentlichkeit und angesichts des 50. „Jubiläum-Geburtstages“ Adolf Hitlers im April 1939 hielt man es letztlich für ratsamer, sich um eine Besserung von Thälmanns Zustand zu kümmern. Mit Doppelzelle, Radio mit Kopfhörer und größerer Besuchsfreizügigkeit wurde ihm eine Hafterleichterung gewährt.<sup>118</sup>

Aber es stand noch etwas anderes im Raum. Zwischen dem Ehrenvorsitzenden und der neuetablierten KPD-Führung unter Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht und den „Freunden“ in Moskau hatten sich Dissenspunkte entwickelt. Sie betrafen zunächst die Moskauer Repressalien. Thälmann fand die gewaltsame Methode der Verhaftungen und der Liquidierungen sowjetischer Militärs und seiner ehemaligen Führungsmitglieder Heinz Neumann und Hermann Remmele nicht angemessen. Erst nach „Gehirnwäsche“ über Trautzsch begrüßte er in seinem Glückwunschschreiben an den XVIII. Parteitag der KPdSU im März 1939 die Ausmerzung des gesamten „Oppositionsblockes“ anbietend.

Der Kern der Meinungsverschiedenheiten betraf schließlich seine eigene Rolle. Der grantig gewordene Thälmann wollte unbedingt aus der Isolierung der Zelle heraus, lieber arbeiten und in ein KZ verlegt werden, um Kontakt zu haben. Die verordnete Abschottung durch Einzelhaft, die „Trostlosigkeit der Zelle“, waren der geselligen Natur des ehemals agilen Volkspopulisten besonders unerträglich. Er lehnte Entlassungsgesuche und die öffentlichen Befreiungskampagnen ab, da sie sowieso nichts bringen würden, wollte seine Rechtsanwälte Rosenfeld und Wandschneider nicht mehr sehen. Angesichts der Moskauer Drängeleien ließ er sich sogar zu einem Wutanfall gegenüber Rosa hinreißen, die sich einen kritischen Blick gegenüber der Partei und Moskau bewahrt hatte. „Edwin“ zufolge sei sie eine „schwierige Person“. Verbittert über die ganze Situation wollte diese ihre Besuche einstellen. Beide Thälmann-Frauen sahen

---

<sup>118</sup>Der Autor stützt sich insbesondere auf die Auswertung der originalen Trautzsch-Berichte, die in der Literatur zuweilen einseitig interpretiert werden; vgl. BStU, MfS-HA IX/11, SV 1981, Bd. 1–3. In dieser Weise verfährt Annette Leo: Kein Platz für den Helden im Museum. In: Annette Leo u. Peter Reif-Spirek: Helden, Täter und Verräter, Berlin 1999, S. 127–153.

Deutschland als ihre Heimat an, während Thälmann in die Sowjetunion emigrieren wollte.

Wie sich zeigt, setzte ein etwas realistischer gewordener Langzeithäftling in eigener Sache nicht auf mehr „schädigende“ Propaganda, sondern auf die Karte einer politischen Freikämpfung durch die Sowjetregierung, beispielsweise über diplomatische Kanäle in Rom. Aber die von Thälmann gewünschte Austauschvariante beziehungsweise Freilassungsinitiative wurde entweder unbeantwortet gelassen oder von den eigenen deutschen Parteinstanzen mit fadenscheinigen Ausreden abgelehnt. Am 17. Februar 1938 stellte ein ernüchterter Thälmann fest, daß die Partei ihn lieber drinnen als draußen haben würde, da es ja sonst mit der Propaganda aus wäre. Damit hatte er sogar ins Schwarze getroffen. Trautzsch empörte sich über diese „miese“ Einstellung. So wie sich Thälmann verhalte, nütze er den Faschisten, er solle stärker als „Friedenssymbol“ hervortreten. Denn die KPD-Führung wollte die Autorität Ernst Thälmanns und die weltweite Solidarität grundsätzlich propagandistisch mit dem allgemeinen Kampf gegen Faschismus und Krieg verbinden.

Aber in der Friedensfrage bedurfte der gezeichnete Weltkriegssoldat und tief überzeugte antifaschistische Kriegsgegner tatsächlich keiner Belehrungen und Vorhaltungen. Ihm bereitete die von Deutschland ausgehende wachsende Kriegsgefahr größte Sorge. Deshalb raffte er sich Ende Februar 1939 noch einmal wieder auf und verfaßte bis zum 16. April 1941 24 ausführliche Memoranden an die „Freunde“ in Moskau, eigentlich speziell an J. W. Stalin gerichtet, seinen „besten Freund“, wie er glaubte.<sup>119</sup> Die verzweifelte, nach der Verhaftung von Trautzsch isolierte Rosa Thälmann lieferte diese nach dem 9. November 1939 nach und nach in der sowjetischen Botschaft Unter den Linden in Berlin ab. Dort wurde sie durch den letzten Botschafter Dekanosow anfänglich brüskiert und argwöhnisch behandelt, als ob man sie nicht kennen wolle (mit Decknamen für die Thälmanns als „Tichonow“ und als „Tichonowa“).

Die Materialien - in langwieriger Verfahrensweise Molotow und Stalin zuge stellt - sind ein zeitgenössisches Spiegelbild der Vorgeschichte und Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges aus der Sicht eines besorgten, treuesten Verbündeten des Kremlherrschers. Sie enthalten einerseits bemerkenswerte Schlußfolgerungen, so über die wachsende faschistische Bedrohung der Sowjetunion seit dem Sommer 1940, die dringlichste Notwendigkeit ihrer radikalen Umrüstung auf höchstem militärisch-technischem Niveau und die Warnung vor einem unmittelbar bevorstehenden deutschen Angriff.<sup>120</sup> In mancher Hinsicht erweist sich

---

119 Siehe Ernst Thälmann: An Stalin. Briefe aus dem Zuchthaus 1939 bis 1941, hrsg. von Wolfram Adolphi und Jörn Schütrumpf, Berlin 1996.

120 Außer wenigen russischen Artikeln in der Gegenwart zur Genesis der Briefe findet sich die bisher ausführlichste Auswertung ihres Anliegens und Inhalts bei Ronald Sassning: Ernst Thälmann aus dem Kerker über Krieg und Politik 1939 bis 1941. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 1/1998, S. 16–37.

Thälmann als ein scharfsinniger Militärpolitiker. Andererseits sind peinliche Lobhudeleien gegenüber Stalin, aber auch eigene politische Rechtfertigungsbeschwörungen kennzeichnend. Aber man sollte in Betracht ziehen, daß mit diesen Briefen der Schreiber faktisch um sein Leben kämpfte: Ihm war bewußt, daß sein Schicksal nicht nur von Hitler, sondern dazu von der Gunst des Kremlgewaltigen abhing, der ihn schon einmal im Jahre 1928 nach der Absetzung durch Teile des Zentralkomitees der KPD gerettet hatte und in sein Amt zurückbeordern ließ. Von totaler politischer Skrupellosigkeit zeugt allerdings, alles den angeblichen Interessen der Sowjetunion unterzuordnen, wenn dabei machiavellistisch die Preisgabe Polens und die Aufteilung Osteuropas zwischen Berlin und Moskau beifällig aufgenommen, ein Verbot der Kommunistischen Parteien in Westeuropa in Rechnung gestellt und sogar der Ausbruch des zweiten Weltkrieges in Kauf genommen wurden. Thälmanns grenzenlose Parteidisziplin und Sowjethörigkeit kulminierten darin, daß er sich um die Sowjetunion mehr sorgte als um sich selbst, wie er betonte.

Aber mit Stalin verknüpfte sich die bislang größte Chance auf Freikämpfung, wie Thälmann nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes nach dem 23. August 1939 hoffte. Er meinte, daß Molotow die Angelegenheit Thälmann bei den Verhandlungen zur Sprache bringen und er bald in Moskau sein würde. Stalin reagierte jedoch nicht auf die Briefe und verbannte sie ins Archiv. Der ehemalige KPD-Führer, der stets alle Wendungen sowjetischer Politik nachvollzogen hatte, eine Symbolfigur des antifaschistischen Widerstandes, wurde endgültig wie eine heiße Kartoffel fallengelassen. Denn Thälmann war nicht nur ein ungenehmer Kronzeuge verfehlter Stalinscher Vergangenheitspolitik und Winkelzüge. Jeder, der in gegnerische Hand gefallen war, so wie später die sowjetischen Gefangenen im zweiten Weltkrieg, wurde als Ausgestoßener behandelt und galt faktisch als Verräter. In den letzten drei Schreiben Thälmanns vom 16. April 1941 – seinem 55. Geburtstag ohne Glückwunsch – spürt man hinter dem kämpferischen Geist, mit dem er zu politischen Erfolgen der Sowjetunion gratuliert (beispielsweise zum Abschluß des Neutralitätsvertrages mit dem deutschen Verbündeten Japan drei Tage zuvor), eine enttäuschte, einsame Seele.

## **Endzeit Zuchthaus Bautzen**

Der Wechsel im Kriegsverlauf blieb für den weiteren Verbleib Ernst Thälmanns, den die vorigen militärischen Erfolge Hitlerdeutschlands 1941/42 nicht kleinmütig gemacht hatten, nicht ohne Folgen. Nach einem ersten Bombenangriff auf Hannover am 10. Februar 1941 hatte ein schwerer amerikanischer Tagesangriff vom 26. Juli 1943 bedeutende Schäden im Zentrum angerichtet. Das Gerichtsgefängnis war zunächst davon nicht betroffen. Es wird jedoch vermutet, daß Thälmann Brandauswirkungen auf die Zelle verspürte, um seine Sicherheit besorgt war und verlegt werden wollte. Die verheerenden Nachtangriffe der Royal

Air Force in der zweiten Septemberhälfte und insbesondere am 8./9. Oktober 1943 machten die Innenstadt Hannovers fast dem Erdboden gleich. Das Gerichtsgefängnis blieb jedoch trotz gelegentlicher Bombentreffer bis Kriegsende funktionstüchtig.<sup>121</sup> Dennoch kann man davon ausgehen, daß die Verlegung eines gefährdeten, besonders wichtigen Häftlings in den zunächst bombensicheren Osten eine Vorsichtsmaßnahme war. Im Zuchthaus Bautzen, seinem 5. Haftort, saß Thälmann noch ein Jahr ein, vom 11. August 1943 bis wahrscheinlich zum 17. August 1944. In diesen Zeitraum fällt die Vorgeschichte seiner Ermordung. Dazu konnten vom Autor jüngst neue Quellen erschlossen werden.<sup>122</sup>

Thälmann war im Gebäude 1, in der 2. Etage, Zelle 11 untergebracht worden – eine Doppelzelle mit zwei größeren Fenstern, die einen Ausblick ins Freie gestatteten und es ermöglichten, Kästen mit Grünpflanzen anzubringen, sogar Tabakanbau zu betreiben. Auch ein sogenannter Volksempfänger wurde ihm gewährt, den man allerdings von der Nebenzelle aus kontrollierend handhabte; ferner ein elektrischer Kocher und ein Heizgerät sowie vier NS-Zeitungen und Bücherausleihe – also im Prinzip ähnliche Bedingungen wie in Hannover. Seit Jahresbeginn 1944 gab es jedoch Besuchsverbot für die Familie. Seine Bewacher mußten respektvoll anerkennen, daß die lange Haftzeit zwar körperlich nicht ganz spurlos an ihm vorübergegangen sei, er jedoch rüstig, gesund, energiegeladener und immer noch guter Spannkraft sei. Ein Oberwachtmeister äußerte Erstaunen „über die Sauberkeit und Ordnung“ in der Zelle, die Thälmann jeden Morgen eine Stunde lang säuberte. Einer anderen in die Hände der Partei gelangten Aussage zufolge sei moralischer Zustand ausgezeichnet gewesen. Er widersetze sich energisch weiterhin allen Versuchen der Gestapo, ihn zu zwingen, „sich öffentlich von seinen kommunistischen Auffassungen loszusagen oder irgendeinen Schatten auf die KPD zu werfen“. Die Gefängnisbeamten würden sich ihm gegenüber korrekt verhalten. Dennoch mehrte sich die Sorge, daß Himmler vorhabe, Ernst Thälmann zu ermorden.<sup>123</sup> Wieder quälten ihn alte Magen- und Zahnfleischprobleme und Skorbut, und Stimmungsschwankungen blieben nicht aus. Aber bei der Zähigkeit seines Willens ließ er sich niemals ganz unterkriegen, tat viel für seine körperliche Abhärtung.

Ein engmaschiges Überwachungs- und Bewachungssystem wurde aufgezogen. Allein der stellvertretende Anstaltsleiter Dr. Curt Schumann sollte Thälmann wöchentlich viermal und mehr aushorchen, ebenso leitende Beamte aus dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin. Unter Einbeziehung von Ge-

---

121 Schriftliche Auskunft des Historikers und Archivars Dr. Klaus Mlynek (Hannover) vom 15.11.2002. Zur Problematik des Gerichtsgefängnisses finden sich leider keine Angaben im Sachbuch von Jörg Friedrich: *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945*, München 2002, S. 227ff.

122 Eine erste Auswertung siehe in: *Neues Deutschland* vom 31.8./1.9.2002, S. 21.

123 Vgl. dazu und für das Folgende BStU, ZA, RHE V 9/62, Bd. 11; ferner Ernst Thälmann. *Eine Biographie*, S. 770f.

stapochef Heinrich Müller erfolgten manche Berichterstattungen direkt an den Reichsführer SS und Obersten Polizeichef Heinrich Himmler. Es wurde festgestellt, daß Thälmann neben „Interessen auf den Gebieten der Geschichte und Politik, der Literatur und Philosophie“ „auch medizinische Zusammenhänge“ beschäftigten. Das Zuchthaus Bautzen wurde noch stärker gesichert, nichts sollte über die dortige Anwesenheit Thälmanns nach draußen dringen, was nicht ganz gelang. Das Absicherungspersonal umfaßte 120 Mann. Gerade in der Endphase des NS-Regimes versuchte man Thälmann mit „Zuckerbrot und Peitsche“ weich zu machen. Einer der zahlreichen Korruptionversuche war das Angebot von SS-Obersturmbannführer und Oberregierungsrat Reinhold Heller, langjähriger Thälmann-„Betreuer“, Thälmann und seine Familie gemeinsam in einem kleinen Haus mit Garten und freier Bewegung tagsüber in der Nähe von Weimar unterzubringen. Zum Katz-und-Maus-Spiel zählte auch der Vorschlag, Thälmann solle die russische Staatsbürgerschaft annehmen, dann käme er eher frei. Als dieser ablehnte, wurde die Überstellung in die Verfügungsgewalt der Gestapo erwogen. Thälmann selbst wollte weder Flucht noch gewaltsame Befreiung, sondern öffentlich Recht. Streit gab es darüber, daß sich Frau und Tochter nur unter falschem Namen in Bautzen aufhalten dürften, worauf Thälmann auf einen Besuch von Irma verzichten wollte.

Die Bautzener Haftzeit Ernst Thälmanns ist politisch-moralisch gekennzeichnet durch seine Grundhaltung der Siegesgewißheit von der kommunistischen Sache und durch seine eigene Opferbereitschaft als „Soldat der Revolution“. Er war bereit, standhaft bis zum bitteren Ende auszuharren, wenn die Partei es so wollte. In den intensiven Gesprächen mit Anstaltsarzt Dr. Schubert zeigte sich Thälmann über die militärischen Ereignisse gut informiert. Er betonte immer wieder, daß Deutschland den Krieg gegen die Sowjetunion verliert, und zwar bereits seit dem Tag, als die Sowjetunion in ihn hineingezogen wurde. Nach dem Sieg der Russen würden in Deutschland die Kommunisten an die Macht kommen. Der Politprofi hatte sich dazu erste Gedanken über die Rolle der Arbeiter gemacht. Aber er war sich auch bewußt, was ihm selber passieren könnte: „Je mehr sich die Lage Hitlerdeutschlands verschlechtert, desto mehr ist mein Leben in Gefahr. Aber die sollen sich hüten, mich umzulegen. Ich bin der persönliche Freund von Stalin und dieser wird mich rächen. Eines Tages werden mich meine Freunde und Genossen mit Triumph hier abholen“.<sup>124</sup> Ein Strohalm in der Todesahnung?

Im Frühjahr 1944 sagte der wache militärpolitische Analytiker das Kriegsende für April/Mai 1945 exakt voraus. Aber die persönlichen Folgen wurden ihm immer bewußter. In seiner ausführlichen Antwort vom Januar 1944 an einen vermeintlichen „Kerker-genossen“, den Raubmörder Hans-Joachim Lehmann, – gewissermaßen das politische Testament Ernst Thälmanns – heißt es: „Es besteht sogar die Wahrscheinlichkeit, so grausam und hart es ist, das hier auszu-

---

124 Zitiert nach BStU, ZA, RHE V 9/62, Bd. 11.

sprechen, daß bei einem für Deutschland gefahrvollen Vordringen der Sowjetunion und im Zusammenhang mit der damit verbundenen Verschlechterung der deutschen Gesamtkriegslage das nationalsozialistische Regime alles tun wird, um die Persönlichkeit Thälmann schachmatt zu setzen. Das Hitlerregime wird in einer solchen Situation nicht davor zurückschrecken, Thälmann vorzeitig beiseite zu schaffen oder aber für immer zu erledigen“.<sup>125</sup>

### **„Thälmann. ist zu exekutieren“**

Als sich Heinrich Himmler am 14. August 1944 in das „Führerhauptquartier“ nach Ostpreußen begab, ging es ihm um die Vergeltungsmaßnahmen nach dem 20. Juli 1944. Dazu wollte er die endgültigen Entscheidungen Hitlers einholen. Es standen nicht nur die bereits genannten A4-Karteien zu Buche, also der unliebsame Personenkreis, der bereits seit Jahren von der Gestapo erfaßt worden war, aber sich noch in Freiheit befand. Auf seinen Merkzettel hatte der Bürokrat des Todes insgesamt 12 Punkte vermerkt, über die er seinen „Führer“ informieren wollte. Zu einigen besonders wichtigen „Problemfällen“ war höchstletztlicher Befehl einzuholen, denn es handelte sich um hochkarätige Persönlichkeiten: Notiert war unter Punkt 2 „Brief Schulenburg“, unter Punkt 5 „West. Kluge-Rommel“, unter Punkt 6 „Wirth“, unter Punkt 11 „Belohnung für Gördeler“ (sic) und als – letzter – Punkt 12 „Thälmann“. Als Nachtrag in Himmlers deutscher Sütterlinschrift folgte der Satz: „ist zu exekutieren“.<sup>126</sup> Die Entscheidung über Ernst Thälmanns Schicksal war endgültig gefallen.

Hitler hatte das Todesurteil über seinen langjährigen Intimfeind verhängt. Im Unterschied zu den Verschwörern des 20. Juli kam er erneut nicht auf die Anklagebank. Er sollte heimlich aus dem Wege geräumt werden. Auch Himmler konnte zufrieden sein. Er hatte sein Vortragsprogramm durchgezogen und Punkt für Punkt pedantisch abgehakt. Sein Terrorapparat konnte zur Tat schreiten.

Wohin führten die weiteren Blutspuren, was geschah mit den anderen genannten Personen? Der letzte deutsche Botschafter in Moskau, Werner Graf von der Schulenburg, wurde als Mitverschwörer des 20. Juli 1944 am 10. November hingerichtet. Der Oberbefehlshaber West, Generalfeldmarschall Günther von Kluge, hatte die Führung des Umsturzes in Paris übernehmen sollen. Nachdem Hitler das Attentat überlebt hatte, nahm Kluge seine Zusicherung für eine Mitwirkung zurück und distanzierte sich von den Akteuren, die bereits die Verhaftung der NS-Instanzen in Paris erfolgreich eingeleitet hatten. Er wollte mit der ganzen Sache nichts mehr zu tun haben, um seinen Kopf zu retten. Wie auch andere Feldmarschälle hatte er zuvor stramm eine Dotation Hitlers von 250.000

---

125 Zitiert nach Ernst Thälmann. Zwischen Erinnerung und Erwartung. Autobiographische Aufzeichnungen, geschrieben in faschistischer Haft, Frankfurt a. M. 1977, S. 57. Vgl. ebenfalls Ernst Thälmann. Eine Biographie, S. 770ff.

126 Vgl. das Faksimile in der Thälmann-Biographie nach S. 772.

RM entgegengenommen. Bereits an der Ostfront hatte er in der Frage eines Attentates hin- und hertaktiert. Kluge nahm am 19. August 1944 Gift.

Wohl noch widersprüchlicher erscheint Generalfeldmarschall Erwin Rommel, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B an der Invasionsfront im Westen. Er war von der Nazipropaganda zu einem der populärsten Militärs hochgespielt worden und galt als treuer Anhänger des Regimes. Vom Kommandeur des Führerbegleitbataillons hatte er eine steile militärische Karriere zum legendären „Wüstenfuchs“ in Nordafrika durchlaufen. Doch dann war auch ihm bewußt geworden, daß der Krieg verloren sei. Er wollte seine Autorität bei den Alliierten ausnutzen, um einen Waffenstillstand mit diesen abzuschließen, notfalls gegen den Willen Hitlers. Die Verschwörer setzten große Hoffnung auf ihn als eine Symbolfigur der Antihitleropposition. Doch Rommel geriet trotz aller Kritik am militärischen Dilettantismus Hitlers immer wieder in dessen Bann. Er fiel endgültig aus, als er bei einem britischen Tieffliegerangriff am 17. Juli 1944 schwer verletzt wurde.<sup>127</sup> Seine Rolle wird von Zeitgenossen wie in der Literatur zu einem Mythos stilisiert, nicht zuletzt heute noch in Ägypten. Rommel, der sich am 14. Oktober 1944 mit einer im Auftrag Hitlers überbrachten Giftampulle selbst tötete, zog ein Staatsbegräbnis einer Verurteilung durch den „Volkgerichtshof“ vor. Das öffentliche Bild vom „Volkshelden“ blieb gewahrt, und beiden Seiten wurden Prestigeverluste erspart.

Unter Dr. Josef Wirth, Reichskanzler der Weimarer Republik, wurde im April 1922 der Rapallo-Vertrag mit der Sowjetregierung zum Zwecke beidseitiger günstiger nachbarschaftlicher Beziehungen abgeschlossen. Er lebte zum Zeitpunkt der Absprachen vom 14. August in der Schweiz und engagierte sich in der antifaschistischen Bewegung. Der Fall Wirth ist ein Beispiel dafür, wie weit die NS-Greifer ihren Bogen spannten. Wirths konnten sie nicht habhaft werden.

Auf die Ergreifung Dr. Carl Friedrich Goerdelers, des designierten neuen Reichskanzlers, war eine Million RM Kopfgeld ausgesetzt worden, im „Völkischen Beobachter“ am 2. August ausgepriesen. Er hielt sich zunächst einige Wochen am Rande Berlins versteckt, wollte noch einmal das Grab seines Vaters im westpreußischen Marienwerder besuchen. Am 12. August 1944 fiel er dort der Gestapo in die Hände. Eine Luftwaffenhelferin hatte ihn denunziert. Goerdeler wurde zum Tode verurteilt. Mit der Vollstreckung ließen sich die NS-Behörden bis zum 2. Februar 1945 Zeit. Der schwer Gezeichnete hatte eine Unmenge von Personen preisgegeben, aber einige auch nicht, die dann davonkamen. Dies soll seine Taktik gewesen sein. Er verfaßte eine Denkschrift nach der anderen, hoffte bis zuletzt, doch noch zu überleben. Dies alles brachte ihm bei nicht wenigen das Stigma des Verräters ein.

In der DDR-Thälmann-Biographie von 1979 wurden die Notizen Himmlers zwar veröffentlicht, aber nur der Name Thälmann ausgewertet. Die eigentlichen Zusammenhänge und Hintergründe, die sich in diesem wichtigen Dokument of-

---

127 Vgl. Guido Knopp: Sie wollten Hitler töten, S. 245ff.

fenbaren, wurden dabei übersehen, nämlich daß auch der ehemalige KPD-Führer ein Opfer der Massenverhaftungsaktion „Gewitter“ wurde. Dies gilt zugleich für die allermeiste Literatur. Ebenfalls unberücksichtigt bleibt, was danach konkret mit Thälmann geschah.

Am 14. September 1944 verbreitete das Deutsche Nachrichtenbüro folgende Meldung: „Bei einem Terrorangriff auf die Umgebung Weimars am 28. August wurde auch das Konzentrationslager Buchenwald von zahlreichen Sprengbomben getroffen. Unter den ums Leben gekommenen Häftlingen befinden sich unter anderen die ehemaligen Reichstagsabgeordneten Breitscheid und Thälmann“.<sup>128</sup> Darin steckten gleich mehrere Lügen. Der westalliierte Luftangriff erfolgte bereits am 24. August, und zwar auf die Gustloff-Werke, einen unmittelbar an das KZ anschließenden Rüstungsbetrieb, sowie auf das SS-Revier des Lagers. Getroffen wurde auch die sogenannte Isolier- oder Prominentenbaracke. In dem Splitterschutzgraben daneben wurde der sozialdemokratische Spitzenpolitiker der Weimarer Zeit Rudolf Breitscheid tödlich verschüttet. Thälmann war niemals Häftling in Buchenwald gewesen. Die alliierten Siegermächte hatten mit seinem Tod nichts zu tun. Bis heute gibt es dazu Gerüchte und einander widersprechende Zeugenaussagen, bis hin zu der grotesken Behauptung, Thälmann sei persönlich von Hitler im Zuchthaus Bautzen getötet worden. Im Buchenwald-Report von 1996 ist einerseits davon die Rede, Propagandaminister Joseph Goebbels habe Thälmann nach Buchenwald hineingeschmuggelt, andererseits heißt es, er sei niemals in diesem KZ gewesen.<sup>129</sup> In dem „Enthüllungswerk“ Lutz Niethammers über das KZ Buchenwald wird lediglich Thälmanns dortige Erschießung erwähnt – ohne Datum und ohne Hintergründe, sieht man von der Bemerkung ab, daß „Hitlers Paranoia nach dem Attentat Stauffenbergs“ nur „Terror an der Heimatfront“ verbreiten wollte.<sup>130</sup> In dem neueren Buch von Ulrich Peters über den kommunistischen Widerstand in Buchenwald wird der Name Ernst Thälmann mit keinem Wort genannt.<sup>131</sup> In der DDR wurde Ernst Thälmann zum geheiligten Partei- und Staatssymbol erhoben, war nach mythischer Lesart des Thälmann-Liedes von 1951 „niemals gefallen“.<sup>132</sup>

Im Verlauf der strafrechtlichen Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen durch Organe der DDR nahmen auch die Ermittlungen gegen vermeintliche

---

128 Zit. nach Peter Przybylski: Mordsache Thälmann, Berlin 1986, S. 121.

129 Der Buchenwald-Report, München 1996, S. 126, S. 270.

130 Vgl. Lutz Niethammer (Hg.): Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos in Buchenwald, Berlin 1994, S. 61.

131 Ulrich Peters: Wer die Hoffnung verliert, hat alles verloren. Kommunistischer Widerstand in Buchenwald, Köln 2003.

132 Vgl. Ronald Sassning: Thälmann ist niemals gefallen. In: Schlagwörter und Schlachtrufe, Bd. 2, S. 45ff.

Thälmann-Mörder einen entsprechenden Platz ein.<sup>133</sup> Es kam in der Zeit des Kalten Krieges zu einem jahrzehntelangen Prozeß-Marathon vor westdeutschen Gerichten. Die DDR-Strafverfolgung fokussierte sich schließlich auf den Fall Wolfgang Otto. Der SS-Stabsscharführer hatte im KZ Buchenwald die Stufenleiter des Schreibers der Kommandantur, eines „Spießes“ und des Protokollführers des Exekutionskommandos 99 erklommen. Nach seiner Entlassung aus amerikanischer Haft wegen genereller Kriegsverbrechen am 6. März 1952 erteilte er Religionsunterricht im staatlichen Schuldienst, zunächst in einer katholischen Volksschule bei Kleve und Geldern am Niederrhein. Seit der ersten Anzeige des DDR-Prozeßbevollmächtigter von Rosa Thälmann Prof. Friedrich Karl Kaul am 11. April 1962 stellte die Kölner Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen das Verfahren siebenmal ein. Übrigens war ein Dr. Hans Mittelbach inzwischen zum Oberlandgerichtsrat in Köln avanciert. Dieser, in der NS-Zeit als Staatsanwalt am Sondergericht Berlin tätig, hatte nach dem Wahlsonntag 1933 den oben erwähnten nachträglichen Haftbefehl gegen Ernst Thälmann erlassen. Am 15. Mai 1986 verurteilte das Landgericht Kleve Otto zwar wegen Beihilfe zum Mord zu vier Jahren Freiheitsstrafe, das Urteil wurde jedoch durch den Bundesgerichtshof aufgehoben. Das Landgericht Düsseldorf entschied gegen den Pensionär Otto am 29. August 1988 endgültig auf Freispruch „mangels hinreichender Beweise“. Am 26. Juni 1989 billigte Erich Honecker den apparatsinternen Vorschlag, wegen geringer Erfolgsaussichten den Prozeß gegen den „Thälmann-Mörder“ Otto als beendet anzusehen, jedoch das bundesrepublikanische Urteil propagandistisch anzuprangern.<sup>134</sup>

Die neuen Dokumentenfunde des Autors belegen, wie auch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR in die Untersuchung der Mordsache Thälmann involviert war und eine spezielle Spur enthüllte.<sup>135</sup> Bereits Ende 1968 hatte man sich im Hause Erich Mielkes ausführlich mit der Verhaftung des KPD-Führers befaßt und war wider die ermittelten Faktenkenntnisse auf die Verfälschung der wahren Umstände in der offiziellen DDR-Sicht eingeschwenkt.<sup>136</sup> Unter höchstem Interesse des Ministers wurden dann die Untersuchungen zur Ermordung Ernst Thälmann betrieben. Seine Person rückte angesichts des 30. Jahrestages seines Todes und der erneuten Aufnahme der Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft Köln in den Mittelpunkt. Auch stand eine grundlegende Biographie bevor. Die Hauptabteilung IX/11 hatte einen umfassenden Maßnahmeplan vom

---

133 Aus DDR-Sicht vgl. Peter Przybylski: Mordsache Thälmann, S. 134ff; ferner der Bremer Rechtsanwalt Heinrich Hannover: Die Republik vor Gericht 1975–1995: Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts, Berlin 1999, insbesondere Kapitel 14: Der Mord an Ernst Thälmann. Eine Anklage (1982–1988), S. 254–278; Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, Berlin 1997.

134 Vgl. Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, S. 206f., S. 212ff.

135 Erste Veröffentlichungen des Autors dazu in Neues Deutschland vom 31.8./1.9.2002, S. 21; Geschichte im Visier des MfS, H. 65/2000, S. 36ff.

136 Ausführlicher vgl. Ronald Sassning: Geschichte im Visier des MfS, H. 65/2000, S. 5ff.

23. August 1973 vorbereitet.<sup>137</sup> In zwei Ermittlungsdossiers vom 27. Mai 1975 und 14. April 1976 von jeweils 36 und 32 Seiten wurde reichliches Fakten- und Dokumentenmaterial zusammengestellt. Dazu eine spezielle Information vom 20. April 1976 direkt an Mielke.<sup>138</sup> Bereits in einem Schreiben vom 15. Juli 1975 an den Minister, unterzeichnet von Oberst Carli Coburger, sah sich die Hauptabteilung IX zu einem gewichtigen Schritt veranlaßt. Anhand der gewonnenen Erkenntnisse forderte sie eine „generelle“ Veränderung der „Darstellung der Ermordung Ernst Thälmanns“ im Entwurf der Thälmann-Biographie eines Autorenkollektivs des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Die Begründung lautete, daß die Aussagen der ehemaligen Häftlinge Marian Zgoda und Vladimir Spisar „sehr widersprüchlich sind“. Mielke zeichnete die Vorlage mit „einverstanden“ ab. Auf eineinhalb Seiten war zugleich ein neuer Text vorformuliert worden.<sup>139</sup>

Die Hauptabteilung IX war das zentrale Untersuchungsorgan des MfS für politische und andere Straftaten. Ihre Abteilung 11 befaßte sich speziell mit der Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen. Ihr oblag die Bereitstellung entsprechender Belastungsmaterialien und Archivalien für andere Stellen des MfS. Sie stützte sich dabei auf das eingegliederte, umfangreiche sogenannte NS-Archiv und die Nutzung der Dokumentationsstelle für die Zeit von 1933 bis 1945 in der Staatlichen Archivverwaltung des Ministeriums des Inneren der DDR. Es wurden ebenfalls Gutachten für Prozesse bis zur internationalen Rechtshilfe erarbeitet und einzelne Publikationen ermöglicht. Auch der BRD wurden Materialien zugestellt. Der Personalbestand der HA IX/11, vorwiegend Archivare und Juristen, wuchs im Laufe der Zeit und machte zuletzt 50 Mitarbeiter aus (bei 484 Mitarbeitern der gesamten Hauptabteilung). Aber die Abteilung 11 und ihr NS-Archiv waren nicht lediglich die zentrale Auskunftsstelle innerhalb des MfS zu Personen und Sachverhalten für die NS-Zeit und gewissermaßen das „Document Center des Ostens“, wie von Henry Leide apostrophiert.<sup>140</sup> Sie entwickelte sich zum maßgeblichen Zensor, insbesondere bei dem neuralgischen Punkt „antifaschistischer Widerstandskampf“ in der Parteigeschichtsschreibung, bei der entsprechenden Memoirenliteratur und beim Archivwesen.<sup>141</sup> Insofern stellt die Kontrolle und Reglementierung nicht zuletzt bei der Ausarbeitung der Thälmann-Biographie keinen Einzelfall dar. Diese speziell-

---

137 Vgl. BStU, ZA, RHE V 9/62, Bd. 1.

138 Ebenda, Bd. 11.

139 Die ausführliche Fassung vgl. BStU, ZA, MfS-HA IX 11, SV 1/81, Bd. 308.

140 Henry Leide: Die verschlossene Vergangenheit. In: Roger Emmelmann/Clemens Vollnhals (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft, Berlin 1999, S. 496, S. 519.

141 Dieser Nachweis wird erstmalig vom Autor ausführlich dargelegt in: Geschichte im Visier des MfS, H. 65/2000, S. 36ff.

le Rolle des MfS ist jedoch bislang nahezu unbeachtet geblieben.<sup>142</sup> Auch in der dickleibigen neuen MfS-Legende ehemaliger höchster Mitarbeiter wird die „Geschichtsfunktion“ der HA IX/11 verschwiegen und demagogisch verabsolutiert, daß in den 80er Jahren „die Nutzbarmachung der Archiv- und anderen Materialien für die Geschichtsforschung immer mehr an Bedeutung“ gewann.<sup>143</sup> Verzerrt wird in diesem Zusammenhang auf einige zeitgeschichtliche Fälle eingegangen, aber kein Wort fällt zu den Untersuchungen über die Verhaftung und Ermordung Ernst Thälmanns wie zu anderen Problemen.

Zu welcher neuen Sicht war man im MfS gelangt? Die vorgeschlagene neue Passage besagt, seit dem Frühjahr 1944 seien im Referat IV A 1a des Reichssicherheitshauptamtes „konkrete Pläne zur Ermordung Thälmanns entwickelt“ worden. Angesichts der Kriegsniederlagen und des Anwachsens des antifaschistischen Widerstandes in Deutschland, was sich auch in den Versuchen zur Befreiung Thälmanns bestätige, sei im Auftrag des Gestapochefs Müller eine Vorlage für Himmler erarbeitet worden, in der „die Einzelheiten des ruchlosen Mordplanes unterbreitet wurden“. Offensichtlich in Verwirklichung dieses Planes habe daraufhin im Reichsjustizministerium unter „Beteiligung leitender Mitarbeiter des RSHA, Amt IV eine Besprechung mit führenden Justizbeamten“ stattgefunden und „die Verlegung Ernst Thälmanns aus dem Zuchthaus Bautzen ausgehandelt“. Der Befehl zu dessen Überstellung in das berüchtigte Konzentrationslager Buchenwald existierte in der „faschistischen Mordzentrale“ seit Anfang Juli. Die Initiatoren des Mordplanes aus dem RSHA, Amt IV hätten sich mit Pkw von Berlin nach Bautzen begeben, „um persönlich die weiteren Maßnahmen zur Ermordung Ernst Thälmanns durchzuführen“. Im KZ Buchenwald waren bereits seit einigen Tagen „einige professionelle SS-Mörder in die Vorbereitungsmaßnahmen zur Beseitigung Ernst Thälmanns einbezogen worden. In der Nacht vom 17. zum 18. August 1944 hat diese eigens zur Ermordung Ernst Thälmanns gebildete Mörderbande, deren Namen zum größten Teil bekannt sind, den Führer der deutschen und internationalen Arbeiterklasse erschossen. Der Leichnam Ernst Thälmanns wurde unmittelbar danach im Krematorium des KZ Buchenwald unter starken Sicherheitsvorkehrungen verbrannt“.<sup>144</sup>

Die Vorlage zur Liquidierung Thälmanns hatte SS-Hauptsturmführer und Kriminalrat Ernst Pütz ausgearbeitet, leitender Kommunismus-Sachbearbeiter im RSHA, Referat IV A 1a.<sup>145</sup>

---

142 Lediglich die Berliner Historikerin Dr. Wilfriede Otto hat in ihrer Mielke-Biographie aus dem Jahre 2000 in einem gesonderten Kapitel „Gemischte Geschichtsbilder“ sporadisch erste Beispiele für die Geschichteingriffe des MfS angeführt.

143 Reinhard Grimmer, Werner Irmeler, Willi Opitz, Wolfgang Schwanitz (Herausgeber): Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, Bd. 2, Berlin 2002, S. 483.

144 144 BStU, ZA, MfS-HA IX 11, SV 1/81, Bd. 308.

145 Vgl. BStU, ZA, RHE V 9/62, Bd. 11.

Die MfS-Ermittler hatten im Großen und Ganzen die Gestapounterlagen und andere Materialien, die auch den BRD-Gerichten vorlagen, exakt ausgewertet. Es kann festgestellt werden, daß der Schreibtischmörder Pütz und das RSHA die maßgebliche Ausgangsinstanz für die Planung der Ermordung Ernst Thälmann bilden. Daß dies bereits im Frühjahr 1944 in Angriff genommen wurde, zeugt davon, daß der immer noch wichtigste kommunistische Sonderhäftling ein Opfer der dargelegten „Überlebensstrategie“ bestimmter Nazicliquen für die Zeit nach dem Kriege sein sollte. Die Verschlechterung der Kriegslage insbesondere an der Ostfront ließ eine Befreiung Thälmanns durch die Alliierten auf Dauer nicht ausgeschlossen erscheinen, und auch der Bezug auf die Zunahme des antifaschistischen Widerstandes und die Gefahr „im Falle der Entlassung oder Befreiung Thälmanns“ macht die Befürchtungen über die Unsicherheit seines Gewahrsams deutlich.

In der Tat hatte eine antifaschistische Widerstandsgruppe der „Speyer-Kameradschaft“ in Süddeutschland nicht nur Solidaritätsspenden für Thälmann organisiert, sondern sich auch mit Gedanken zu seiner Befreiung befaßt. In Singen war Tochter Irma Thälmann-Vester daran beteiligt, die allerdings dem Gestapospitzel Lübbers aufsaß, einer Jugendbekanntschaft aus Hamburger Zeiten. Auch Anton Saefkow vom illegalen KPD-Zentrum in Berlin unternahm Anstrengungen, Ernst Thälmann aus Bautzen herauszuholen. Er traf sich zu diesem Zweck im Frühjahr 1944 in Dresden mit dem ehemaligen sächsischen KPD-Landtagsabgeordneten und KPD-Polleiter des Bezirkes Ostsachsen, Kurt Alfred Sindermann. Dem Plan Saefkows zufolge sollte Thälmann in einem Wagen der Gesandtschaft Schwedens durch den befreundeten Fahrer Arne Karlsson nach Berlin gebracht werden. Sindermann bezog in die Vorbereitungen andere Personen ein, um die Situation und mögliche Helfer im Zuchthaus zu sondieren. Er sollte eine Gewinnung von Polizeiwachtmeister Willy Schulze und Martin Walter von der Außenbewachung arrangieren, was jedoch nicht gelang.<sup>146</sup> Sindermann hatte Kontakt zu einer über 20 Personen starken Widerstandsgruppe „Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘“ Dresden/Bautzen und auch nach Leipzig zu Georg Schumann.

Saefkow hatte Vertrauen zu Sindermann, deshalb störte es ihn nicht, als dieser ihm eingestand, von der Gestapo zum Spitzel gepreßt worden zu sein. Er war nach 1933 mehrmals verhaftet, jedoch immer wieder freigelassen worden. Aussagen über seine Tätigkeit sind widersprüchlich. Nach eigenem Eingeständnis hätte er in das Angebot der KZ-Leitung Dachau eingewilligt, bei sofortiger Entlassung und Zusicherung materieller Vergünstigungen für die Gestapo Spitzeldienste zu leisten, wollte diese jedoch hinhalten und habe anfangs nur einzelne kleine Fälle verraten, sei aber immer tiefer in die Netze der Gestapo verstrickt

---

<sup>146</sup> Vgl. ebenda; Ursel Hochmuth: Illegale KPD und Bewegung „Freies Deutschland“ in Berlin und Brandenburg, Berlin 1998, S. 77; Vom antifaschistischen Widerstand in Speyer. Autor Hermann Morweiser, Speyer 1983.

worden. Im Dossier der Stapoleitstelle Dresden vom Sommer 1944 wird seine Verhaftung vermerkt, und daß er für das Referat IV tätig gewesen sei. Er habe über diese Tätigkeit mit anlaufenden KPD-Funktionären gesprochen, seiner auftraggebenden Dienststelle diese Personen jedoch verheimlicht.<sup>147</sup> Im Unterschied zu den Angehörigen der Widerstandsgruppe „Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘“ Dresden/Bautzen wurde ihm nicht der Prozeß gemacht. Er soll im Flüchtlingslager Radebeul erschlagen, einer anderen Version zufolge am 17. März 1945 von der Gestapo aus dem KZ Radebeul abgeholt und in der Nähe erschossen worden sein. Im April beziehungsweise Juli 1944 war es der Gestapo infolge Verrates gelungen, beide Widerstandsgruppen nacheinander zu zerschlagen. Damit waren auch die letzten Intentionen zur Befreiung Ernst Thälmanns gescheitert.

Dagegen war die Mordkette Pütz–Müller–Himmler fest geschmiedet. Nur das Auslösesignal stand zunächst noch nicht fest. Dann kam der 20. Juli 1944. Das letzte Kettenglied wurde am 14. August durch Hitlers Exekutionsbefehl nach Drängen Himmlers geschlossen. Damit war auch Thälmann für die Massenverfolgungsaktion „Gewitter“ freigegeben. Ähnlich wie bei den A4-Karteien waren die SS-Instanzen des Reichssicherheitshauptamtes auf alle Eventualitäten eingestellt, in diesem Fall sogar bereits seit Frühjahr mit einem Mordplan. Knapp vier Tage nach seiner Billigung durch den obersten Scharfrichter Hitler wurde der ehemalige KPD-Führer einer der ersten Todesopfer des faschistischen „Gewitters“.

In beiden deutschen Staaten ging man mit dem Schicksal Ernst Thälmanns und den eigentlichen Hintergründen seiner Ermordung zwar unterschiedlich, gleichwohl aber unangemessen um.

Wie dargelegt, blieb in der BRD die Suche nach den Mördern ergebnislos. Es gab letztlich keine unmittelbaren strafrechtlichen Verurteilungen durch BRD-Gerichte.

Hinter den Kulissen der Thälmann-Legende kam es in der DDR ebenfalls zu Merkwürdigkeiten und Entgleisungen. Die dargelegte Änderungsfassung der MfS-Hauptabteilung IX wurde nicht in die Thälmann-Biographie übernommen. Er fällt auf, daß bereits im Dossier auf die Nennung von Klarnamen der Mörder, die zum größten Teil bekannt seien, aus weiteren Ermittlungsgründen noch verzichtet werden sollte. In der biographischen Endfassung des „Thälmannschen Volksbuches“ von 804 Seiten gab es dann lediglich wenige, allgemeine Sätze ohne Täter und „Zeugen“.<sup>148</sup>

Die MfS-Ermittler standen mit ihrem Tatsachenmaterial im Gegensatz zur offiziellen DDR-Propaganda und der strafrechtlichen Verfolgung insbesondere von Wolfgang Otto. Sie befanden sich in der Zwickmühle zwischen histori-

---

147 Vgl. neuestens Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, S. 740ff.

148 Vgl. Ernst Thälmann. Eine Biographie, S. 776.

schem Erkenntnisstand und aktueller politischer Partei- und Staatsräson, ähnlich wie bereits bei den Ermittlungen über die Verhaftung Thälmanns, allerdings in umgekehrter Weise. Bei dieser ersten Thälmann-Recherche hatte man die Gutachten linientreu frisiert, diesmal das Tatsachenmaterial reflektiert. Befragte Autoren äußerten sich hinsichtlich der Endfassung dahingehend, daß man Kenntnis über das MfS-Dossier erhalten habe, sich aber letztlich an die offizielle Linie hielt. Auf eine konkrete Darlegung der Vorgänge in Buchenwald sei verzichtet worden, weil diese nicht klar gewesen seien und man nicht wisse, was nach dem Abtransport Thälmann aus Bautzen im Einzelnen wirklich geschehen sei.<sup>149</sup>

Die „Ermittlungsstrategie“ Mielkes hatte in jeder Beziehung den Vorrang. Der bekannten Spur zu Pütz wurde im Prinzip nicht ernsthaft nachgegangen, auch in der BRD nicht, wo er bis zu seinem Tode 1969 unbehelligt lebte. Der DDR-Thälmann-Prozeßbevollmächtigte Prof. Friedrich Karl Kaul machte die Kölner Oberstaatsanwaltschaft erst 1976 auf diesen aufmerksam. Er ersuchte darum, Frau und Sohn von Pütz zu vernehmen, was am 7. August 1979 lediglich durch einen untergeordneten Kriminalhauptmeister bei Elfriede Pütz erfolgte. Beide Familienangehörigen wollten sich an nichts mehr erinnern.<sup>150</sup> Zu den verschlungenen Pfaden der Spurenverwischung gehört auch, daß auf Grund einer Weisung Mielkes die Ermittlungen gegen den aufgespurten 2. Buchenwalder Lagerführer, SS-Obersturmbannführer Erich Gust (alias „Giese“, späterer Prominentengastwirt bei Oldenburg), nicht weitergeleitet und eingestellt werden sollten. Bis zu seinem Tode 1991 blieb er ungestört.<sup>151</sup> Bei ihm hatten auch solche bekannten BRD-Spitzenpolitiker wie Kai-Uwe von Hassel und Herbert Wehner verkehrt. Zwar war seit 1958 in der BRD nach Gust gefahndet worden. Doch das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen versicherte, daß dieser sich nicht in Westdeutschland aufhalte. Erst 1992 wurde polizeilich zugegeben, daß dies doch der Fall gewesen war. Dagegen hatte das MfS seit 1961 mehrmals

---

149 Mündliche Auskunft von Prof. Dr. Walter Wimmer vom 23.12.2002. So im Prinzip ebenfalls Prof. Dr. Ernst Diehl, ehemaliger stellvertretender Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, über den die Absprachen liefen.

150 Vgl. Dr. Peter Przybylski: Mordsache Thälmann, S. 201. In einem solchen „Sachbuch“ taucht der Name Pütz bis heute nicht auf wie bei Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungscorps des Reichssicherheitshauptamt, Hamburg 2002. In dem genannten Buch des damaligen DDR-Fernsehstaatsanwalts Przybylski (Sendung „Der Staatsanwalt hat das Wort“) wird der Name Pütz zwar an mehreren Stellen genannt. Lapidar übernimmt er, daß es sogar über ihn hieß, „er sei nicht nur geistiger Urheber, sondern auch einer der Vollstrecker des Mordes an Thälmann gewesen.“ (S. 126) Unverständlich, daß die vom Autor aufgezeigte Rolle von Pütz nicht bereits damals voll und ganz aufgehehlt worden ist.

151 Vgl. Wilfriede Otto: Erich Mielke. Biographie, Berlin 2000, S. 399f.; Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, S. 203ff. S. 216f. Letzterer versteift sich auf Erich Gust als vermeintlichen Thälmann-Mörder und das MfS als „Schutzschild“. Die Rolle von Pütz bleibt ihm unbekannt.

Gusts Aufenthaltsort einschließlich des Familienurlaubsortes auf Mallorca auffindig gemacht. Doch die erarbeitete Gust-Dokumentation blieb in Mielkes Zentrale unter Verschuß, da es keinen Vorgang Gust gäbe. Von den Autoren der Rechtfertigungslegende „Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS“ wird die Handhabung des Falles Gust reingewaschen.<sup>152</sup>

Im August 1975 hatte Mielke entschieden, daß 23 Personen weiterbearbeitet werden sollten. Pütz gehörte dazu, Gust und Otto nicht. Im DDR-Braunbuch von 1968 über Nazi- und Kriegsverbrecher sowie in der Reprintausgabe von 2002 tauchen die Namen von Gust, Otto und Pütz nicht auf. Der Berliner Jurist Detlef Joseph bezeichnet es als einen politischen Fehler, daß das Wissen um Gust nicht öffentlich gemacht wurde, was ein äußerst schlechtes Licht auf die DDR werfe.<sup>153</sup> Dies trifft auch auf den Umgang mit den genannten anderen Namen zu.

Während nunmehr die Vorgeschichte der Ermordung Ernst Thälmanns, die geschichtlichen Zusammenhänge und Hintergründe, als aufgehellt betrachtet werden können, so läßt sich das Szenario des eigentlichen Tatvorganges nicht mehr genau rekonstruieren. Die Vernehmungen von Gestapo-, KZ- und Zuchthauspersonal oder von Häftlingen nach dem Kriege brachten Dichtung und Wahrheit zutage. Was geschah mit dem Todgeweihten nach dem 14. August 1944? Ernst Thälmann sei bereits zuvor, Ende Juli/Anfang August 1944, mit unbekanntem Ziel aus Bautzen weggeschafft worden, so eine Vermutung in der Thälmann-Biographie<sup>154</sup> und von „Zeugen“-Aussagen. Kam dafür Neisse in Schlesien in Frage, also ein sechster Haftort? Dies wurde von Gestapogrößen sowohl behauptet als auch dementiert und wird in einer Enthüllungsliteratur wieder hochgespielt.<sup>155</sup>

Vieles deutet darauf hin, daß als „Geheime Reichssache“ ein Sonderkommando des Reichssicherheitshauptamtes in außergewöhnlicher Mission Ernst Thälmann im Verlaufe des 17. August 1944 aus dem Zuchthaus Bautzen abtransportierte. Dies muß für ihn sehr überraschend gekommen sein. Es blieb ihm nur kurze Zeit, um seine Sachen zu packen. Als die Gestapobeamten ihm den Mantel und die lederne Aktentasche mit Papieren wegnehmen wollten, leistete Thälmann heftigen Widerstand und gab letztere nicht her. Das Vorgehen der Beamten deutet darauf hin, daß der Abtransportierte diese Sachen nicht mehr benötigen würde, was in einem vermeintlichen neuen Haftgewahrsam doch als persönlicher Besitz wie bisher zugestanden worden wäre. Um ganz sicher zu gehen, ließ sich Zuchthausdirektor Dr. Rudolf Plischke ausdrücklich durch telefonische Rückfrage in Berlin die geforderte Auslieferung bestätigen.<sup>156</sup> Es soll

---

152 Vgl. das genannte Autorenkollektiv: Die Sicherheit, Bd. 2, S. 476.

153 Vgl. Detlef Joseph: Nazis in der DDR, Berlin 2002, S. 193.

154 Ernst Thälmann. Eine Biographie, S. 776.

155 So Nisse bei Thilo Gabelmann: Thälmann ist niemals gefallen? Eine Legende stirbt, Berlin 1996, S. 250.

156 156 Vgl. BStU, ZA, RHE V 9/62, Bd. 11.

auf der Fahrt nach Buchenwald zu Unstimmigkeiten mit dem festgelegten Schützen gekommen sein. Sollte Thälmann bereits unterwegs „auf der Flucht“ erschossen werden, um die Leiche nur noch im Krematorium zu verbrennen? Stand die Ermordung des Thälmann-Nachfolgers John Schehr und seiner Genossen Pate, die am 1. Februar 1934 in der Nähe des Berliner Wannsees während des Vernehmungstransportes nach Potsdam hinterrücks „auf der Flucht“ erschossen worden waren?<sup>157</sup>

Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde Ernst Thälmann durch den RSHA-Trupp zu nächtlicher Stunde am 17./18. August 1944 in das KZ Buchenwald gebracht, fielen im Krematorium in Zusammenarbeit mit zuständigen Funktionärsträgern des Lagers hinterrücks die tödlichen Schüsse, wurde die Leiche sofort verbrannt. In der Regel war das Kommando 99 für Exekutionen zuständig. Ihm gehörten acht Personen an, darunter Gust und Otto. Zu den Zeugenlegenden zählt, ein verkohlter Schuh mit den „Initialen“ Thälmanns sei übrig geblieben, was die Identität von Ermordung und Verbrennung bestätigen sollte. Was ist mit Aktentasche und Mantel geschehen? Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft Köln erfolgte die Exekution durch einen von mindestens zwei Beamten des Begleitkommandos, die Thälmann zur Hinrichtung geführt hätten. Es ist möglich, daß Drahtzieher und Schreibtischmörder Günther Pütz sogar selber die entscheidenden Schüsse abgegeben hat. Dies belegen Aussagen nach dem Kriege. Immerhin sorgte dieser höchstpersönlich auch für die Veröffentlichung der NS-Legende vom angloamerikanischen Bombentod Thälmanns und Breitscheids. Auf jeden Fall haben sich einige SS-Komplizen der Beteiligung an der Exekution schuldig gemacht. Wie Dr. Günther Wieland, der kürzlich verstorbene ehemalige DDR-Zuständige für die zwischenstaatliche Rechtshilfe mit der BRD zur Ahndung von Naziverbrechen, in einem Gespräch mit dem Autor bekräftigte, mußten stets mindestens drei SS-Hauptchargen des Lagers bei Hinrichtungen zugegen sein: der Lagerkommandant oder zumindest der Leiter des Kommandos 99, der Lagerarzt und der Protokollführer, also auch Otto.

Wichtiger als die Kenntnis der Einzelheiten des Tatvorgangs, die sich also entgegen bisheriger Legenden heimlicher Zeugenbeobachtung<sup>158</sup> im Einzelnen nicht eindeutig nachvollziehen lassen, ist die Erkenntnis: Es war der 14. August

---

157 Vgl. Fred Bruder: Meuchelmord oder Racheakt? In: Neues Deutschland vom 31.1./1.2.2004, S. 21.

158 So stützte sich die DDR-Verfolgung von vermeintlichen Thälmann-Mördern vor allem auf die blumenreiche „Erlebnisaussage“ des polnischen Häftlings Marian Zgoda. Dieser habe sich auf dem Hof des Krematoriumsgebäudes stundenlang hinter einem Schlackehaufen verborgen und die Vorgänge und Personen genau beobachtet. Allerdings konnte er den Gefangenen nur von hinten sehen. „Er war groß, breitschultrig und hatte eine Glatze.“ Vgl. Heinrich Hannover: Die Republik vor Gericht, S. 256; Peter Przybylski: Mordsache Thälmann, S. 116ff. Was einen anderen Hauptzeugen, den tschechoslowakischen Vladimir Spisar betrifft, so verwickelte sich dieser unter anderem auch in unterschiedliche Angaben zur Ankunft Thälmanns im KZ Buchenwald.

1944 mit seinen Hintergründen, der über das Schicksal Ernst Thälmann entschied. Bei aller strafrechtlicher Relevanz der Aufspürung vermeintlich noch lebender Täter und Mitbeteiligter nach dem Kriege – für die historische Forschung sollte dieses Datum, mit dem die Namen der beiden Hauptverantwortlichen Hitler und Himmler verbunden sind, die gravierende Zäsur sein, die zum Tode Ernst Thälmanns führte. Ein „Befehlsnotstand“ der Mittäter kann davon allerdings nicht abgeleitet werden. Zu den blutigen Schandtaten der NS-Diktatur zählt: Der ehemalige KPD-Vorsitzende und prominenteste kommunistische Sonderhäftling Ernst Thälmann mußte ohne Gerichtsurteil sterben, weil er sich als aufrechter Antifaschist und konsequenter, mutiger Hitlergegner durch das NS-Regime nicht beugen, provozieren und kaufen ließ, sondern seiner kommunistischen Überzeugung auch angesichts des Todes bis zuletzt treu blieb. Er übte eine gewisse Vorbildwirkung für den antifaschistischen Widerstand aus, die von der KPD- wie von der SED-Führung instrumentalisiert wurde. Er wurde ein Opfer einer großen Verfolgungswelle des NS-Regimes nach dem Reichtagsbrand vom 27. Februar 1933, der „Überlebensstrategie“ seit Frühjahr 1944 und speziell der Aktion „Gewitter“ nach dem 20. Juli 1944. Selbst in SS-Kreisen genoß er „großen Respekt“. Wie Buchenwald-Kommandant Hermann Pister und der Adjutant der Kommandantur Hans Schmidt aussagten, galt er als „selbstloser, großer Idealist und mutiger, überzeugter Kämpfer... Wir waren uns einig, daß Thälmann dieses Schicksal nicht verdient hatte. Wir waren uns weiter einig, daß die Art der Exekution wie ein Gangsterstück aus einem billigen Kolportageroman anmute und unausgesprochen schwebte die Frage im Raum, ob man in Berlin schon den Krieg verloren gebe und deshalb die Hauptgegner des Systems beseitigte.“<sup>159</sup> Wie nachgewiesen, war dies in der Tat so!

Insbesondere in seiner Bautzener Endzeit war Ernst Thälmanns Selbstbewußtsein unverkennbar angestiegen. Er hatte den Sieg über den Faschismus vor Augen. Aber er wollte auch der Nachwelt sein Vermächtnis hinterlassen. Als solches gilt der erwähnte Brief an den Bautzener „Kerkergegnossen“ von Anfang 1944. In seinem Fazit räumt Thälmann sogar ein, daß wir „keine reinen Unschuldengel sind, die unbelastet und beschwert von allem dastehen. Auch wir haben in der Vergangenheit schwere und teilweise große politische Fehler gemacht, leider manches versäumt und unterlassen, was wir in dem verschlungenen Wirrwarr des Zeitgeschehens hätten tun müssen, um dem Faschismus den Weg zu versperren. Wir haben unsere Fehler erkannt, durch Selbstkritik offen ausgesprochen, sie korrigiert und haben neue Wege auf dem Gebiet der Politik, der Propaganda und des Massenkampfes eingeschlagen.“<sup>160</sup> Zu den Ursachen der fehlerhaften Politik der Thälmannschen KPD dringt er jedoch nicht vor, redet angebliche Korrekturen schön. „Die große Mehrheit des deutschen Volkes

---

<sup>159</sup> Zit. nach BStU, ZA, RHE V 9/62, Bd. 11.

<sup>160</sup> Zit. nach Ernst Thälmann. Zwischen Erinnerung und Erwartung. Autobiographische Aufzeichnungen, geschrieben in faschistischer Haft, S. 33.

verstand uns 1933 leider noch nicht.“ Aber hätte ein wahres Schuldeingeständnis nicht zugleich eine Kritik an der Komintern und Stalin bedeutet? Er gibt auch vor, wonach er beurteilt werden möchte: „Der Größe eines politisch handelnden Menschen wird man nur dann ganz gerecht, wenn man ihn nicht alleine danach beurteilt, was er erreicht, sondern auch danach, was er gewollt hat.“<sup>161</sup> Thälmann betont, daß sein Leben und Wirken nur eines kannte und kennt: „Für das schaffende deutsche Volk meinen Geist und mein Wissen, meine Erfahrungen und meine Tatkraft, ja mein Ganzes, die Persönlichkeit zum Bestehen der deutschen Zukunft für den siegreichen sozialistischen Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Nation einzusetzen!“<sup>162</sup>

In diesem Sinne bekräftigt ein zwischen Todesahnung und Zukunftsgewißheit schwankender Langzeithäftling sein Selbstverständnis als „Soldat der Revolution“. Das zu sein hieße: „Unverbrüchliche Treue zur Sache halten, eine Treue, die sich im Leben und Sterben bewährt, heißt unbedingte Verlässlichkeit, Zuversicht, Kampfesmut und Tatkraft in allen Situationen zeigen... Treu und fest, stark im Charakter und siegesbewußt im Handeln, so und nur so werden wir unser Schicksal meistern und unsere revolutionären Pflichten für die große, historische Mission, die uns auferlegt ist, erfüllen und dem wirklichen Sozialismus zum endgültigen Sieg verhelfen können.“<sup>163</sup>

Die KPD-Führung reagierte auf die Ermordung ihres ehemaligen Vorsitzenden mit zwei öffentlichen Stellungnahmen. Sie prangerte in einem Aufruf über den „Deutschen Volkssender“ vom 16. September 1944 den Mord als ein Verbrechen gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes an und enthüllte die Nazilüge darüber. Einige Tage später erschien ein Artikel in der „Prawda“, der auch von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht unterzeichnet war. Von Seiten der anderen Moskauer Instanzen hielt man sich bedeckt. Lediglich Georgi Dimitroff, Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, drückte am 17. September in einem Brief an Wilhelm Pieck dem Zentralkomitee der KPD und allen deutschen Kommunisten seine Erschütterung und sein tiefempfundenes Beileid aus. Trotz alledem würde die KPD aber weiterleben und ihre Befreiungsmision zum siegreichen Ende führen.<sup>164</sup>

Zu Kontroversen führte die NS-Nachricht über den Tod Ernst Thälmanns innerhalb der illegalen Parteiorganisation der KPD im KZ Buchenwald. Deren Leitung glaubte nicht, daß Thälmann in Buchenwald ermordet worden sei. Aber durch die Initiative von kommunistischen Kapos kam es doch zu einer ersten Gedenkveranstaltung mit über 20 Genossen am 18. September 1944 in der Effektenkammer mit Reden, Musik, Fahnen und Pylonen mit Trauerfeuer. Dage-

---

161 Ebenda, S. 34.

162 Ebenda, S. 56.

163 Ebenda, S. 58.

164 Vgl. Ernst Thälmann. Eine Biographie, S. 77f.; Verlagsbesprechungsexemplar Bd. 2 der Geschichte der SED vom August 1989, S. 1275f.

gen hatte es Proteste gegeben, aus Sorge, eine Entdeckung würde zur Gefährdung der gesamten Parteiorganisation führen. Dies war insbesondere die Sicht Heinrich Studers, des Leiters der illegalen Militärorganisation der KPD. Die Parteileitung sah sich jedoch veranlaßt, nachzuziehen, und organisierte vier Wochen später am 22. Oktober eine zweite Thälmann-Ehrung, sogar mit Totenwache durch vier Rotgardisten. Es nahmen 30 Genossen teil. Walter Bartel hielt die Rede, versteckt hinter einem Vorhang. Durch Verrat beider Veranstaltungen seitens eines österreichischen Spitzels setzten anschließend umfassende Festnahmen ein. Nach der Befreiung des KZ Buchenwald fand eine Geburtstagsfeier für Ernst Thälmann am 16. April 1945 statt. Daran nahmen 638 Parteimitglieder und Vertreter aller Sektionen des Parteiaktivs teil.<sup>165</sup>

Die Naziführung und ihre Schergen ließen es bei der Ermordung ihres Sonderhäftlings Thälmann nicht bewenden. Sie rechneten auch mit anderen KPD-Funktionären ab. Als erste wurden Franz Jacob und Anton Saefkow, die einzigen kommunistischen Mitbeteiligten des 20. Juli 1944, am 18. September hingerichtet, am gleichen Tage auch Bernhard Bästlein, langjähriges Leitungsmitglied der KPD-Bezirksorganisation Wasserkante und zuletzt der Berliner KPD. Es folgten solche bekannten Spitzenfunktionäre der KPD aus dem KZ Sachsenhausen wie Rudolf Hennig, Ernst Schneller, Matthias Thesen und Augustin Sandtner, die am 11. Oktober zusammen mit 20 anderen deutschen Antifaschisten am Lehnitzsee bei Oranienburg erschossen wurden.<sup>166</sup> Auch gegen Rosa Thälmann und Tochter Irma gingen die Nazigreifer vor und verhafteten diese am 16. April und 8. Mai 1944. Beide wurden faktisch ebenfalls in Sippenhaft genommen und durch mehrere Leidensstationen verschleppt, darunter das KZ Ravensbrück. Am 28. April 1945 wurde Rosa Thälmann während der Evakuierung in Fürstenberg von Antifaschisten versteckt, Irma einen Tag später von der Roten Armee aus dem Lager Neubrandenburg befreit.

## **Bannstrahl Stalins**

Eine große historische Mitschuld am Tode des letzten Parteivorsitzenden in der Weimarer Republik und Mitglied des politischen Sekretariats des EKKI trägt J. W. Stalin. Er hatte Thälmanns Hilferufe aus dem Gerichtsgefängnis Hannover unbeantwortet gelassen und keinerlei Schritte unternommen, um diesen von der deutschen Führung freizubekommen. Darüber hinaus untersagte der Kremlherrscher sogar gewisse Bemühungen in seinem Umfeld. Denn zunächst hatte der Komintern-Generalsekretär Georgi Dimitroff die KPD-Führung ersucht, die

---

<sup>165</sup> Vgl. Lutz Niethammer: Der „gesäuberte“ Antifaschismus, S. 61f., S. 254, S. 469. Kurios oder bezeichnend, daß Walter Bartel die Frage der Zentralen Parteikontrollkommission der SED nach dem Kriege, ob Ernst Thälmann, wenn er im KZ Buchenwald eingesperrt hätte, eine Funktion bekommen hätte, geantwortet haben soll: „Natürlich nicht.“ (S. 425).

<sup>166</sup> Ebenda, S. 262.

Kampagne für die Befreiung Ernst Thälmanns zu verstärken, wozu Wilhelm Pieck bereits Franz Dahlem von der Pariser Auslandsleitung angewiesen hatte. Ende November 1939 erging eine weitere Dimitroffsche Aufforderung, mit Rosa Thälmann in Hamburg eine feste Verbindung herzustellen, ferner Geld zu übermitteln. Sie solle ihren Mann beruhigen, daß „seine Freunde“ für die Lösung seiner Fragen sorgen würden.<sup>167</sup> Seit Herbst 1939 erfolgten bei den Besuchen Rosa Thälmanns in der Berliner Botschaft der Sowjetunion Geldzahlungen. Am Jahresende wurden über die sowjetische Militäraufklärung mit Hilfe von „Sonjas“ (Ruth Werner) Kinderfrau „Ollo“ aus der Schweiz 1000 RM nach Hamburg in die Wohnung gebracht. Alfred Kowalke, der im Auftrage der KPD-Führung in Deutschland den illegalen Widerstand unterstützte, nahm mit Rosa Thälmann Verbindung auf und unterrichtete die leitenden Kommunisten im Lande und die Leitung in Moskau von dem, was er über die Lage Ernst Thälmanns erfahren konnte.<sup>168</sup>

Noch am 25. Februar 1941 hatte das Politbüro der KPD anlässlich des bevorstehenden 55. Geburtstages Ernst Thälmanns den Beschluß gefaßt, eine neue Solidaritätskampagne zu starten. Unter anderem sollte überall, nicht zuletzt auf einem Friedenskongreß in den USA, die Frage in den Mittelpunkt gerückt werden, warum Thälmann noch immer im Gefängnis festgehalten und nicht freigelassen wird. Es wurde zu Arbeiterprotesten und durch illegale Gruppen sogar in Großbetrieben zu Freilassungsforderungen aufgerufen. Kommunistische Parteien in anderen Ländern sollten Begrüßungsschreiben und Paketsendungen schicken, die Rote Hilfe in einigen Großstädten Versammlungen am 16. April organisieren.<sup>169</sup> Eine Debatte über eine Freilassung Thälmanns fand in den Politbürositzungen nicht statt. Aber alles paßte nicht in das Konzept der Kremelführung. Im Ausland etwas zu tun und in Moskau nicht, so korrigierte Molotow unmißverständlich, sei peinlich. „Aber hier etwas zu unternehmen, ist politisch nicht zweckmäßig, da wir gegenüber den Deutschen auch weiterhin keine feindliche Politik betreiben.“<sup>170</sup> Wie auch in anderen Fragen Stalinscher Botmäßigkeit sollte erst recht nicht das Problem Thälmann ein Reizthema für Hitler sein.

Doch Stalin ließ seinen ergebendsten Gefolgsmann Thälmann nicht nur kalt-herzig fallen. Er verhängte sogar einen drakonischen Bannstrahl über ihn. Am 15. Oktober 1941 verwickelte er bei der Erläuterung der existentiellen Evakuierungsmaßnahmen aus Moskau den Generalsekretär der Komintern in ein länge-

---

167 Arbeitsmanuskript von Prof. Bernhard M. Bayerlein (Universität Köln) unter dem Titel „Der Fall Thälmann und kein Ende“, das dem Autor dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt wurde.

168 Für letzteres vgl. Ernst Thälmann. Eine Biographie, S. 769. Für das Vorhergehende die Publikationen des Autors.

169 Vgl. Faksimile in der Thälmann-Biographie nach S. 772.

170 Hierzu und für das Folgende vgl. Georgi Dimitroff: Tagebücher 1933–1943, hrsg. von Bernhard M. Bayerlein, Berlin 2000, S. 441; ferner S. 107, S. 364f.

res Gespräch über Thälmann und erinnerte an dessen Briefe vom vergangenen Jahr. Ein skrupelloser Alleinherrscher verteuflte einen der standhaftesten Kommunisten, der sogar zum Opfertod bereit war, als Abweichler. Thälmanns Schreiben würden vom „Einfluß der faschistischen Ideologie“ zeugen. Weiter wörtlich: „Er ist kein prinzipientreuer Marxist.“ Auch vertrete er die Auffassung, daß England „zerschlagen“ sei. Doch gerade das Gegenteil war der Fall, ein Zeichen, daß Stalin keine Lügen zur Diffamierung scheute. Thälmann hatte zutreffend analysiert, daß angesichts der Kapitulationserwartungen Hitlers nach dem Sieg über Frankreich dennoch Großbritannien nicht aufgeben würde.<sup>171</sup> Aber die Nazis würden diesen schon nicht umbringen, so betrieb Stalin Schönfärberei, weil diese offensichtlich hoffen würden, daß sie ihn bei Bedarf als „klugen“ Kommunisten ausnutzen können. Bereits 1934 hatte Stalin schon einmal unterstellt, daß Thälmann das „Wesen der nationalen Frage“ nicht verstanden hätte. Vergleicht man die schwerwiegenden Beschuldigungen des Kremlallmächtigen über Leben und Tod, so erinnern diese fatal an das Grundraster der Moskauer Schauprozesse und die generellen Liquidierungspraktiken. Unter einem bestimmten Vorwurf erfolgte jeweils die Verurteilung als „Volksfeind“. Angesichts dessen fragt man sich, ob Ernst Thälmann bei einer Rückkehr nach Moskau überlebt hätte. Einen zweiten „Dimitroff-Helden“ konnte Stalin, konnten beide Seiten nicht brauchen. So entwickelte sich zwischen Moskau und Berlin das stillschweigende Agreement, das Problem Thälmann als Tabu-Thema zu handhaben. Auch bei der Verhaftung Sorges in Japan taten die sowjetischen Behörden so, als würden sie diesen nicht kennen.

Bis zuletzt blieb der ehemalige KPD-Führer und ungebrochene antifaschistische Kerkerkämpfer propagandistisches Widerstandssymbol. Er war weder Austauschobjekt für Stalins kriegsgefangenen Sohn Jakow Dschugaschwili, der sogar im KZ Sachsenhausen geopfert wurde, noch für Richard Sorge, den hochkarätigen Informanten Moskaus aus Tokio. Auch nicht für den Bruder von Hitlers Nichte Geli Raubal, der in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten war. Selbst nicht für Generalfeldmarschall Friedrich Paulus nach seinem Untergang mit der 6. Armee in Stalingrad, worüber Gerüchte die Runde machten.<sup>172</sup>

Auch Komintern- und KPD-Führung wagten es nicht länger, den Unwillen des Kremls zu erregen. Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht meinten rabulistisch, daß ein angeblich beabsichtigter Austausch Thälmanns nicht möglich gewesen sei, weil er als Widerstandssymbol des weltweiten antifaschistischen Kampfes gebraucht wurde. Auch hätte man auf die vielen eingekerkerten Antifaschisten Rücksicht nehmen müssen. Es ist nicht zu übersehen, daß die Bestrebungen der deutschen Parteiführung zweigleisig waren und nicht zuletzt den Stempel einer

---

171 Vgl. Ronald Sassning: Ernst Thälmann aus dem Kerker über Krieg und Politik 1939 bis 1941. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 1/1998, S. 30ff.

172 Die entsprechenden Quellen finden sich dazu bei Ronald Sassning: Im Visier des MfS, H. 65/2000, S. 67.

politischen Instrumentalisierung Thälmanns trugen. Möglicherweise hat Dimitroff zumindest zeitweilig aus der verpflichtenden Erinnerung an die eigene Nazikerkerzeit heraus eine moderatere Richtung verfolgt. Komintern- und KPD-Führung haben Thälmann längere Zeit im Unterschied zu Stalin nicht öffentlich propagandistisch fallengelassen. Sie folgten jedoch dessen Verdikten ergeben.

Rosa Thälmann war davon überzeugt, daß einige ihren Mann lieber drinnen als draußen gesehen hätten. Sie beschwerte sich nach Kriegsende insgeheim über Walter Ulbricht, daß dieser sich zu wenig für Ernst Thälmanns Sicherheit und spätere Rettung eingesetzt habe.<sup>173</sup> Nach der Befreiung der beiden Thälmann-Frauen aus NS-Haft ließ Stalin anweisen, daß beide nötige Hilfe erhalten sollten. Rosa Thälmann verstarb am 21. September 1962, Irma Thälmann-Gabel am 10. Dezember 2000.

## Angemessener Umgang

Es bleibt das bittere Resümee: Ernst Thälmann hätte niemals in die Hände Hitlers fallen dürfen. Wie sich herausstellt, war dies der Anfang vom Ende. Für Gegenwart und Zukunft ergibt sich ein angemessener Umgang mit seinem Namen. Ohne alten Legendenmythos oder restaurative Nostalgie. Aber auch keine „Bilderstürmerei“, zählebige Verteufelung und Tabuisierung. Wenn BRD-Justizurteile seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, so die der Landgerichte Krefeld und Düsseldorf sowie des Obersten Bundesgerichtshofes vom 25. März 1987 bestätigen, daß Ernst Thälmann eindeutig im August 1944 im KZ Buchenwald von der SS erschossen worden ist, dann weist ihn dies auch gerichtsnotorisch als ein NS-Opfer aus. Insgesamt wurden rund 240 000 Menschen aus 32 Nationen in das KZ Buchenwald deportiert, das allein 136 Außenlager umfaßte. Fast 60 000 erlebten die Selbstbefreiung am 11. April 1945 und Befreiung durch amerikanische Verbände nicht. Auch der Sondermord an Thälmann konnte nicht mehr verhindert werden. Wenn dagegen unlängst die Konrad-Adenauer-Stiftung Ernst Thälmann über die Berliner Historikerin Dr. Annette Leo faktisch aus dem antifaschistischen Widerstand auszugrenzen versucht, ist dies makaber. Dieser hätte angeblich damit nichts „real“ zu tun gehabt, wie ebenso wenig mit dem KZ Buchenwald.<sup>174</sup>

---

173 Vgl. Karl Schirdewan: Ein Jahrhundert Leben. Erinnerungen und Visionen, Berlin 1998, S. 215.

174 Magdeburger Volksstimme vom 9. Dezember 2000; Vgl. noch anderweitig Annette Leo: Liturgie statt Erinnerung: Die Schaffung eines Heldenbildes am Beispiel Ernst Thälmann. In: Ernst Thälmann. Mensch und Mythos, S. 19. – Zu Kontroversen über heutige Thälmann-Ehrungen in Buchenwald vgl. Kurt Ludwig: Ein Ordnungsruf oder: Der merkwürdige Umgang mit unserer Vergangenheit. In: Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Entweder es geht demokratisch – oder es geht nicht. Klaus Höpcke. Kolloquium anlässlich seines 70. Geburtstages November 2003, Schkeuditz 2004. S. 175ff.

Ernst Thälmanns Wirken als vitaler Mensch und bejubelter wie befeindeter deutscher Parteiführer seit Mitte der zwanziger Jahre reiht sich nach dem 30. Januar 1933 und seit seiner Verhaftung ein in die vielschichtige deutsche Anti-Hitler-Front, die bis zu den Männern und Frauen des 20. Juli 1944 reicht. Die deutschen Kommunisten mit Ernst Thälmann an der Kerkerfront erbrachten die größten Opfer im antifaschistischen Widerstand. Als Vorsitzender der KPD trägt er – wie andere auch – eine gewisse Mitschuld an der Machtergreifung Hitlers, da diese durch schwerwiegende Fehler und Versäumnisse ungewollt erleichtert wurde. Thälmann bezahlte dies letztlich mit seinem eigenen Leben. Er verkörpert den antifaschistischen Opfermut der kommunistischen Bewegung ebenso wie die Tragik eines Versagens. Respekt und partielle Ehrung sind objektiv angebracht, ob man „Teddy“ persönlich wie politisch mag oder nicht. Eine angemessene umfassende Einschätzung der geschichtlichen Rolle des KPD-Führers und antifaschistischen Widerstandskämpfers sowie seines tatsächlichen strittigen Vermächtnisses steht trotz erster Skizzen immer noch aus. Dies muß auch in notwendiger kritischer Auseinandersetzung mit der Thälmann-Legende erfolgen.